



Ehemaliges Ettlenger Tor. — Ansicht von Norden. Stadtseite.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

51. JAHRGANG. NO 53. BERLIN, DEN 4. JULI 1917.

Die Neuanlage des Ettlenger-Tor-Platzes in Karlsruhe.



Die badische Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe hat in den letzten Jahren von den baukünstlerischen Kreisen steigende Beachtung gefunden.*) Sie ist ebenso wie die zweite Hauptstadt des badischen Landes, Mannheim, regelmäßig nach einem geometrischen Plan angelegt. Mehr wie für Mannheim waren für die Anlage von Karlsruhe

ruhige künstlerische Gesichtspunkte mitbestimmend, da die Stadt von vornherein als Residenz und als Umrahmung des fürstlichen Schlosses gedacht war. Die wichtigsten Straßen-Anlagen des alten Karlsruhe und alle an diesen stehenden bemerkenswerten Gebäude sind Anfangs des 19. Jahrhunderts von Friedrich Weinbrenner geschaffen und deshalb von einer selten zu findenden Einheitlichkeit. Der Glanzpunkt dieser Anlage ist die von Süd nach Nord gerade auf das Schloßportal zuführende Karl-Friedrich-Straße, die durch 2 einheitlich umbaute Plätze, den Rondell-Platz und den Markt-Platz unterbrochen ist. Diese Karl-Friedrich-Straße war nach Süden durch das Ettlenger-Tor, ein schönes, in klassischen Formen gehaltenes Stadttor abgeschlossen. Südlich des Tores zieht sich in der Ost-West-Richtung die Krieg-Straße hin, eine für Truppentransporte erbaute Heerstraße, die lange die Südgrenze der Stadt bildete. Als geradlinige Fortsetzung der Karl-Friedrich-Straße südlich der Krieg-Straße wurde die baumbepflanzte Ettlenger Landstraße angelegt.

Der im Jahre 1843 eröffnete Bahnhof wurde gleichlaufend zur Krieg-Straße auf deren Südseite angelegt und hat die weitere Entwicklung der Stadtanlage entschieden ungünstig beeinflusst, indem er die Altstadt von ihrem natürlichen und nächstliegenden Erweiterungs-Gebiet abschloß. Der in den späteren Jahren südlich

des Bahnhofes und östlich der Ettlenger Straße angelegte Stadtteil (Südstadt) hat keinen Zusammenhang mit der ursprünglichen Stadtanlage und ist künstlerisch ohne jeden Wert. Nur westlich der Ettlenger-Straße sind im Anschluß an einen bestehenden Park (Sallenwäldchen und Stadtgarten) zwei schöne Monumental-Bauten (Festhalle und Vierordtsbad) entstanden, die aber ohne Zusammenhang und Rücksicht auf gemeinsame Wirkung aufgestellt werden mußten. Der nördlich liegende freie Platz wurde zu Festen, Messen und Ausstellungen benutzt.

Bald nach der Eröffnung des Bahnhofes wurde das Ettlenger Tor zur Erleichterung des Verkehrs und wegen angeblich schlechter Gründung abgetragen. Hierdurch verlor die Karl-Friedrich-Straße den südlichen monumentalen Abschluß, der ihr bis heute fehlt.

Anstelle des alten Bahnhofes, der schon seit vielen Jahren als zu klein für den Eisenbahn-Betrieb und durch seine Lage als überaus störend für den Stadtverkehr empfunden wurde, ist seit 1913 eine ausgedehnte Neuanlage etwa 1 km südlich der alten getreten. Hierdurch wurde das Gelände der Gleisanlagen frei und soll nun zugleich mit dem freien Platz nördlich der Festhalle (Festplatz) teils mit öffentlichen, teils mit privaten Bauten überbaut werden. Da das ganze Gelände in staatlichem und städtischem Besitz ist, ist eine einheitlich planmäßige Ueberbauung leicht zu erreichen. Den Baukünstlern winkt hier die bedeutende Aufgabe, im unmittelbaren Anschluß an die von Weinbrenner geschaffene Altstadt, einen neuen monumentalen Stadtteil zu entwerfen. Dessen Kernpunkt wird ein südlich des früheren Ettlenger Tores am Zusammenstoß der Krieg-

*) Vergl. L. Oelenheinz: Alt-Karlsruhe und Friedrich Weinbrenner u. A. E. Brinckmann: Die baugeschichtlichen Grundlagen des Karlsruher Stadtplanes (Zeitschrift für Bauwesen 1913). K. Ehrenberg: Baugeschichte von Karlsruhe. Verlag von G. Braun. Karlsruhe 1909.

Straße und Karl-Friedrich-Straße anzulegender Platz (Ettlingertor-Platz) sein, der, wie ein Blick auf den Stadtplan zeigt, schon durch den Verlauf der bestehenden Straßenzüge bedingt ist. Dieser Platz muß zugleich den künstlerischen Abschluß der regelmäßig bebauten Karl-Friedrich-Straße gegen die willkürlich und einseitig bebaute Ettlinger Straße bilden.

Es ist begreiflich, daß die Frage der Bebauung des Bahnhof-Geländes im Allgemeinen und besonders der Ausgestaltung des Ettlingertor-Platzes in den letzten Jahren vor dem Krieg bei der Karlsruher Bürgerschaft und namentlich bei den dortigen Architekten großes Interesse gefunden und verschiedene Vorschläge veranlaßt hat. Während des Krieges haben diese Erörterun-

wurde 1912 von Moser, damals technischer Referent im badischen Ministerium, jetzt Professor an der Technischen Hochschule in Zürich, ausgearbeitet und veröffentlicht. Moser nahm an, daß auf dem Festplatz drei öffentliche Gebäude, ein Landesgewerbeamt, ein Landesmuseum und eine städtische Ausstellungshalle errichtet werden sollen, während das östlich der Ettlinger-Straße liegende Gelände mit Privathäusern überbaut wird. Der Ettlingertor-Platz hat die in Abbildung 1 dargestellte rechteckige Form und etwas größere Abmessungen als der Marktplatz.

Auf Grund des Moser'schen Vorentwurfes schrieb die Stadt Karlsruhe im selben Jahr einen Wettbewerb der Karlsruher Architekten aus, bei dem als Bedingung gestellt war, daß die drei oben genannten öffentlichen

Gebäude auf dem Festplatz errichtet werden sollen. Dieser Wettbewerb brachte keine Lösung, die als geeignet für die Ausführung angesehen wurde. Dagegen erschien der Stadt der Vorschlag eines der Preisrichter, Th. Fischer aus München, für die Bebauung des Festplatzes und Ettlingertor-Platzes so beachtenswert, daß sie ihn in ihren weiteren Planungen zugrunde legte. Dieser Vorschlag ist der Öffentlichkeit nur in Form einer Skizze bekannt geworden und in Abbildung 2 dargestellt. Wesentlich ist die Anlage eines seitlich der Achse der Karl-Friedrich-Straße angelegten Platzes am Ettlingertor.

Gegen den Fischer'schen Vorschlag wandte sich im April 1913 in einer längeren im „Karlsruher Tageblatt“ erschienenen Abhandlung der jetzt im Feld gefallene Karlsruher Architekt Dipl.-Ing. H. Schmidt. Dieser betonte auf Grund eingehender Betrachtung über die bauliche Anlage und Entwicklung von Karlsruhe, daß die ganz auf Achsenwirkung angelegte Karl-Friedrich-Straße notwendig eine zu dieser Achse symmetrisch liegende Platzanlage als Abschluß erfordere, und daß jede andere Lösung zu der hervorragenden Anlage von Weinbrenner in unberechtigtem Gegensatz

stehe. Er selbst schlägt als Platzform einen nach Norden geöffneten Halbkreis vor, in den zwei Straßen diagonal einmünden; eine Lösung, die nach begründeten Vermutungen schon Weinbrenner vor Augen geschwebt hat. Der Vorschlag ist in Abbildung 3 dargestellt.

Von den drei auf dem Festplatz geplanten öffentlichen Gebäuden ist während der Kriegszeit eines, nämlich die städtische Ausstellungshalle, etwa an der von Th. Fischer vorgeschlagenen Stelle fertiggestellt worden. Die beiden anderen Bauten sind noch nicht begonnen und die Form des Ettlingertor-Platzes ist noch nicht festgelegt. Für diese Anlage soll im Folgenden eine

Abb. 1.

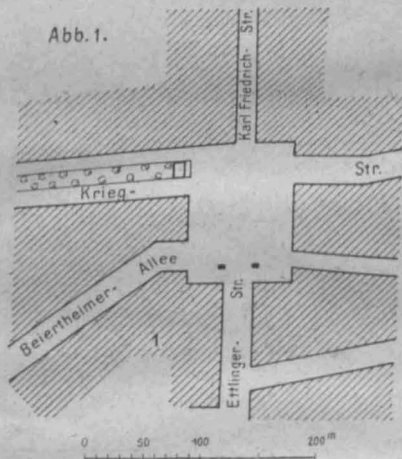


Abb. 2.

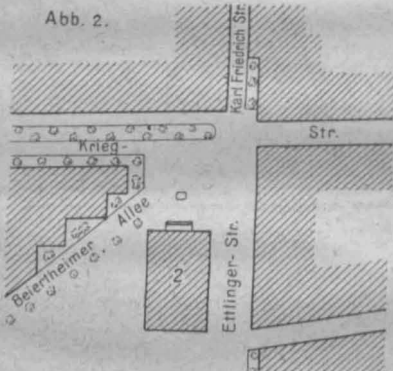


Abb. 3.

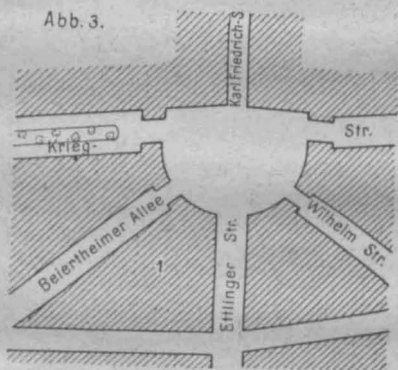


Abb. 4.

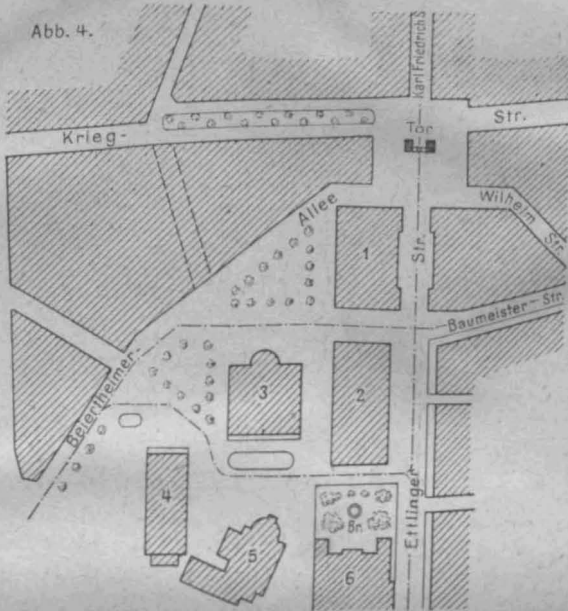
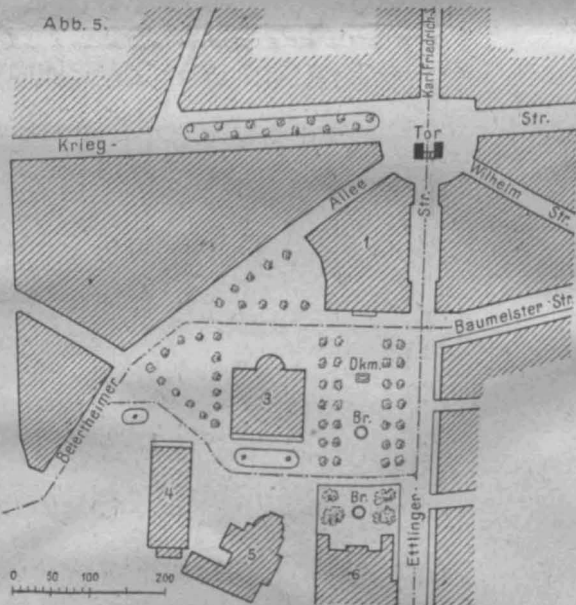


Abb. 5.



Erklärung: 1 Gewerbeamt, 2 Museum, 3 Städt. Ausstellungshalle, 4 Konzerthaus, 5 Festhalle, 6 Vierordtsbad, — — — Straßenbahn.

gen selbstverständlich geruht, müssen aber nach Kriegsende sofort wieder aufgegriffen werden, da die Führung der neuen Straßenbahn-Linien, die Anlage neuer Straßen und die Freigabe der Bebauung eine rasche Entscheidung fordern werden.

In der Annahme, daß der Gegenstand auch für weitere Kreise der Fachgenossen von Interesse ist, sollen hier zunächst die früheren Vorschläge, soweit sie größere Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden haben, und daran anschließend eine weitere Lösung besprochen werden.

Der erste ins Einzelne gehende Entwurf für die Bebauung des alten Bahnhofgeländes und Festplatzes

neue Lösung beschrieben und begründet werden.

Die vorgenannten Ausführungen von H. Schmidt treffen jedenfalls darin zu, daß nur eine zur Karl-Friedrich-Straßenachse symmetrische Anlage einen künstlerisch richtigen Abschluß dieser Straße bilden kann. Dagegen ist fraglich, ob ein Platz mit einer in der Achse durchlaufenden breiten Straße, also einer Oeffnung an der entscheidenden Durchblickstelle, diesem Zweck voll genügt oder ob ein in die Achse gestellter Baukörper vorzuziehen wäre. Da die letztere Frage wohl zu bejahen ist, erscheint der Wiederaufbau des Ettlinger-Tores in der Nähe seines früheren Standortes in Verbindung mit einer entsprechenden Platzanlage vom künstlerischen Standpunkt aus als die beste

tischen Zweck, der noch dazu als Verkehrshindernis angesehen werden kann, für sachlich und deshalb auch für künstlerisch nicht berechtigt hielten.* Diese Einwände sind offenbar der Beachtung und Prüfung wert.

Es ist nicht zu bestreiten, daß der Torbau, auch wenn einzelne Teile praktischen Zwecken dienen können, im Wesentlichen ein Luxusbau sein würde. Dasselbe gilt von den Triumphtoren, die zahlreich in italienischen und französischen Städten, vereinzelt auch in deutschen Städten (z. B. Berlin und München) zu finden sind und auch im alten Rom nicht fehlten. Sie bilden einen charakteristischen und festlichen Schmuck des Stadtbildes, den man nicht missen möchte. Die Erschwerung des Verkehrs durch den Torbau würde sehr gering sein,

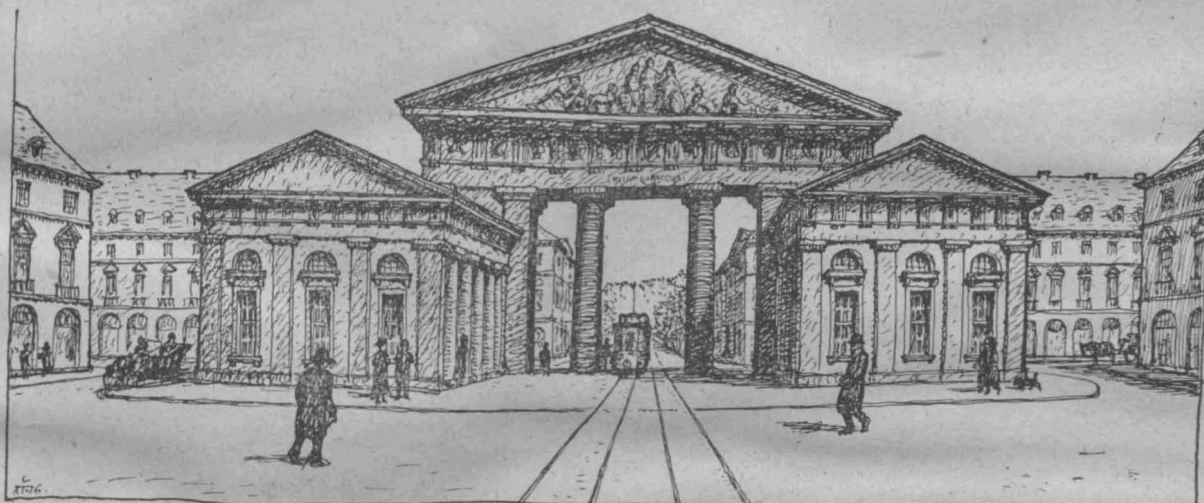


Abbildung 6. Ansicht von Norden. Stadtseite.

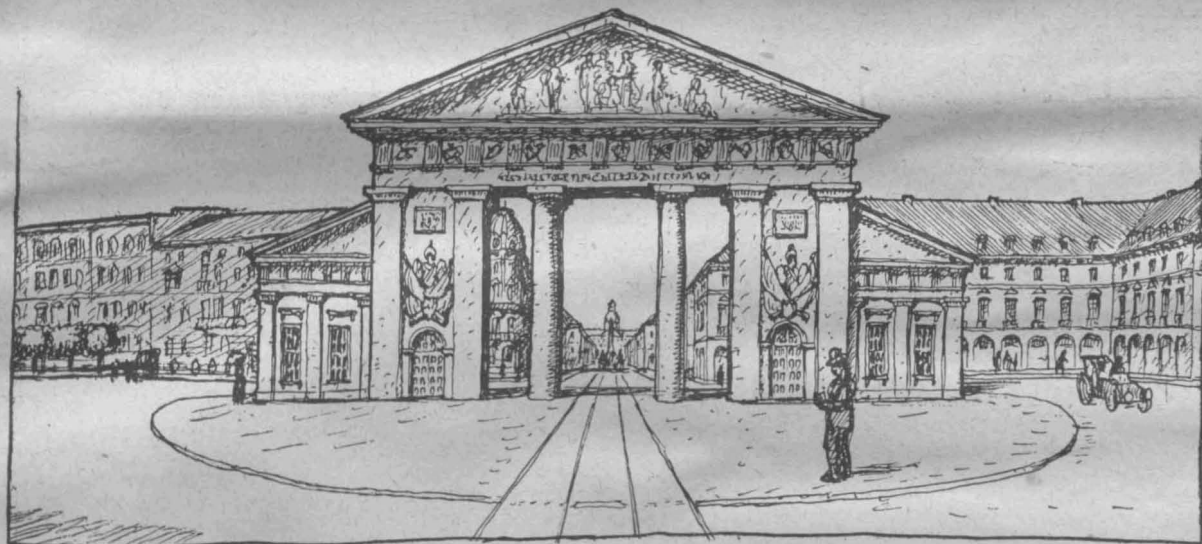


Abbildung 7. Ansicht von Süden. Landseite.

und natürlichste Lösung. Die Tatsache, daß in keinem der besprochenen Vorschläge dieser gewiß naheliegende Gedanke aufgegriffen ist, läßt sich wohl nur daraus erklären, daß die Verfasser einen solchen Bau ohne prak-

*) Anmerkung der Redaktion. Zum Zwecke der Wahrung des Vorrechtes für die hier ausgesprochenen Gedanken bemerken wir, daß der Aufsatz schon seit dem 9. März 1917 in unserem Besitz ist. —

Rechtsfragen.

Schadenersatz-Anspruch wegen Versagung oder Verzögerung einer Bauerlaubnis auf Grund einer rechtsungültigen Polizeiverordnung. Nach § 75 der Einleitung zum preuß. Allgem. Landrecht kann Derjenige, der seine privaten Rechte und Vorteile im Interesse des gemeinen Wohles aufzuopfern gezwungen wird, hierfür Entschädigung verlangen. Die Vorschrift ist auch anwendbar auf Schadenersatz-Ansprüche wegen polizeilicher Versagung einer Bauerlaubnis oder wegen Verzögerung der Baugenehmigung. Eine gerichtliche Klage auf Entschädigung ist ohne weiteres

wenn durch die Mittelloffnung die Straßenbahn, durch die beiden Seitenöffnungen der Fußverkehr geleitet und nur der Wagenverkehr auf reichlich breiten Fahrbahnen um das Bauwerk herumgeführt würde. Der Verkehr würde dann hier keinesfalls mehr erschwert, als durch die Denkmalsinsel auf dem ebenso verkehrsreichen Kaiser-Platz, die sowohl Straßenbahn wie Wagenverkehr zu Umwegen zwingt.* —

(Schluß folgt.)

zulässig, wenn die Bauverweigerung auf Grund einer nur vermeintlich rechtsgültigen, in Wahrheit aber rechtsungültigen Polizeiverordnung ausgesprochen worden ist. Das erkennt das Reichsgericht in der folgenden Entscheidung an:

Das dem Kläger gehörige, in S. an der Domnitzscher Straße gelegene Dampfsägewerk ist am 1. März 1910 niedergebrannt. Sein Gesuch um Wiederaufbau desselben lehnte der Bürgermeister als örtlicher Polizeiverwalter am 29. April 1910 ab, und zwar auf Grund des § 2 der Polizeiverordnung vom 22. Januar 1906, wonach in der Domnitzscher und bestimmten anderen Straßen um das städtische

Bad herum nur zu Wohnzwecken dienende Gebäude errichtet werden dürfen. Diesen § 2 der Polizeiverordnung hat das Oberverwaltungsgericht durch Urteil vom 15. Oktober 1912 als der Rechtsgültigkeit entbehrend außer Kraft gesetzt. Auf Grund dieser Entscheidung hat der Bürgermeister dann durch Bescheid vom 21. Januar 1913 den Wiederaufbau des Dampfsägewerkes genehmigt. Mit der vorliegenden, im ordentlichen Rechtsweg erhobenen Klage verlangt nun der Kläger Schadenersatz von der Stadtgemeinde S. wegen Verzögerung der Genehmigung zum Wiederaufbau des Dampfsägewerkes. Er stützt die Klage auf § 75 der Einleitung zum preußischen Allgemeinen Landrecht. — Landgericht Torgau und Ober-Landesgericht Naumburg haben die Klage abgewiesen. Auf die hiergegen vom Kläger eingelegte Revision ist aber diese Entscheidung vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an einen anderen Senat des Ober-Landesgerichtes zurückverwiesen worden. In seinen Entscheidungsgründen führt der höchste Gerichtshof aus: Das Ober-Landesgericht hält den Rechtsweg nach § 6 des Preußischen Gesetzes vom 11. Mai 1842 über polizeiliche Verfügungen für unzulässig. Das ist irrig. Der Rechtsweg über Eingriffe im Sinne des § 4 des Gesetzes von 1842 (um einen solchen handelt es sich hier) ist an die Voraussetzung des § 6 nicht gebunden. Ein Eingriff in das Privatrecht des Klägers fand statt: er wurde gezwungen, der Polizeiverfügung vom 29. April 1910 Folge zu leisten und den Wiederaufbau des Sägewerkes zu unterlassen, bis er am 21. Januar 1913 die Genehmigung erhielt. Gerade diese Verzögerung der Genehmigung ist der Eingriff, wegen dessen der Kläger Entschädigung verlangt. Dieser Eingriff war eine Maßregel zur Ausführung einer allgemeinen gesetzlichen Vorschrift, nämlich des § 2 der Polizeiverordnung. Eingriffe in Privatrechte, insbesondere Eigentumsbeschränkungen, die durch allgemeine gesetzliche Vorschriften angeordnet oder auferlegt sind, ohne daß diese gesetzlichen Vorschriften selbst eine Entschädigung vorsehen, begründen einen Entschädigungsanspruch im Sinne des § 75 Einl. z. A. Pr. Landrecht nicht. Hier aber handelt es sich um einen Eingriff auf Grund einer nur vermeintlich rechtsgültigen, in Wahrheit, wie von den zuständigen Verwaltungsgerichten festgestellt ist, rechtsungültigen Polizeiverordnungs-Vorschrift, um einen Eingriff, den das richtige Recht eben nicht anordnete und auferlegte. Die Kollision (§ 74 Einl.) bestand darin, daß der Polizeiverwalter das vermeintlich durch die Polizeiverordnung mit Gesetzesschutz ausgestattete Interesse der Gemeinde wahren sollte und wahren zu müssen und zu dürfen glaubte, und daß er kraft seiner Polizeigewalt den Kläger zu mehrjähriger Unterlassung des Baues nötigte, während der Kläger ein wirkliches Recht darauf hatte, so zu bauen, wie er zu genehmigen beantragt hatte, trotzdem aber verpflichtet war, der Genehmigung versagenden Polizeiverfügung Gehorsam zu leisten. Die Klage aus § 75 Einl. Allgem. Landrechtes ist also gegeben. (Aktenzeichen: III. 291/16. — 13. 2. 17.) —

K. M.-L.

Vermischtes.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Architektur wurde durch Beschluß von Rektor und Großem Senat der Technischen Hochschule zu Darmstadt dem Universitäts-Professor Georg Gottfried Dehio in Straßburg, dem weitsichtigen bewährten Förderer des Denkmalschutz-Gedankens und hervorragenden baugeschichtlichen Forscher, dessen Arbeiten für die Entwicklung der Architektur dauernd von größter Bedeutung bleiben werden, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Techniker als Bürgermeister. Unter diesem Titel finden wir in der „München-Augsburger Abend-Zeitung“ vom 21. Juni die nachstehenden beachtenswerten Ausführungen: „Häufig wird in der letzten Zeit von technischen Kreisen die Forderung erhoben, daß auch in Bayern, wie dies anderwärts teilweise schon geschieht, Tech-

niker als Bürgermeister angestellt werden. Dabei wird aber in der Regel die Prüfung der Vorfrage übersehen, ob und wie weit denn dieser Wunsch nach dem derzeit in Bayern geltenden Recht überhaupt erfüllbar ist.

Zunächst steht fest, daß auch in den sogenannten kreisunmittelbaren Städten — das sind aber alle hier irgendwie in Betracht kommenden Städte — die Bürgermeister keineswegs Juristen sein müssen. Artikel 71 Absatz 2 der rechtsrheinischen Gemeindeordnung bestimmt nämlich nur, daß in unmittelbaren Städten mindestens ein rechtskundiges Magistratsmitglied vorhanden sein muß. Es muß dies jedoch nicht der Bürgermeister sein. Bürgermeister kann auch ein Nichtjurist, ein Techniker oder sonst irgendein Gemeindeglieder sein, wenn nur mindestens ein rechtskundiger Magistratsrat (sogen. Rechtsrat) bestellt wird. Auch ist es beispielsweise zulässig, daß von den zwei Bürgermeistern einer Stadt der eine Jurist, der andere Nichtjurist ist. So war es in Nürnberg jahrelang üblich, daß der eine Bürgermeister Jurist war, der andere aus den Kreisen der angesehensten Bürger gewählt wurde.

Wenn also auch das Gesetz in dieser Hinsicht ziemlich viel Freiheit läßt und Techniker von den Bürgermeisterposten auch der größten bayerischen Städte keineswegs ausschließt, so besteht doch ein wesentlicher Unterschied zwischen der Stellung der juristischen und der nichtjuristischen Bürgermeister. Denn während nach Art. 74 der rechtsrheinischen Gemeindeordnung der juristische Bürgermeister sich nach drei Jahren einer Wiederwahl unterziehen muß, dann aber nach erfolgter Wiederwahl eine dauernde, unwiderrufliche Anstellung erlangt oder auch durch Dienstvertrag auf längere oder kürzere Zeit zu seinen Posten berufen werden kann, trifft dies alles bei dem nichtjuristischen Bürgermeister nicht zu. Letzterer kann nämlich nach Art. 75 der rechtsrheinischen Gemeindeordnung nur auf 6 Jahre gewählt, es kann mit ihm kein auf längere oder kürzere Zeit laufender Dienstvertrag geschlossen und es können ihm keinerlei Pensionsrechte zugesichert werden.

Ein Techniker kann also zwar wohl zum Bürgermeister jeder bayerischen Stadt gewählt werden, wenn er in ihr wohnt und das Bürgerrecht besitzt, seine Stellung ist aber durchaus ungesichert. Denn er muß sich unter allen Umständen, ohne daß hiervon abgesehen werden kann, immer nach 6 Jahren einer Neuwahl unterziehen und kann nie dauernd oder durch Dienstvertrag auf gewisse Zeit angestellt werden oder Pensionsrechte erlangen. Diese unsichere Stellung wird wohl in den meisten Fällen tüchtige Kräfte aus den Reihen der Techniker abschrecken, sich um Bürgermeisterposten zu bewerben.

Die Forderung: „Techniker als Bürgermeister“ hat also so lange keinen Boden, als nicht die derzeit geltenden Gesetze entsprechend abgeändert sind.“ —

Ein württembergisches Reformations-Denkmal. Am 24. Juni 1917, am Geburtstag des schwäbischen Reformators Johannes Brenz, fand in Stuttgart die Einweihung eines württembergischen Reformations-Denkmales statt. Das Denkmal ist ein Werk des Bildhauers Jakob Brüllmann in Stuttgart und an die Hospital-Kirche, ein aus der Reformationszeit stammendes Gotteshaus, angelehnt. In schwäbischem Muschelkalk ausgeführt, entwickelt es sich an der Längsseite der Kirche, zwischen zwei Pfeilern zwischen Hauptportal und Turm. In der Mitte erhebt sich aus fließenden Gewändern die Heilands-Gestalt; darunter ruht ein Sarkophag auf Lagern mit den Evangelien-Symbolen. Vor den beiden benachbarten Pfeilern sitzen die Gestalten von Martin Luther und Johannes Brenz. Diese drei Teile vereinigen sich zu einem Denkmal von eigenartiger Formgedanken. Das Denkmal reiht sich würdig den übrigen öffentlichen plastischen Werken der schwäbischen Hauptstadt an. —

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Ehrenfriedhof auf dem Friedhof Eichhof zu Kiel liefen 27 Entwürfe ein. Den I. Preis von 500 M. gewann Arch. E. Prinz, den II. Preis von 400 M. Arch. L. O. Vogler, beide in Kiel; je einen III. Preis von 300 M. errangen Arch. Hans Roß in Neumünster und Arch. Paul Merks in Kiel. Für je 200 M. zum Ankauf empfohlen wurden die Arbeiten von Stadtbauinsp. Karl Meyer in Kiel und Dipl.-Ing. Guido Widmann in Flensburg. —

Inhalt: Die Neuanlage des Ettlingertor-Platzes in Karlsruhe. — Rechtsfragen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



US DINKELSBÜHL. * EINE HAUPT-
STRASSE MIT DER KIRCHE. * AUF-
NAHME VON GEH. BAURAT AUGUST
KNOCH IN HANNOVER. * * * * *

===== DEUTSCHE =====
* * * * * BAUZEITUNG * * * * *
* * * 51. JAHRGANG 1917. NO. 54. * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

51. JAHRGANG. № 54. BERLIN, DEN 7. JULI 1917.

FUER DAS



VATERLAND

Wer um Hohes kämpft, muß wagen;
Leben gilt es oder Tod!
Laß die Wogen donnernd branden,
Nur bleib immer, magst du landen
Oder scheitern, selbst Pilot. Gneisenau.



uf dem Felde der Ehre sind im Kampf für das Vaterland aus dem Kreise unserer Fachgenossen gefallen oder den auf dem Schlachtfeld erhaltenen Wunden erlegen:

Teo Arendt, Architekt von Berlin-Wilmersdorf. — Richard Bouché, Dipl.-Ing. aus Düsseldorf-Oberkassel. — Josef Brenckle, Dipl.-Ingenieur von Wilhelmshaven. — Erwin Buchwitz, Dipl.-Ing., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Eckernförde. — Walter Dame, Reg.-Bauführer aus Torgau. — Rudolf Dell, Arch., Hilfslehrer an der Gewerbeschule in Freiburg i. Brg. — Eugen Entemann, Reg.-Baumeister. — Dolf Frey, Reg.-Bauführer von Berlin. — Wilhelm Graul, Architekt von Berlin. — Georg Grünig, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der kgl. Baugewerkschule in Frankfurt a. M. — Heinrich Hafer, Reg.-Bauführer aus Hannover. — Bruno Heine, Dr.-Ing. aus Berlin-Grünwald. — Fritz Georg Herrmann, Reg.-Bmstr. im Min. der öff. Arb. in Berlin. — Erich Hoffmann, Ing. von Holzminden. — Kurt Hoffschläger, Dipl.-Ing. — Fritz Hofmann, Reg.-Bmstr. — Franz Hopmann, Reg.-Bmstr. von Godesberg a. Rh. — Leonhard von Hülst, Arch. aus Hannover. — Karl Hummel, Ing. von Dresden. — Justus Jox, Dipl.-Ingenieur von Darmstadt. — Willi Koch, Dipl.-Ingenieur aus Stuttgart. — Hugo Koester, Ingenieur von Dresden. — Hans Kroher, Arch., Dipl.-Ing. aus Essen a. R. — Emil Krohn, Dipl.-Ingenieur von Hamburg. — Robert Lüder, Dipl.-Ingenieur aus Langenburg. — Kurt Lütkenmüller, Ingenieur aus Magdeburg. — Rudolf Meyer, Dipl.-Ingenieur aus Aplerbeck. — Richard Motz, Dipl.-Ingenieur. — Adolf Müller, Geometer von Karlsruhe i. B. — Heinrich Petersen, Dipl.-Ingenieur von Wismar. — Walter Rassow, Baurat aus Hameln. — Ernst Ribbeck, Ingenieur von Grünberg i. Schl. — Ernst Adolf Rohn, Architekt

von Dresden. — Hans Rubbert, Regierungs-Bauführer von Darmstadt. — Rudolf Schlegel, Diplom-Ingenieur von Dresden. — Andreas Schröder, Ingenieur von Cassel. — Rudolf Schwannecke, Diplom-Ingenieur, Regierungs-Bauführer aus Halle a. d. Saale. — Ernst Strang, Diplom-Ingenieur von Köln a. Rh. — Eduard Thomas, stud. arch. aus Offenburg. — Georg Tietze, Diplom-Ingenieur aus Breslau. — Heinrich Ulrich, Diplom-Ingenieur, Reg.-Bfhr. von Büdingen. — Hermann Waldschmidt, Dipl.-Ingenieur aus Nikolassee. — Paul Wehlte, Ingenieur von Halle a. S. — Max Weitbrecht, Reg.-Baumeister von Stuttgart. — Anton Ziemlich, Dipl.-Ingenieur aus München. — Ernst Zimmermann, Kand. des Schiffbchs. von Obernigk. — Otto Zwang, Reg.-Bmstr., Stadtbmstr. in Darmstadt. — Studierende der Techn. Hochschule in Aachen: Wolfgang Hertel, Karl Josten, Karl Walther Koenemann, Paul Reinhard, Otto Schweer.

Studierende der Techn. Hochschule in Berlin: Walter Gülke, Fritz Hartmann, Werner Herbert, Friedr. Kurtzrock, Alfred Pflug, Karl Pötsch, Paul Schmidt.

Studierende der Techn. Hochschule in Braunschweig: Artur Froelich, Kurt Gruber, Paul Hesse, Wilh. Heyer, Heinr. Kohlstock, Wilh. Müller, Otto Oehlmann, Otto Sattler, Otto Schmidt.

Studierende der Techn. Hochschule in Hannover: Walter Engel, Hans Fiesel, Friedrich Hannes, Heinrich Holst, Hans Jäger, Gerhard Karstensen, Hellmut Knierim, Hans Kruttge und Bernhard Röder.

Studierende der Techn. Hochschule in München: Hans Denzinger, Karl Alois Ehrnthaller, Georg Küfner, Otto Löschelt, Ernst Reihlen, Kurt Weber.

Liste I Jahrg. 1914 in No. 78, II in 81, III in 85, IV in 90, V in 96, VI in 99, VII in Jahrg. 1915, No. 5, VIII in 13, IX in 23, X in 43, XI in 55, XII in 67, XIII in 79, XIV in 99, XV in Jahrg. 1916, No. 10, XVI in 19, XVII in 46, XVIII in 71, XIX in 96, XX in Jahrg. 1917, No. 26.

Zur baukünstlerischen Ausgestaltung von Groß-Berlin.

VIII. Der monumentale Ausbau der Prinz Albrecht-Straße.

Von Albert Hofmann in Berlin.



In Jahrgang 1913 der „Deutschen Bauzeitung“, No. 47, S. 429 ff. ist ein Vorschlag zur monumentalen Ausgestaltung der Prinz Albrecht-Straße zu Berlin besprochen worden, der in unseren Tagen eine aktuelle Bedeutung und eine unverhofft schnelle Möglichkeit der Verwirklichung erlangt hat. Das königlich preußische

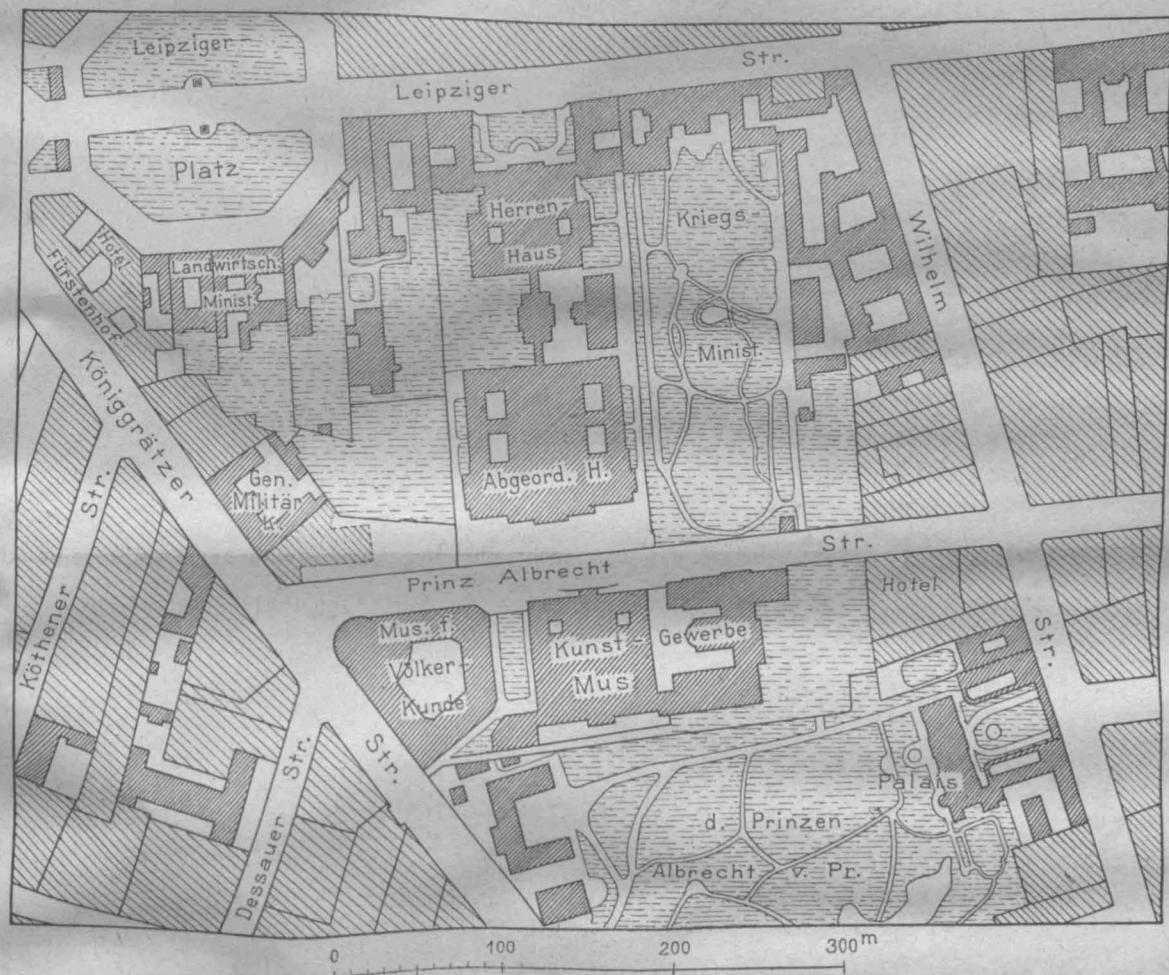
Kriegsministerium, das seinen Sitz in der Leipziger- und in der Wilhelm-Straße in Berlin hat und den westlichen Baublock dieser Straße bereits bis über die Hälfte der Front-Entwicklung in Anspruch nimmt, sieht sich genötigt, seine Geschäftsräume zu erweitern und hat zu diesem Zweck mit Genehmigung des Reichstages um eine Summe von 2,4 Mill. M. die Grundstücke Wilhelm-Straße 89-96 und Prinz Albrecht-Straße 1 erworben, so daß nunmehr das gesamte Gelände, das sich östlich von den beiden Häusern des preußischen Landtages ausdehnt und von der Leipziger-, der Wilhelm- und der Prinz Albrecht-Straße begrenzt wird, im Besitz des Kriegsministeriums ist, mit einziger Ausnahme eines Geschäftshauses, das an der Leipziger-Straße noch die lange Front dieses Ministeriums unterbricht. Es kann damit gerechnet werden, daß die angekauften Gebäude in näherer oder fernerer Zeit niedergelegt und einem einheitlichen Erweiterungsbau des Kriegsministeriums weichen werden, wenn auch die Möglichkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich nicht ausgeschlossen ist, daß sie noch für begrenzte Zeit in ihrem jetzigen Zustand der Verwaltung dienen. Ein künstlerischer Verlust entsteht hierbei nicht, denn die in Betracht kommenden Bauwerke sind nicht von künstlerischem Wert und haben zum überwiegenden Teil auch schon die Berliner Altersgrenze erreicht. Einzig die Freskenreihe von Hermann Prell im Schinkelsaal des Architektenhauses, das in den Ankauf einbeschlossen wurde, ist erhaltungswürdig; sie kann aber losgelöst und an anderer Stelle wieder verwendet werden. Die 11 Fresken entstanden vor etwa 40 Jahren aus Stiftungsmitteln und mit Zuschüssen des preußischen Staates. Sie stellen die verschiedenen Zeitalter dar und werden durch ein lebhaft bewegtes Deckengemälde auf Leinwand mit der Darstellung der siegreichen Kunst gekrönt. Dieser erlesene Saalschmuck gehört zu den wenigen Arbeiten der Monumentalmalerei, die Berlin besitzt und reiht sich würdig den Fresken Schinkels in der Vorhalle des Alten Museums am Lustgarten und den Werken von Wilhelm Kaulbach im Treppenhaus des Neuen Museums am Kupfergraben an. Ihre Erhaltung durch vorsichtige Loslösung und Uebertragung an eine andere Stelle ist eine selbstverständliche Pflicht sorgsamer Kunstpflege. Man darf damit umso mehr rechnen, als die preußische Kunstkommmission bereits im Januar dieses Jahres den Beschluß gefaßt hatte, die Fresken einer Wiederherstellung zu unterziehen.

Durch den durch das Kriegsministerium bewirkten Ankauf nun ist das Gelände dieses Baublockes von der Mitte in der Wilhelm-Straße über die ganze Prinz Albrecht-Straße hinweg bis zum Hotel Fürstenhof in der Königgrätzer-Straße in staatlichem Besitz. Der bestehende Lageplan läßt die Verhältnisse klar erkennen. Auf dem Gelände zwischen Fürstenhof und General-Militärkasse ist inzwischen ein monumentaler Neubau für das preußische Landwirtschafts-Ministerium entstanden. Die durch den Krieg hervorgerufenen Zustände der Staatsfinanzen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, daß der edle Backsteinbau der General-Militärkasse erhalten bleibt. Für den übrigen Teil des Geländes aber ist nunmehr die Möglichkeit einer Bebauung geschaffen, wie sie in meinen Ausführungen in No. 47 des Jahrganges 1913 der „Deutschen Bauzeitung“ angedeutet und auch in einer Eingabe an den preußischen Minister-Präsidenten vorgeschlagen wurde. An dieser Stelle ergibt sich heute noch eine Gelegenheit, eine monumentale Bauanlage zu schaffen, wie sie sich im Inneren der Stadt in diesem Umfang kaum wieder bieten dürfte; Bauanlagen, die sich nicht nur dem Abgeordnetenhaus als Mittelpunkt einheitlich angliedern, sondern auch die Dienststellen der Verwaltung des preußischen Staates in monumentaler Weise verkörpern und damit zu einem bezeichnenden Beispiel des entwickelten Städtebaues unserer Tage werden können. Dabei handelt es sich um zwei äußerlich zusammenhängende, innerlich und ihrem Wesen nach aber getrennte Angelegenheiten: um die künstlerische Ausgestaltung der Nordseite der Prinz Albrecht-Straße und die Ausgestaltung der Einmündung dieser Straße in die Königgrätzer-Straße.

Rufen wir uns die Verhältnisse, wie sie sich im Lauf der Jahre an dieser Stelle entwickelt haben, mit wenigen Worten zurück. Vor etwa 30 Jahren zogen sich die Königgrätzer-Straße entlang noch Teile der alten Stadtmauer. Die Prinz Albrecht-Straße bestand noch nicht; die Zimmer-Straße hörte an der Wilhelm-Straße auf. An der Stelle des heutigen Abgeordnetenhauses lagen alte, verfallende Baulichkeiten, in denen die königliche Porzellan-Manufaktur notdürftig ihr Dasein fristete. Da trat als erster und zugleich hervorragendster Monumentalbau einer ganzen Epoche das Kunstgewerbe-Museum, das edle Werk nachschinkelscher Zeit von Martin Gropius, ohne alle Beziehungen an seine jetzige Stelle. Damit ergab sich die Notwendigkeit, an eine Durchlegung der Zimmer-Straße bis zur Königgrätzer-Straße zu schreiten. So entstand die heutige Prinz Albrecht-Straße. In jener Zeit ist es jedoch versäumt worden, die Bebauung dieser Straße auf der Grundlage des bereits errichteten Kunstgewerbe-Museums nach einem einheitlichen Plan und nach großen Gesichtspunkten zu regeln, obwohl damals schon in Aussicht genommen war, das teils in staatlichem, teils in fürstlichem Besitz befindliche Gelände mit staatlichen Monumentalbauten zu besetzen. Gewiß, in jener Zeit, in welcher Berlin nach glücklichen Kriegen seinen materiellen wirtschaftlichen Aufbau als Reichshauptstadt zu vollziehen hatte, haben, wie auch damals in der Kunstauffassung im Allgemeinen, Fragen des

Städtebaues noch nicht die Rolle gespielt, die sie heute, in einer Zeit, in der dem wirtschaftlichen Aufbau der Großstädte die Veredelung ihres Stadtbildes allenthalben folgt, sich errungen haben. Daher konnte es kommen, daß an der Südseite der Prinz Albrecht-Straße zunächst der Bau des Kunstgewerbe-Museums, bald darauf in veränderter, jedoch gleichfalls eindrucksvoller Stilfassung, das Museum für Völkerkunde entstanden, welchen beiden erst in den letzten Jahren, wieder in anderer Stilfassung, der Neubau der Kunstgewerbe-Schule folgte. Diese drei Bauten wurden regellos aneinander gereiht, jeder ist ein künstlerischer Individualismus für sich ohne den Altruismus in künstlerischen Dingen, den die Kunstentwicklung aller Zeiten für ihre vornehmsten Schöpfungen stets gefordert hat. Zu diesen staatlichen Bauten ist eine kleine Gruppe privater Bauwerke getreten, die auf das Straßenbild nicht von förderndem Einfluß waren.

Maßstab zu bestimmen und Mittelpunkt zu sein hätte. Der Freiheit der künstlerischen Arbeit kommt dabei entgegen, daß die westliche Ecke der Nordseite der Prinz Albrecht-Straße bisher noch unbebaut geblieben ist. Nicht unbekannt ist uns, daß unter Beseitigung der General-Militärkasse in der Königgrätzer-Straße ein Plan für die Bebauung des ganzen Eckgeländes bis zum Abgeordneten-Haus aufgestellt wurde, den wir auf S. 434 des Jahrganges 1913 der „Deutschen Bauzeitung“ zum Abdruck brachten. Nach dem Plan sollten Geschäftsräume für das preußische Finanz-Ministerium hier erbaut und es sollte die Verwaltung vom Kastanien-Wäldchen hierher verlegt werden. Doch dürfte es unter der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Not nicht zu verantworten sein, den noch wohl erhaltenen Monumentalbau der General-Militärkasse, eines der besten Werke der vorletzten Berliner Bauperiode, nieder zu legen. Sein Verschwinden wäre ein nicht zu rechtfertigen-



Lageplan des heutigen Zustandes der Umgebung der Prinz Albrecht-Straße.

Muß so der heutige Zustand der Südseite der Prinz Albrecht-Straße für unabsehbare Zeit als etwas Unänderliches hingenommen werden, so sind durch die nunmehr erfolgten Ankäufe an der Nordseite der Straße Möglichkeiten geschaffen, die eine Ausgestaltung im höchsten Sinne des künstlerischen Städtebaues unserer Tage zulassen. Ihren Charakter erhält diese Seite der Straße durch die geschlossene Bau-Gruppe des Abgeordneten- und des Herrenhauses. Sie bilden eine einheitliche, monumentale, der Vertretung des preußischen Staates würdige Bauanlage. Diese wird daher auch allen künftigen Gestaltungen hier den Maßstab zu leihen haben. Schon ihr Erbauer hat in einer Art künstlerischen Vermächtnisses auf die einheitliche, monumentale Bebauung der seitlichen Umgebung des Abgeordnetenhauses hingewiesen. Die erfolgten Ankäufe geben nunmehr die Möglichkeit hierzu; sie fordern geradezu dazu auf, einen nach großen, monumentalen Gesichtspunkten geordneten Bebauungsplan auszuarbeiten zu lassen, für den das Abgeordneten-Haus Charakter und

gender materieller und künstlerischer Verlust. Man wird daher ohnedies für das Eckgelände mit einer neuen architektonischen Lösung rechnen müssen. Dabei würde ohne Schwierigkeit der Wunsch erfüllt werden können, etwa unter Vollendung der künstlerischen Ausgestaltung des Rundbaues des Museums für Völkerkunde und unter Bezugnahme hierauf der Prinz Albrecht-Straße eine Ausmündung in die Königgrätzer-Straße zu geben, welche der Bedeutung dieser Straße als einer Vereinigung der vornehmsten preußischen Staatsgebäude entspricht. „Denn das ist der Geist der Baukunst: Ungeheures zu gestalten und ein ganzes Volk zur staunenden Bewunderung zu bringen“, sagt Hermann Grimm im „Leben Michelangelo's“ zur Vollendung des Palastes Farnese in Rom.

Berlin gehörte einst zu den Städten mit einer ausgeprägten Stadtkultur, die es in erster Linie Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm I. verdankte. Es hat diese Kultur in der Zeit seines materiellen und wirtschaftlichen Aufbaues als Reichshauptstadt ver-

loren. Nach dem periodischen Abschluß dieses Aufbaues jedoch darf das Problem der Stadt-Entwicklung nicht mehr allein ein Problem der Ausdehnung der Stadt bleiben, es muß vielmehr zugleich ein Problem der Wiedergewinnung und der Weiterentwicklung eines bereits vorhanden gewesenen Zustandes sein. Nach dem glücklichen Abschluß des Krieges und nach den Regungen des Materialismus und der sinnlichen Kräfte für die Erhaltung des Staates und des Individuums dürfen auch die hohen Kräfte des Lebens wieder in ihre natürlichen Rechte treten.

Ein Stadtbild ist die versteinerte Geschichte der organischen Entwicklung einer Stadt. Und wenn das Wesen einer Stadt das oberste Bildungsprinzip des steinernen Stadtkörpers ist, so hat Berlin, nicht allein in seiner Eigenschaft als Reichshauptstadt, noch an man-

chen Stellen Ursache, dem Drängen seines durch die Jahrzehnte veränderten Wesens im Stadtbild Gestalt zu geben. Der einheitliche Ausbau der Nordseite der Prinz Albrecht-Straße ist eine solche Stelle; die Kunst auch an ihr zu einem Staatsverlangen gemacht zu sehen, ist das Ziel, das diese Zeilen erreichen wollen.

Die Möglichkeiten hierzu sind mannigfaltige. Die naheliegendste und bei dem gegenwärtigen Notstand aller künstlerischen Kreise gerechtfertigste ist der Weg des Wettbewerbes. Der freie Wettbewerb aller Kräfte ist geeignet, dem Berufensten den Weg zum Aufstieg und Fortschritt zu bereiten und damit der Sache selbst die größte Gewähr des Gelingens zuzuführen. An der Lösung der Frage wird eine Gruppe von Stellen beteiligt sein; möge es gelingen, sie zu einem einheitlichen Vorgehen zu vereinigen! —



Rumänische Kirchen. Offene Vorhalle. Aufgenommen von Aug. Gust. Schmidt-Lauf.

Die Neuanlage des Ettlingertor-Platzes in Karlsruhe. (Schluß.)



ie Anlage des Tores und des umgebenden Platzes läßt sich nun in folgender Weise denken: Das Tor wird südlich der Krieg-Straße errichtet, während das alte Ettlinger-Tor nördlich dieser Straße, etwa in der Flucht des jetzigen Malsch-Brunnens, gestanden hat. Es erhält eine ähnliche Form und vielleicht etwas

größere Abmessungen wie das alte Tor, also eine breitere Mittelöffnung und 2 schmalere Seitenöffnungen. Nach Norden schließen sich an das Tor zwei weniger hohe, einstöckige Vorbauten an, die praktischen Zwecken dienen und weitere Kioske auf dem Platz überflüssig machen sollen. Die Abb. 6 und 7 (in No. 53) sollen eine Vorstellung des gedachten Baues geben. Selbstverständlich sind auch andere Gestaltungs-Möglichkeiten denkbar, die eine ebenso gute Wirkung ausüben können, falls sie mit dem gegebenen Architekturbild der Karl-Friedrich-Straße nicht in Widerspruch treten. Durch einen solchen Torbau würden ohne Zweifel einige Stadtbilder von besonderem Reiz entstehen. Man denke sich den Blick auf das Tor und die dahinter erscheinenden Bäume des Sallenwäldchens vom Markt-Platz her; dieser würde

vielleicht an das Bild erinnern, das natürlich in weit größerem Maßstab das Brandenburger-Tor in Berlin mit dem Durchblick nach dem Tiergarten von den Linden aus bietet. Dem von Süden kommenden Besucher der Stadt würde das Tor, durch dessen Mittelöffnung die Verfassungssäule und das Schloß sichtbar werden, als festliche Eingangspforte der Stadt erscheinen.

Die Wirkung des Platzes tritt durch den Torbau etwas in den Hintergrund, wäre aber dennoch bei der Planung sorgfältig zu prüfen. Als Platzform scheint sowohl ein Halbkreis wie ein Rechteck geeignet, wobei im letzteren Fall die seitlich einmündenden Straßen etwas zu knicken sind. Beide Grundrißformen sind in den Abbildungen 4 und 5 in No. 53 dargestellt. Die Platzwände sollten durch Gebäude mit regelmäßigen, einfachen und ruhigen Fronten gebildet werden, deren Höhe sich mehr den alten Bauten der Karl-Friedrich-Straße, als dem gegenüber diesen viel zu hohen Hotel Germania zu richten hätte. Eine entsprechende künstlerische Ausgestaltung der Nordwand des Platzes kommt erst in Frage, wenn durch irgend einen Zufall der Abbruch oder Umbau des Hotels Germania, der sich dem alten Bild der Karl-Friedrich-Straße in keiner Weise einfügt, veranlaßt wird. Bis dahin können die dort stehenden Bauten, einschließlich des bereits von der Stadt zur Entfernung vor-

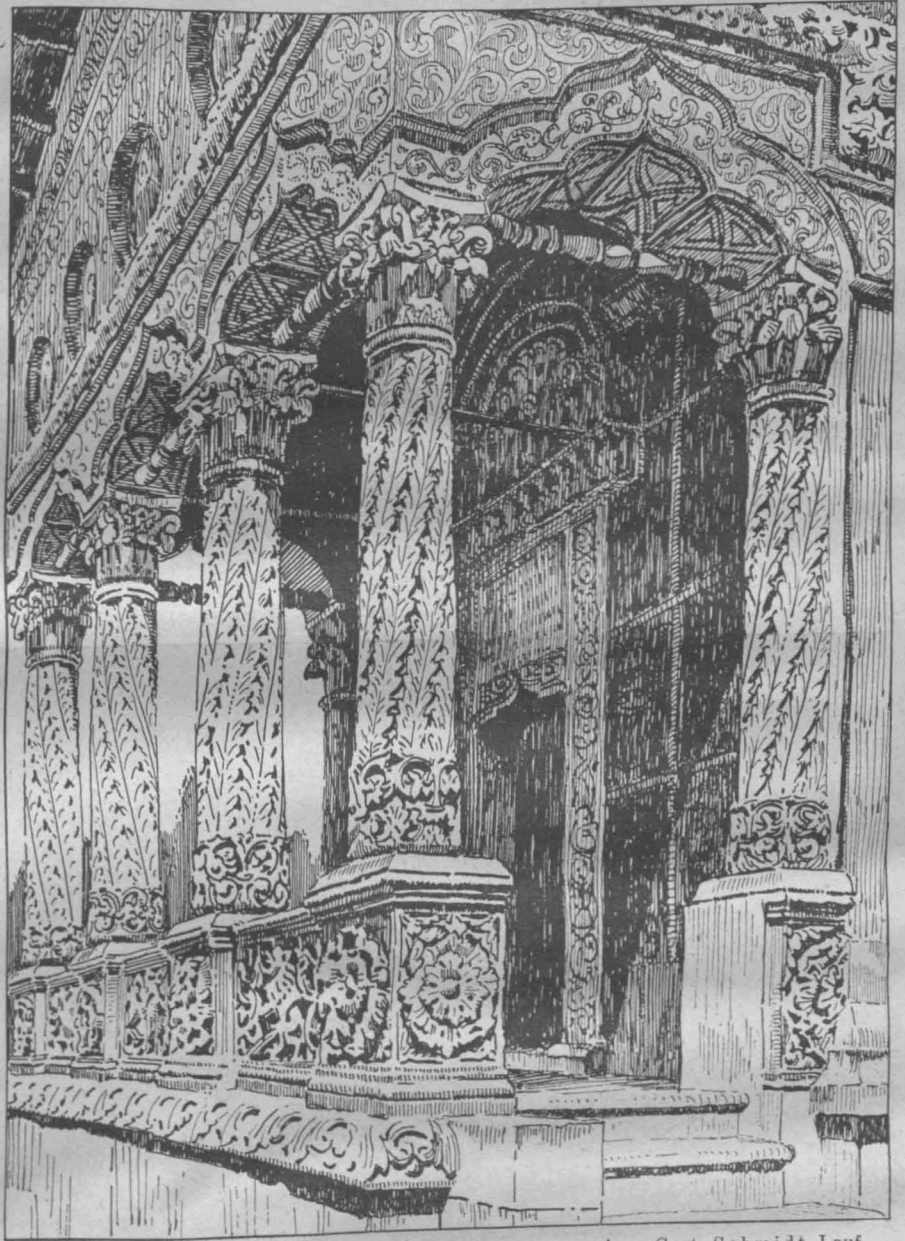
gesehenen, an sich hübschen Malsch-Brunnens, ruhig am Platz bleiben.

Gegen den Wiederaufbau des Ettlinger-Tors werden vielleicht auch diejenigen, die diesen Gedanken vom künstlerischen Standpunkt aus anerkennen und befürworten möchten, einwenden, daß nach dem jetzigen opferreichen Krieg für längere Zeit keine Mittel für solche Schmuckbauten verfügbar sein werden. Es ist aber auch durchaus nicht nötig, daß das Tor in den nächsten Jahren erbaut wird, sofern nur die Platzanlage so gestaltet wird, daß es später unter günstigen Bedingungen errichtet werden kann. Es wäre ein guter Gedanke, das Tor einmal als Erinnerungsbau für ein bedeutendes Ereignis oder eine bedeutende Persönlichkeit zu erbauen. Der Torbau, an dem sich Relief-Darstellungen vorzüglich anbringen lassen, würde als neues und eigenartiges Erinnerungsmal wohl mehr beachtet werden, als eines der bisher üblichen Reiterstandbilder mit allegorischen Figuren, deren das Publikum allmählich überdrüssig zu werden beginnt.

Sofern der vorstehende Vorschlag Zustimmung finden sollte, wäre es die nächstliegende Aufgabe der Karlsruher Stadtverwaltung, den Ettlingertor-Platz in allen Einzelheiten so zu gestalten, daß die spätere Aufstellung und günstige Wirkung des Torbaues durch nichts gestört wird. Die zu diesem Zweck erforderlichen verkehrstechnischen Maßnahmen sollen nun zum Schluß besprochen werden. Soweit bekannt, soll die jetzige Lokalbahn Spöck-Karlsruhe—Durmersheim künftig als elektrische Straßenbahn betrieben und zweigleisig durch die Beiertheimer-Allee über den Ettlingertor-Platz nach der östlichen Krieg-Straße geführt werden. Sie würde dann den Platz schräg von Südwest nach Ost durchschneiden. Die schräg durchlaufenden Gleise und die aufzustellenden Leitungsmaste werden eine schöne Ausgestaltung des Platzes, wozu auch eine befriedigende Behandlung der Bodenfläche gehört, und vielleicht auch die richtige Aufstellung des Tores von vornherein erschweren oder gar verhindern. Diese Schwierigkeiten werden völlig vermieden, wenn die genannte Bahnlinie von der Beiertheimer-Allee aus durch die Baumeister-Straße anstatt durch die Krieg-Straße nach der Rüppurer- und Kapellen-Straße weitergeführt wird. Diese Führung bietet neben den ästhetischen zweifellos auch technische Vorteile, indem der verkehrsreiche Ettlingertor-Platz und außerdem eine für den Straßenbahn-Verkehr sehr ungünstige enge Stelle in der östlichen Krieg-Straße (beim Gasthaus zum „Grünen Hof“ nahe der Rüppurer-Straße) von den Gleisen befreit wird, während anderseits die Baumeister-Straße nach der leicht durchzuführenden Verbreiterung der Fahrbahn eine in jeder Hinsicht tadellose Anlage der Gleise gestattet. Es ist allerdings zu erwarten, daß die Entfernung der Straßenbahn aus der östlichen Krieg-Straße von den gegenüber dem alten Bahnhof-Gebäude liegenden Hotels und Gastwirtschaften als Nachteil empfunden und bekämpft wird. Dagegen

ist die Aussicht vorhanden, daß nach Entfernung der Straßenbahn auch dieser Teil der Krieg-Straße eine ruhige und angenehme Wohnstraße wird, besonders wenn durch Baumpflanzungen, durch Gartenanlagen und Denkmäler vor dem alten Bahnhof-Gebäude, das als Bau- und Denkmal erhalten werden soll, einiges für die Verschönerung der Straße geschieht. Auf diese Weise würden die Anlieger für den Verlust der Straßenbahnlinie, deren Verkehr überdies nur geringe wirtschaftliche Bedeutung für sie haben wird, einen durchaus genügenden Ersatz finden.

Die Verlegung der Straßenbahn in die Baumeister-Straße bedingt die Verlängerung dieser Straße nach Westen über den Festplatz bis zur Beiertheimer-Allee.



Rumänische Kirchen. Offene Vorhalle. Aufgenommen von Aug. Gust. Schmidt-Lauf.

Wie die Abbildungen 4 und 5 zeigen, erhält der Festplatz hierdurch eine sehr naturgemäße Aufteilung und Gliederung, die mit der beabsichtigten Bebauung gut übereinstimmt. Von den hier geplanten beiden öffentlichen Gebäuden (Landes-Gewerbeamt und Landes-Museum) ist das eine nördlich, das andere südlich dieser Straßenstrecke zu erbauen. Es empfiehlt sich, das Landes-Gewerbeamt, das vermutlich in den nächsten Jahren begonnen werden muß, auf der nördlichen Baufläche zu errichten, damit der Ettlingertor-Platz hier seinen Anschluß erhält. Da der Bau des Landesmuseums nicht dringlich ist und für die nächsten Jahre kaum in Frage kommt, wird der für dieses bestimmte Bauplatz vorläufig frei bleiben, was bei der vorgeschlagenen Ein-

teilung keineswegs störend wirken würde. Im Gegenteil! Es ist sehr der Erwägung wert, ob man auf die Bebauung dieses Platzes nicht überhaupt verzichten und für das Landesmuseum eine andere Baustelle im alten Bahnhofsgelände oder anderswo wählen sollte. Der gedachte Platz, der im Süden durch das Vierordtsbad, im Norden durch eine Teilfront des Landesgewerbeamtes abgeschlossen würde, könnte nämlich nach Wiederherstellung der leider teilweise zerstörten Kastanienalleen zu einem der schönsten Promenadeplätze der Residenz werden. Er könnte durch regelmäßige Gartenanlagen und durch ein Denkmal oder einen Musiktempel nördlich des schon bestehenden Wasserbeckens noch erheblich verschönert werden (vergl. Abbildung 5). Bei Ausstellungen in der städtischen Ausstellungshalle könnte er mit dieser verbunden werden und wäre für solche Veranstaltungen als Freiplatz von großem Wert.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß anläßlich der Gestaltung des Ettlingertor-Platzes und seiner Umgebung eine Reihe bautechnischer und verkehrstechnischer Fragen gemeinsam und von einheitlichen Gesichtspunkten aus zu lösen sind. Nur wenn das in richtiger Weise geschieht, kann dort eine baukünstlerische Anlage ent-

stehen, die denen von Weinbrenner würdig zur Seite stehen wird. Hierin liegt das Interessante und auch das Schwierige dieser Frage. Dem neuzeitlichen Städtebau muß leider der Vorwurf gemacht werden, daß durch das Fehlen dieser Einheitlichkeit, durch voreiliges Ausführen einseitig erdachter Teilanlagen, in zahlreichen Fällen die Gelegenheit, technisch und künstlerisch große und wertvolle Anlagen zu schaffen, versäumt oder zerstört worden ist.

Es wäre zu wünschen, daß die Stadt Karlsruhe diesen Fehler vermeidet und zunächst die verkehrstechnischen Vorfragen in glücklicher Weise löst. Die Hauptfragen, deren erste die Festlegung der Bauflächen und Bauvorschriften für den Ettlingertor-Platz ist, sollten unbedingt bis nach dem Friedensschluß verlagert werden. Wenn die Zeitverhältnisse wieder die Befassung mit friedlichen Zukunfts-Aufgaben ermöglichen, ist wohl zu erwarten, daß viele der badischen und anderen deutschen Baukünstler dieser lohnenden Frage Interesse und Arbeit widmen werden und daß dann die Stadtverwaltung Gelegenheit haben wird, aus einer Reihe guter Vorschläge einen der besten zur Ausführung zu wählen. —

W. L.

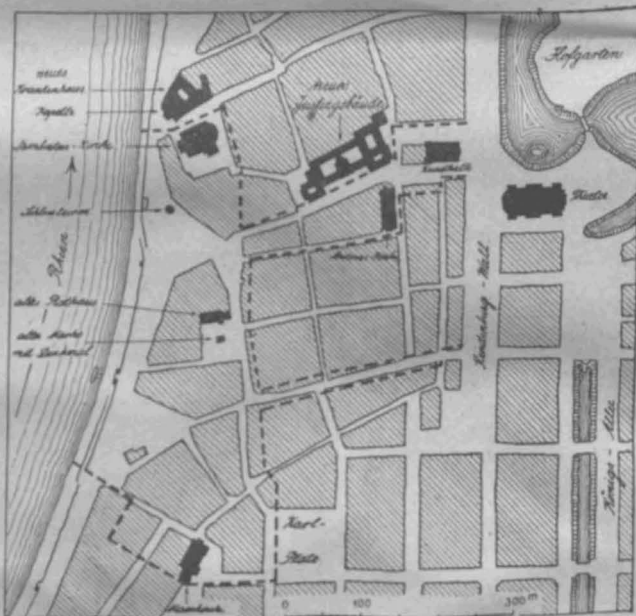
Der Düsseldorfer Rathaus-Neubau.

Die Ursache, weshalb heute keine Architektur-Plätze im Sinn der Barockzeit mehr entstehen, sind nicht nur künstlerischer, sondern wesentlich auch organisatorischer Art; an Stelle eines einheitlichen Willens ist auch in Kunstfragen immer mehr der Mehrheitsbeschluß getreten. Nun haben gerade Entwürfe großen Zuges immer ihre Schwächen und Rücksichtslosigkeiten und die Erörterungen innerhalb einer nicht nur aus Künstlern bestehenden Körperschaft wird stets darin gipfeln, diese Schwächen und Rücksichtslosigkeiten zu betonen und einen Ausgleich zu versuchen. Diese Tatsache soll nur betont, nicht kritisiert werden; denn sie stützt sich auf sachliche Ursachen; eine städtebauliche Schöpfung, wie sie etwa ein Stadtplatz darstellt, greift heute so tief in den feinfühligsten Organismus einer Stadt ein, berührt so viele berechnete Interessen, fußt so sehr auf schwer zu überschendenden Zukunftsmöglichkeiten, daß eine eingehende Erörterung aller zugehörigen Fragen von möglichst verschiedenen Seiten aus sachlichen und politischen Gründen notwendig ist. Die Zeit der Ausstellungen mit ihren großen Entwürfen ist vorbei; es ist notwendig, daß der Städtebau sich immer mehr auf den zwar weniger leicht zu bearbeitenden, aber immerhin fruchtbaren Boden der realen Wirklichkeit stellt.

Der Rathaus-Neubau in Düsseldorf kann als ein Prüfstein für die Entwicklung des künstlerischen Städtebaues angesehen werden. Handelt es sich doch nicht nur darum, ein Gebäude mit 18 000 qm Nutzfläche (ohne Gänge und Treppen) und etwa der halben Erweiterungsmöglichkeit zu schaffen; es kommen vielmehr noch andere öffentliche Gebäude in Betracht; außerdem ist ein großer Platz anzuordnen, die Umgebung zweier alter Kirchen ist zu gestalten, ein Marktplatz mit wertvollem Denkmal, sowie der alte Schloßurm sind zu berücksichtigen, 340 m Rheinfront künstlerisch zu lösen und mit dem Rheinstrom harmonisch zu verbinden und mehrere neue Verkehrswege dem Ganzen einzupassen. Außer dem von der Stadt bereits für das Rathaus erworbenen Gelände von etwa 26 500 qm sind einschließlich vorhandener Straßen und Plätze und einschließl. der Grundstücke, deren Bebauung von der Stadt zu beeinflussen ist, etwa 10 ha Fläche inmitten der Stadt (auf dem Lageplan die durch eine gestrichelte Linie umranderte Fläche) umzugestalten. Die durch den Ankauf in dieser Gegend gegebene Notwendigkeit, am Rhein zu bauen, braucht auch vom künstlerischen Standpunkt aus nicht beklagt zu werden. Die in No. 69 Jahrg. 1916 dieses Blattes geäußerten Bedenken gegen die Wahl des Bauplatzes sind zwar von feinem künstlerischen Gefühl getragen, überschauen aber, wohl aus Mangel an Unterlagen, nicht die Möglichkeiten, die der Bau am Rhein in sich birgt. Es handelt sich durchaus nicht darum, in die engen Straßen und Gassen eines alten Stadtteiles auf bestimmt begrenztem Bauplatz ein Gebäude zu errichten — das wäre jedenfalls zu verurteilen — sondern darum, den vorhandenen, verbauten alten Stadtkern am Rhein in neuer Form und mit neuem Geist neu entstehen zu lassen und diesen Stadtteil verkehrstechnisch und künstlerisch mit dem an der Königs-Allee neu entstandenen Stadtmittelpunkt zu verbinden. Zudem lassen sich die Absichten des Verfassers durch andere Baupläne doch noch später einigermaßen verwirklichen. Es ist ernst-

lich zu hoffen, daß nicht auch diese Frage eine Streitfrage wird sehr zu ihrem Schaden, wie bei so mancher großen Aufgabe des letzten Jahrzehntes.

Es ist nun noch nicht an der Zeit, mit bestimmten Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten; es wird wohl später ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, für den zwar in Bezug auf Straßenführung und Platzgestaltung gewisse Richtlinien vorzuschreiben sein werden, der aber auch in dieser Beziehung noch genug Freiheit läßt, um eine vollkommene Harmonie zwischen Architektur und Umgebung zu ermöglichen. Hier seien nur einige grundlegende Fragen kurz gestreift. Wichtig für die Gelände-Aufteilung und die richtige Führung des Verkehrs ist die Lage des Platzes.



Hierfür bestehen zunächst die beiden Möglichkeiten, ihn am Rhein oder im Inneren anzuordnen. Ein beiderseits geschlossenes Stadtbild am Strom hat Düsseldorf nicht. Der zwischen der Bebauung über 600 m breite Strom biegt gerade gegenüber dem Rathausgelände rechtwinklich ab und öffnet so einen weiten freien Blick über Wasser und Wiesen bis nach dem 6 km entfernten Neuß. Diesen großen, nicht fest umrissenen, fast landschaftlichen Linien einen zum Rhein offenen Architekturplatz anpassen zu wollen, wird m. E. nicht gelingen, zumal das Gelände eine zu geringe Tiefe hat, etwa 120—140 m einschließl. Uferstraße; es würde immer nur ein vergrößerter Ehrenhof werden, der weder künstlerisch noch wirtschaftlich die Forderungen des Programms erfüllt. Düsseldorf braucht einen geschlossenen Stadtplatz mit einheitlichen Platzwänden; die Nähe des Rheines aber wird durch Verbindungsstraßen oder Anordnung eines kleinen Verbindungplatzes etwa nach dem

Vorbild des Markus-Platzes mit der Piazzetta in Venedig schöner und feinfühlicher erreicht werden, als bei einem offenen Rhein-Platz. Zu bedenken ist auch, daß $\frac{9}{10}$ des Rathaus-Verkehres nicht vom Rhein kommt; bei einem Rhein-Platz, nach dem doch die Hauptfront des Rathauses gerichtet sein müßte, würde man also beim Betreten des Platzes immer die Front im Rücken haben oder nach der Stadt gelegene Nebeneingänge benutzen, sodaß der Rhein-Platz kahl und öde liegen bliebe, während auf einem stadtseits gelegenen Platz dauernd ein bewegtes Leben zu erwarten ist. Um auch den Uferverkehr durch diesen Platz zu leiten, wäre zu erwägen, Gebäudeteile hart an die Uferlinie zu stellen, also zwischen Rhein und Uferstraße. So wird einerseits an wertvoller Tiefe gewonnen, anderseits eine engere künstlerische Harmonie zwischen Strom und Gebäude erzielt, die durch Treppen zur unteren Uferstraße und den Dampfer-Anlegestellen noch gesteigert wird. Manche Schwierigkeiten für diesen Stadtplatz werden zu überwinden sein, aber seine Lösung wird dem ganzen Rathaus-Entwurf den Stempel aufdrücken.

Eine zweite Grundfrage ist die Behandlung der 340 m langen Rheinflucht, ob symmetrischer Einheitsbau auf die ganze Länge oder Gruppenbau. Die Anordnung eines Stadtplatzes begünstigt bereits den Gruppenbau; aber auch aus inneren Gründen hat der Einheitsbau große Bedenken. Zunächst muß das Rathaus in mehreren Bauperioden ausgeführt werden, sodaß Teile der symmetrischen Rheinflucht erst nach Jahrzehnten zur Ausführung kommen könnten. Dann aber bestehen auch ernstliche Bedenken gegen den Einheitsbau an sich, der ja schließlich darauf hinauslaufen würde, die Maße der alten Ehrenhöfe zu vergrößern, bis die 340 m ausgefüllt sind. Wohl die größte deutsche Anlage mit Ehrenhof, das königliche Schloß in Stuttgart, hat etwa 170 m Gesamtlänge, Würzburg 132 m. Zwar entspricht die ruhige Gliederung langer Fassaden durchaus dem Zeitgeist, aber aus der Ruhe darf keine Eintönigkeit, aus der Monumentalität keine rohe Massenwirkung werden. Für einen Gebäude-Teil mit ruhiger monumentaler Fassade und hohem ungegliedertem Dach ist natürlich auch in dem Gruppenbau ein Platz anzunehmen, und zwar als Hauptteil desselben, dem die übrigen Fassaden sich als ruhiger Hintergrund durchaus unterzuordnen haben.

Von weiterem Interesse ist auch die schon vielfach erörterte Frage der Erhaltung des alten Markt-Platzes mit Rathausfassade und Denkmal. Der Platz hat trotz mancher schlechter Neubauten immer noch viel vom Geist einer Zeit an sich, die, ohne Großes zu wollen, mit Geschmack und sicherem Gefühl Gutes schuf. Dieses Bild als Ganzes mit dem Jan Wellem-Denkmal als Mittelpunkt ist jedenfalls zu erhalten. Unbedingt zu verwerfen ist daher die bereits geplante Umbauung des nur 55 · 59 m großen Platzes mit $4\frac{1}{2}$ geschossigen, über 20 m hohen Fassaden, während das alte Rathaus nur 12 m Gesimshöhe hat. Eine Einschränkung der Höhe und Geschoszahl für die Neubauten ist eine Grundforderung. Dem gegenüber tritt die Frage, ob das vollkommen baufällige alte Rathaus, das außerdem seine ursprünglichen Backsteinformen durch Ueberputzen verloren hat, zu erhalten ist, ganz in den Hintergrund. Das Beste wäre, sich nicht ängstlich an die alten doch schon zerrissenen Platzwände zu halten, sondern in

feinfühlicher Anpassung an das Denkmal diesem einen neuen einheitlichen Denkmalplatz zu geben. Die berechnete Ehrfurcht vor dem Alten darf allmählich wieder künstlerischem Selbstvertrauen Platz machen.

Auch die Lage des Rathausturmes kann nicht früh genug erörtert werden. Der Grund, weshalb viele Rathaußtürme der letzten Jahrzehnte so unbefriedigend wirken, liegt wesentlich in der Tatsache, daß den Architekten auf begrenztem Bauplatz zu wenig Spielraum für die Anordnung des Turmes und für eine richtige Verteilung der Massen gegeben war, daß ferner die Abmessungen derselben nicht mit der Steigerung der Fassadenmaße Schritt gehalten haben, vielmehr der Turm meist nur als Fassaden-Dekoration betrachtet wurde.

Es ist in diesem Fall m. E. zu erwägen, den Turmbau, den an und für sich Düsseldorf zur Belebung seines Stadt- und Strombildes dringend nötig hat, als einen selbständigen Baukörper zu behandeln, der mehr durch geschickte Lage, als durch Architektur dem Ganzen als Glied eingefügt wird (etwa nach dem Muster italienischer Türme, Campanile in Venedig). Hat sich der Architekt aber auf diese Weise erst von den Fesseln der Fassaden-Architektur frei gemacht, dann steht nichts im Wege, einen 200—250 m hohen Turm als technisches und künstlerisches Wahrzeichen der Industrie- und Kunststadt etwa hart am Rhein emporwachsen zu lassen, und, um diese gewaltige Masse mit Leben zu erfüllen und so dem Charakter des Rathauses anzupassen, in diesem Turm etwa bis zur Hälfte oder zwei Dritteln der Höhe Büroräume anzunehmen.

Da vorzüglicher Baugrund vorhanden ist, so bestehen keine technischen Schwierigkeiten; der Verkehr ließe sich neben der Treppe durch ein doppeltes Aufzugspaar für Stockwerks- und Schnellverkehr bequem abwickeln, und die Dienststellen, die keinen größeren Verkehr mit der Öffentlichkeit haben, erhielten Arbeitsräume, wie sie heller und luftiger gar nicht zu denken sind. In Barmen ist ein Büroturm als Erweiterung des neuen Rathauses geplant. Nimmt man die untere Breite des Turmes mit etwa 25 m im Quadrat an, so würden etwa 5000—10000 qm Nutzfläche gewonnen, das bedeutet, daß etwa 2000—4000 qm Grundstücksfläche für den Platz frei werden; das bedeutet ferner, daß der größte Teil der Erweiterung in den nach und nach höher zu führenden Turm gelegt werden kann, sodaß ein unfertiger Zustand des Ganzen vermieden wird. Der nötige Dispens von der Bauordnung darf in diesem Einzelfall wohl erwartet werden, da es sich nicht um eine größere bauliche Ausnutzung des Geländes als Ganzes handelt. Die berechnete Scheu vor amerikanischen Wolkenkratzern darf uns jedenfalls nicht abhalten, einen Vorschlag ernstlich zu erwägen, der in geschickter Hand zu einer der dankbarsten Aufgaben werden kann.

Das ist gerade das Schwierigste, aber auch Anziehendste an der ganzen Düsseldorfer Rathausfrage, daß so viele verschiedenartige Aufgaben zu einer harmonischen Lösung zu bringen sind. Sie ist nichts für Büro-Architekten; aber ein Künstler mit weitem Blick, feinem Verständnis und mit fühlendem Herzen — auch das gehört dazu — könnte hier ein Werk schaffen, das nicht nur Düsseldorf, sondern der ganzen deutschen Kunst zur Ehre gereichen würde. —

Die Wahl der Bauplätze öffentlicher Gebäude in Groß-Berlin.



In seit Jahren erfolglos beklagter Uebelstand ist es, den der „Architekten-Ausschuß Groß-Berlin“*) zum Gegenstand einer eingehenden Denkschrift gemacht hat. Verfaßt von einem aus den Hrn. Geh. Bt. Wolfenstein, Geh. Hofbrt. Prof. Genzmer und Prof. Ebbardt bestehenden Sonderausschuß ist diese so eben unter dem Titel „Die Stellung öffentlicher Bauwerke und die Wahl ihrer Bauplätze in Groß-Berlin“ zur Versendung gelangt und wird hoffentlich nicht verfehlen, die gebührende Aufmerksamkeit zu erregen. Es ist wie ein Verhängnis, daß in einer Stadt wie Berlin mit ihrer vorbildlichen Stellung der öffentlichen Gebäude aus dem 18. Jahrhundert, in einer Stadt, die nach der Gründung des Deutschen Reiches auf baulichem Gebiet fast beispiellos sich entwickelt hat, seit langer Zeit bei der Wahl der Bauplätze für die zahlreichen öffentlichen Neubauten der künstlerische Gesichtspunkt fast völlig vernachlässigt worden ist und auch heute, im Zeichen der wiederaufblühenden Städte-Baukunst, vernachlässigt wird.

*) Der „Architekten-Ausschuß Groß-Berlin“ wurde im Jahre 1907 von der „Vereinigung Berliner Architekten“ und dem „Berliner Architekten-Verein“ gemeinsam eingesetzt. Er besteht aus 24 von den beiden Vereinen je zur Hälfte gewählten Mitgliedern. Seine Aufgabe ist, anregend und fördernd auf die bauliche Entwicklung der Reichshauptstadt einzuwirken. —

Die Denkschrift bezeichnet als gut geformte und gegliederte, aus der landesfürstlichen Zeit stammende Plätze den Pariser-Platz, den Opern-Platz, den Lustgarten und den Gendarmen-Markt, an und auf welchen die öffentlichen Gebäude und Bildwerke dem Gesamtbilde sich harmonisch einfügen. Auch der Leipziger- und der Belle-Alliance-Platz sind, obschon durch spätere Neubauten in ihrer einheitlichen Anlage beeinträchtigt, immer noch erfreuliche Zeugen einer Vergangenheit, in welcher die Kunst des Städtebaues bewußt gepflegt wurde. Seit den 70er Jahren aber läßt die städtebauliche Entwicklung Berlins das Walten künstlerischer Rücksichten stark vermissen. Insbesondere sind für die öffentlichen Bauten, denen in erster Linie die Aufgabe zufällt, durch vornehmes und wirksames Auftreten an hervorragenden Stellen den monumentalen künstlerischen Charakter der Großstadt zu bestimmen, ohne leitenden Gedanken und ohne Sinn für beherrschende Wirkung Bauplätze gewählt worden, die sie vollständig in der Stadt verzettelt erscheinen lassen. Bei Errichtung der Reichsämtler und ihrer Gebäude scheint Niemand daran gedacht zu haben, daß für mäßige Opfer des Reiches Macht und Größe einen würdigen, künstlerischen Ausdruck hätte finden können. Man vermißt oft die Anwendung der einfachsten Mittel, die geeignet gewesen wären, die Bauwerke aus dem Stadtkörper hervorzuheben, wie ihre achsiale Stellung zu einem Straßenzug

oder an einem freien Platz, ihre Betonung durch Verbreiterung der Straße oder die sonstige Schaffung einer angemessenen Vorfläche, gar nicht zu gedenken der künstlerisch so wirksamen Zusammenfügung mehrerer Monumentalbauten zu einheitlicher Gruppe. Als Belege sind anzuführen: das Reichsmarine-Amt, das hinter zwei getrennten, verhältnismäßig kurzen Fassaden an der Königin-Augusta- und an der Bendler-Straße seinen gewaltigen Umfang in einem Baublock zwischen Wohnhäusern versteckt; das Reichsversicherungs-Amt und das Reichs-Patent-Amt, sowie das Landeshaus der Provinz Brandenburg und die Kreishäuser von Teltow und Niederbarnim, die sämtlich ohne den Versuch einer stadtkünstlerischen Gestaltung in die Reihe der Wohnhäuser gestellt sind; das Reichsmilitärgericht, ohne achsiale Beziehung am Lietzen-See erbaut; das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus, die sich einander den Rücken wenden; endlich die unorganische Unterbringung zahlreicher öffentlicher Bauwerke (die Kaiser Wilhelms-Institute, das Materialprüfungsamt, die Biologische Anstalt, die Gärtnerlehranstalt, das Staatsarchiv usw.) in dem Villenvorort Dahlem. Wien, Paris und selbst amerikanische Städte könnten in baukünstlerischen Anordnungen Berlin als Vorbild dienen.

Am Schloß-Platz tritt das Verlangen nach monumentalem Abschluß offensichtlich zu Tage. Der Königs-Platz bedarf, um zu einheitlicher Wirkung zu gelangen, einer räumlichen Einschränkung, die nach dem Alsen-Platz hin durch wandbildende Bauten gefunden werden müßte; die Wahl der Westseite des Königs-Platzes für den Neubau der königlichen Oper ist ein bedauerlicher Mißgriff. Die gärtnerische Behandlung des Franz Josef-Platzes ist verfehlt. Der Potsdamer-Platz und der Spittelmarkt sind durch völlig uneinheitliche Platzwandungen und unregelmäßige Aufstellung von Kleinbauten, Lichtmasten, Bäumen usw. verunstaltet.

Im Wesentlichen wird die Schuld an diesen unbefriedigenden Zuständen in der Zersplitterung der zahlreichen zuständigen Behörden zu suchen sein, welche die Bauaufgaben des Reiches, des Staates und der Kommunalverbände unabhängig von einander und anscheinend ohne Fühlung untereinander selbständig behandeln und bei Auswahl und Erwerb der Bauplätze für ihre Neubauten künstlerische Gesichtspunkte nicht genügend walten lassen.

Die Vereinigung aller einschlägigen Fragen in einer starken Hand würde das wirksamste Mittel zur Erreichung

des künstlerischen Zieles sein. Dabei liegt am nächsten der oft geäußerte Gedanke, auch in Preußen ein Ministerium der bildenden Künste ins Leben zu rufen, wie es in anderen Staaten besteht. Einer solchen Zentralinstanz würde eine zielbewußte Führung und Pflege obliegen, die sich neben der hier behandelten künstlerischen Gestaltung der Stadt auf alle Zweige der bildenden Kunst zu erstrecken hätte. Allein, eine solche Organisation kann nur im Wege der Gesetzgebung und mit beträchtlichem Zeitaufwand errichtet werden. Bis dahin den Dingen ihren bisherigen Lauf zu lassen, kann um so weniger empfohlen werden, als beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten jetzt schon eine beratende Behörde besteht, die nach der Bestimmung ihres königlichen Stifters in hervorragenden Fragen des öffentlichen Bauwesens zu hören und namentlich berufen ist, das gesamte Baufach in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung zu vertreten. Diese Behörde ist die königliche Akademie des Bauwesens. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn die einzelnen Ministerien und Reichsämtler angewiesen würden, nicht eher einen Bauplatz für ein bedeutsames öffentliches Gebäude festzulegen, bis die Akademie des Bauwesens von ihr einzufordernde gutachtliche Urteil abgegeben hat. Im besonderen könnten auf diesem Weg vermutlich heute noch in Bezug auf die in Dahlem geplanten Reichs- und Staatsbauten und deren Bauplätze manche Verbesserungen herbeigeführt werden. Durch eine solche Wirksamkeit der Akademie würde für die endgültige Regelung der Verwaltung der Kunstangelegenheiten in Preußen wertvolle Vorarbeiten und Erfahrungen gewonnen werden können.

So weit in kurzem Auszug die Denkschrift des Architekten-Ausschusses Groß-Berlin. Es wird in den Fachkreisen allgemein anerkannt werden, daß der Ausschuß und namentlich die Verfasser der Denkschrift sich ein großes Verdienst erworben haben, indem sie die überaus wichtige Frage der öffentlichen Aufmerksamkeit empfohlen haben. Den in den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden mit der Behandlung der baulichen Fragen an entscheidender Stelle betrauten Personen wird durch die Denkschrift zweifellos das Gewissen geschärft und zugleich eine Stütze geboten werden in ihren künstlerischen Bestrebungen. Darüber hinaus ist aber dringend zu wünschen, daß positive Maßnahmen im Sinne des Ausschusses in Bälde getroffen werden und gute Früchte tragen. — x.—

Vermischtes.

Rumänische Kirchen. (Hierzu die Abbildungen S. 272 u. 273). Charakteristisch für die rumänische Kirche ist die an der Eingangsseite mit Säulen angelegte offene Vorhalle, welche die ganze Breite des Schiffes einnimmt. Den Hauptschmuck der Kirchen kann man stets an dieser Vorhalle beobachten, während der übrige Bau meistens sehr einfach gehalten ist und nur in verzierten Fensterumrahmungen sowie aufgeputzten Lisenen oder Profilen mit darüber gezogenen Bögen besteht. Reiche plastische Arbeiten geben diesen Hallen besonderen Reiz. Die meisten alten Kirchen zeigen manch' zierliches byzantinisches Bildwerk, das an der Eingangstür unter der Vorhalle seinen Glanzpunkt erreicht. Diese voll mit Ornamenten geschnitzten Türen wirken wie Filigran-Arbeit und sind mit herrlichem Bildhauerschmuck umrahmt. Ueber der maurischen Bogenlinie des Portales ist stets eine große Fläche für längere Schrift angebracht, welche den Eintretenden entweder die Bauzeit verrät oder sie mit irgend einem Spruch willkommen heißt. Auffallend klein sind die mit Eisenstäben vergitterten Fensterchen gestaltet.

Wohl die meisten solcher Prachtstücke an bildnerischem Schmuck bedürften dringend einer gründlichen Wiederherstellung, soweit sie nicht schon von unverständiger Hand verschlechtert wurden. Die Aufnahmen S. 272 und 273 sind Teile von den ältesten Kirchen in Bukarest, die wohl als Juwelen dortiger Baukunst bezeichnet werden dürfen. —

Aug. Gust. Schmidt, Architekt, z. Zt. in Bukarest.

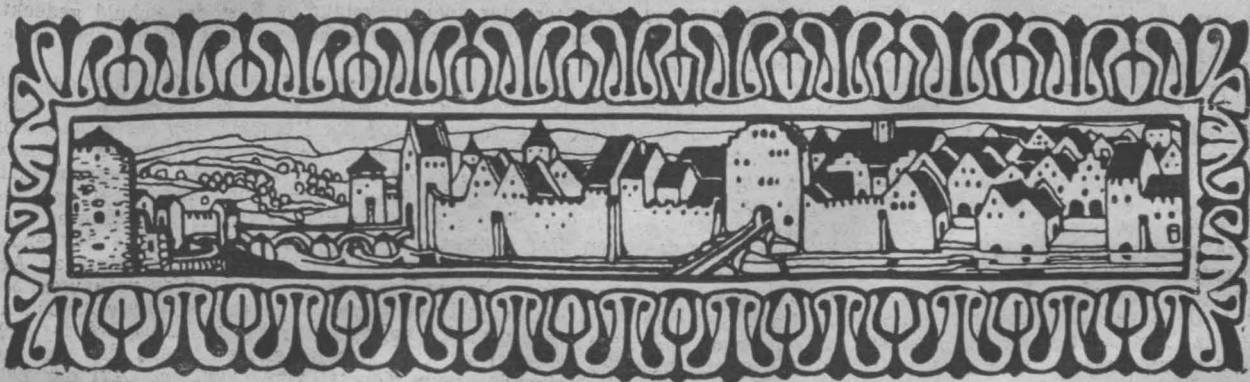
Ulmer Soldatenhäuslein. Ueber bemerkenswerte bauliche Reste des Siedlungswesens aus der Vergangenheit Ulms als alter Reichsstadt enthält der „Schwab. Merkur“ folgende Ausführungen: „Als seinerzeit dem Justizgebäude an der Olga-Straße 25 Grabenhäuschen zum Opfer fielen, da wurde es von Vielen bedauert, daß mit diesen Häuschen und den mit ihnen niedergelegten alten Bauten, dem Kohlenstadel, dem Wasserturm und der Caponiere, wiederum eine Reihe von friedlichen Ueberresten aus einer kriegerischen Zeit aus dem Stadtbild verschwanden und es wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, die traulichen Grabenhäuschen, die vom Henkers-Graben zum Seelen-Graben noch erhalten sind, möchten noch lange ausdauern. Und nun hört man, daß dem geplanten Neubau der katholischen Friedenskirche wiederum eine größere Anzahl der Häus-

chen weichen soll, und zwar die Hälfte derjenigen des Neuen Grabens zwischen Neutor und Salzstadel-Gasse. Einzelnen angesehen, sind die Häuschen von keinem besonderen Reiz, allein in ihrer Gesamtheit bieten sie doch ein eigenartiges Bild, diese einstöckigen ehemaligen „Soldatenlosamenten“ droben auf der alten Stadtmauer mit ihren blumenreichen Vorgärten, die von unten gesehen als „hängende Gärten“ erscheinen, mit ihren schönen Ausblicken in die alte Stadt und auf das Münster. Vor 200 Jahren wurden die Grabenhäuschen erstellt als Wohnungen für die Ulmer Stadtsoldaten, im ganzen gegen 200 Häuschen. Beim Henkers-Graben entstand ein ganzes „Soldatenstädtlein“ mit 5 Gäßchen winziger Häuschen. Als die Reichsstadt-Herrlichkeit aufhörte, wurde die Ulmische Kontingents- und Garnisonstruppe aufgelöst. Die Soldaten behielten lebenslänglich ihre Löhnung und durften in den Grabenhäuschen wohnen. Und als diese verkauft wurden, hatten ihre Bewohner das Recht, sie um 200 Gulden zu übernehmen. 22 waren bei der Niederreißung der Brenner-Bastion durch den französischen Demolitionsdirektor La Forelle entfernt worden. Etwa 40 wurden beim Bau von größeren Häusern auf der Südseite der Olga-Straße niedergelegt, und so sind jetzt noch etwa 130 erhalten. Früher ging einmal die Rede, ihr Abbruch sei ins Auge gefaßt. Doch haben sie glücklich jene Jahre überstanden, in denen man leichten Herzens Zeugen vergangener Zeiten vom Erdboden verschwinden ließ. In unseren Tagen, da die Bestrebungen des Vereins für Heimatschutz in weitesten Kreisen Verständnis finden, darf man wohl die Zuversicht haben, daß ohne zwingende Gründe keines jener Häuschen dem Abbruch verfällt, die in ihrem Teil auch einen Reiz des Alt-Ulmer Stadtbildes ausmachen.“ —

Inhalt: Für das Vaterland. — Zur baukünstlerischen Ausgestaltung von Groß-Berlin. VIII. — Die Neuanlage des Ettlingertorplatzes in Karlsruhe. (Schluß). — Der Düsseldorfer Rathaus-Neubau. — Die Wahl der Bauplätze öffentlicher Gebäude in Groß-Berlin. — Vermischtes. —

Hierzu eine Bildbeilage: Aus Dinkelsbühl.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

51. JAHRGANG. № 55. BERLIN, DEN 11. JULI 1917.

Belgische Arbeiter-Wohnungen.

Von Reinhold Werther in Lüneburg.

In einem von der „Zeitschrift für den Leipziger Grundbesitz“ veröffentlichten Brief aus dem Feld heißt es: „Dabei sehe ich täglich die armseligen Häuserchen der Belgier und deren kleine, niedrige und feuchte Wohnungen. Meistens schlafen die Bewohner auf dem Dachboden wie die Heringe. Die Häuser haben zumeist Ziegelsteine oder Zementplatten als Fußboden. Fenster und Türen haben keinen Falz. Da bläst der Wind herein. Die Treppe ist schmal und steil zum Halsbrechen. Bei uns wären solche Wohnungen unmöglich.“ Der Verfasser des Briefes bestätigt aus eigener Anschauung, was C. K. Zimmermann in einem Aufsatz im „Archiv für Sozialwissenschaft“ über belgische Arbeiterwohnungen ausführt. Trotz des an und für sich trefflichen Arbeiterwohnungs-Gesetzes von 1889 sind die Wohnungsverhältnisse der belgischen Arbeiter einfach grauenhaft. Zwar gelten die Brüsseler Vorstadtgemeinden St. Gilles, Anderlecht, Forest und Uccle, wo ein großer Teil der Brüsseler Arbeiter wohnt, als vorbildlich, denn dort sind die Wohnungen in der Regel keine Mietskasernen, sondern kleine Häuser für ein oder zwei Familien. Aber in Uccle und Anderlecht, wo Grund und Boden noch am billigsten sind, kostet ein Grundstück heute selten weniger als 2000 Franken, sodaß ein kleines Arbeiterhaus wenigstens 6000 Franken kostet und in Forest werden wegen des fortwährend steigenden Bodenwertes kaum noch Arbeiterhäuser gebaut. Doch auch diese vorbildlichen Arbeiterviertel schildert Zimmermann folgendermaßen: „Keine Dachtraufe, keine Gosse, selten anständiges Straßenpflaster. Müllhaufen liegen vor den Häusern, Müllhaufen liegen im Grunde jeder Sackgasse, werden vom Regenguß fortgeschwemmt und verstopfen dann die so schon spärlichen Abflußkanäle. Müll- und Schuttalagerungen finden sich an den Böschungen der vielen schmutzigen Bäche, die die Kolonien durchfließen, die Abwässer der Fabriken und Haushaltungen in sich aufnehmen und so zu offenen, furchterlich riechenden Kloaken werden. Diese Bäche und die Trinkwasserbrunnen sind die Brutstätten tausender von Krankheitskeimen, die Träger der Cholera und des Typhus, die die Gemeinden oft furchtbar heimgesucht haben.“

So sieht es also in den Vierteln aus, in denen die besten Arbeiter wohnen. Noch grauenhafter klingt die Schilderung, welche der Belgier Cuyllits von den Wohnungen der Arbeiter entwirft, die von den Wohltaten des Wohnungsgesetzes von 1889 nicht betroffen wurden. Er teilt diese Arbeiter in drei Klassen ein: solche mit einem Tagesverdienst von 3–4 Franken, von 2–3 Franken und von weniger als 2 Franken. Die erste dieser Klassen hat Wohnungen von 1–2 Zimmern. In Bezug auf Luft und Licht sind die Zimmer ziemlich einwandfrei. Aber der Preis ist sehr hoch und beträgt selten weniger als 20% des Einkommens. Deshalb werden die Räume in der denkbar ergiebigsten Weise ausgenutzt. Die Küche dient meist zugleich als Schlafzimmer. Man trete in ein solches Zimmer an einem Wintermorgen, wenn alles dicht verschlossen ist aus Furcht vor Kälte und aus Mangel an Bettdecken und man wird es verstehen, wenn es unter den armen Leuten 10 mal so viel Schwindsüchtige gibt, als unter den Reichen. Wenn man verdaut, schläft, niederkommt, wenn man das ganze volle Leben über sich ergehen läßt in einem unzureichenden Raum, der vom menschlichen Schweiß geheizt wird, so hat man Aussicht, sich die

Sauberkeit, Hygiene und Moralität der Lappländer anzugewöhnen. Die Wohnungen der zweiten Klasse öffnen sich gewöhnlich nach dem dunklen Hinterhof, von dem üble Dünfte aufsteigen. Die Decke ist niedrig, das Licht spärlich, die Wände sind feucht. Dabei beträgt die Monatsmiete durchschnittlich 18 Franken. Die dritte Abteilung bewohnt Mansarden oder Keller, für die das Wort Loch noch eine viel zu gute Bezeichnung ist. Cuyllits beschreibt eine dieser Wohnungen in Molenbeek, welche drei verschiedenen Familien als Unterkunft diente. Ein Kreidestrich auf dem Boden grenzte das Wohnungsgebiet der einzelnen Familien ab. Doch erwies sich die Grenze als recht eigentümlich. Konnte man doch nicht mit Sicherheit feststellen, wer der Vater des letzten in diesem Kaninchenloch geborenen Kindes war. Wenn es kalt war, so schlief man eben zusammen, Männlein und Weiblein in einem Etwas, das man Bett nannte und unter diesem Bett hatte man noch einen Kaninchenstall angelegt.

So sehen die Arbeiterwohnungen in Belgien noch heute aus, obgleich man bereits vor mehr denn 100 Jahren in Belgien angefangen hat, sich um die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter zu kümmern. Schon 1808 wurden in Verviers 8 Arbeiterhäuser mit 16 Wohnungen gebaut. 1869 wurden aber erst 4248 Arbeiterwohnungen gezählt, die von den Bergwerksbesitzern und Metallindustriellen für ihre Arbeiter errichtet worden waren. In Gent und Brüssel wurden von Bauunternehmern Arbeiterwohnungen gebaut. Aber wie lösten sie diese Aufgabe? Dort gab es ehemalige Patrizierhäuser mit geräumigen Höfen, Hinterplätzen und Stallungen. Darin wurden nun Straßen von vier und weniger Meter Breite angelegt, die Stallungen zu Wohnungen eingerichtet und neue Arbeiterhäuser gebaut. So entstanden die sogenannten „Beluiken“, deren Vorderhäuser Spuren ehemaligen Reichtums trugen, während die Hinterhäuser nicht besser als Ställe sind, denen Luft, Licht und vor allen Dingen Sauberkeit mangeln. Als 1832 die Cholera in Gent wütete, beschloß die Stadtverwaltung den Kampf gegen die Zustände in den Beluiken aufzunehmen. Aber es scheint bei dem Beschluß geblieben zu sein, dem keine Tat folgte, denn in Berichten aus dem Jahre 1845 heißt es: Gent hatte 14372 Häuser. Davon sind 3586 in den Beluiken. Außerdem gibt es 226 bewohnte Keller. So ist ein Drittel der Bevölkerung auf einen Raum zusammengedrängt, der nicht größer ist als $\frac{1}{200}$ der Stadt. Das Arbeiterviertel „L'Enclos Batavia“ hat 100 m Länge und 30 m Breite, umfaßt 117 Häuser und hat vier Straßen. Die Straßen sind 2,70 m breit und dienen als Hof, denn die Häuser an diesen Straßen sind so gebaut, daß diejenigen, welche die Vorderseite der einen Straße zuwenden, mit der Rückseite an die Häuser stoßen, welche ihre Vorderseite der anderen Straße zukehren. Man zählt 6 Latrinen und 2 Pumpen für die ganze Einwohnerschaft der 117 Häuser. Am Ende der einen Straße befindet sich eine große Kloake, in die alle Abflüsse der Latrinenabwässer münden. Die Wohnungen bestehen gewöhnlich aus nur einem Raum, der als Küche und Schlafzimmer dient. Da war es denn kein Wunder, daß eine Epidemie die andere ablöste. Als nun die Cholera von den 48 200 Arbeitern Gents im Jahre 1848 nicht weniger als 2224 dahinraffte, entschloß man sich aufs Neue, den Kampf gegen die Beluiken aufzunehmen. Mit Bezugnahme auf diesen Beschluß sagte Desguin auf dem internationalen Wohnungskongreß 1905: „Die

Cholera war ein großer, offizieller Gesundheitsinspektor und wenn sie nicht gar zu mörderisch ist, ist eine kleine Cholera-Epidemie eine wahre Wohltat für ein Land.“ In den folgenden Jahren wurden eine Reihe von Verordnungen erlassen, aber nicht befolgt. L'Enclos Batavia verschwand erst 1881. Aber noch heute gibt es in Gent und Brüssel Arbeiterviertel, auf welche obige Beschreibung paßt. Erst 1882 trat in Brüssel ein Gesundheits-Kongreß zusammen, der sich in der Hauptsache mit den Arbeiterwohnungen beschäftigte. Nachdem 1856 ein zweiter Kongreß die Frage behandelt hatte, erschien endlich 1856 ein Enteignungsgesetz, das den Gemeinden das Recht gewährte, Grundstücke im Notfall zu enteignen. Das Gesetz wurde 1867 erweitert, verbesserte aber die Lage der Arbeiter nicht, sondern verschlimmerte sie. Man legte eine Reihe von Beluiken nieder, dachte aber nicht daran, Ersatz für sie zu schaffen. So mußten die aus ihren Wohnungen vertriebenen Arbeiter sich anderweitig Unterkunft suchen und fanden sie in anderen schon überreich besetzten Beluiken, dort die schon vorhandene Enge noch fürchterlicher machend. 1861 entstand endlich die erste gesetzlich anerkannte belgische Arbeiterwohnungs-Gesellschaft. Doch waren die Bedingungen für Erwerb eines eigenen Hauses derart, daß nur die best bezahlten Arbeiter ihre Wohltat in Anspruch nehmen konnten. Sie hat denn auch in dem Zeitraum bis 1909, also in 48 Jahren, nur 88 Häuser gebaut. 1885 zählte man 7 Gesellschaften, die im Ganzen 1710 Häuser gebaut hatten, in denen 5547 Personen wohnten. Was will das aber heißen, wenn man bedenkt, daß damals in den belgischen Kohlengruben allein rund 100 000 Arbeiter beschäftigt waren.

Da wurde 1885 die belgische sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. Sie setzte gleich mit dem großen Streik von 1886 ein; dieser öffnete endlich der Regierung die Augen über die Notlage der Arbeiter. Es wurde sofort ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der zwei große Erhebungen anstellte und die Vorarbeiten lieferte für das Arbeiterwohnungs-Gesetz, das dann endlich 1889 herauskam. Dieses Gesetz wird sehr verschieden beurteilt. Während die Einen es nicht genug bewundern können, schütteln Männer der sozialen Praxis darüber den Kopf und wenden das lateinische Sprichwort an, welches in deutscher Uebersetzung lautet: Es kreisen die Berge; sie wollen gebären; es wird geboren die winzige Maus. Durch dieses Gesetz wurden Wohnungsausschüsse eingesetzt, deren es jetzt 56 gibt, welche die von den Arbeitern bewohnten Häuser zu überwachen haben. Sie haben aber nur die Befugnis, ihre Wahrnehmungen höheren Stellen mitzuteilen und Abhilfe-Vorschläge zu machen, während ihnen jede einschreitende Gewalt fehlt. Doch spielen sie eine wichtige Rolle und werden bei allen Wohnungsangelegenheiten zu Rat gezogen. Weiter wird die Generalsparkasse ermächtigt, Darlehen zur Errichtung von Arbeiterwohnungen herzugeben, nachdem sie zuvor die Ansicht des betreffenden Wohnungsschutz-Ausschusses eingeholt hat. Sie leiht die Gelder im Allgemeinen aber nur an Arbeiterwohnungs-Gesellschaften zu einem Zinsfuß von 3%. Sie kann diesen Zinsfuß auch auf 2½% ermäßigen, jedoch nur an solche Gesellschaften, welche sich einer fortwährenden Ueberwachung durch die Kassenverwaltung und mehrerer anderer einschränkender Maßnahmen unterwerfen. Die Gesellschaften dürfen von den Arbeitern höchstens 4% Zinsen nehmen. Die Dividenden-Höchstgrenze beträgt 3% und wenn die Aktien alle voll eingezahlt sind 4%. Die Wohltaten des Gesetzes kann sich aber nur ein besser bezahlter Arbeiter zu Nutze machen, der schon einen Teil der Kaufsumme erspart hat. Ohne fühlbare größere Ausgaben kann er in Zeit von 20—21 Jahren den Rest der Kaufsumme decken. Um den Angehörigen des Arbeiters das Haus auch bei früherem Tod des Ernährers zu sichern, wurden Lebensversicherungs-Verträge eingeführt gegen Zahlung einer einzigen Prämie, welche die Gesellschaft dem Arbeiter vorschießt, die er dann ebenfalls verzinsen muß. Aus dieser Lebensversicherung wird beim frühen Tod des

Arbeiters der noch rückständige Rest der Schuld gedeckt. Zwar ist diese Lebensversicherung nicht Pflicht, aber allgemein üblich.

Weiter wurden Wohnungs-Gesellschaften gebildet, die sich in Kredit-Gesellschaften und Bau-Gesellschaften gliedern. Die ersteren sind die Mehrzahl. Bei ihnen wird der Arbeiter sofort Eigentümer des Hauses. Er kann sich seinen Bauplatz selber aussuchen und die Bauart bestimmen, muß aber sofort $\frac{1}{10}$ des Wertes von Grund und Boden und des fertigen Hauses anzahlen und sämtliche Nebenkosten tragen. Das können nicht sehr viele Arbeiter. Die Baugenossenschaften stellen fertige Häuser zur Vermietung an Arbeiter her mit dem Versprechen, sie ihnen zu verkaufen, sobald ein Zehntel des Wertes abgezahlt ist. Diese Abzahlungen werden nach Möglichkeit erleichtert. Dann wendet sich der Arbeiter an eine Kredit-Genossenschaft, die ihm die verbleibenden neun Zehntel vorschießt. Im Lauf der Zeit haben aber die Kredit-Genossenschaften ihre Bedingungen dahin geändert, daß sie nur noch 8 oder 7, ja einige nur noch 5 Zehntel vorschießen. Der Staat gewährt verschiedene Vergünstigungen, wie Ermäßigung der Gebühren bei der Grundbucheintragung, Steuer-Erlässe, die jetzt mehr als 3 Mill. Franken im Jahr betragen. Außerdem gibt er verschiedene Unterstützungen, die 1909 eine Höhe von 42 000 Franken erreichten. Auch die Provinzen gewähren verschiedene Vergünstigungen und zahlen Unterstützungsgelder namentlich an die Wohnungsschutz-Ausschüsse. Endlich sind die Gemeinden angehalten worden, weitere Vergünstigungen zu gewähren. Mit Hilfe der Generalsparkasse sind auf Grund dieses Gesetzes bis 1912 57 500 Arbeiterhäuser erbaut worden. Das ist zwar ein ganz erfreuliches Ergebnis; aber drei Viertel der belgischen Arbeiter können nicht daran denken, sich die Wohltaten des Gesetzes zu Nutze zu machen. Vor Ausbruch des Krieges hatten noch 82% aller belgischen Arbeiter unzulängliche Wohnungen. 13 733 Arbeiter-Haushaltungen mußten unter den ungesunden Verhältnissen in einem einzigen Zimmer hausen. In Brüssel waren über 62% aller Arbeiterwohnungen nur einzimmerig. Von der Marolle, dem berühmtesten Arbeiter-Wohnviertel Brüssels, schreibt Zimmermann: „Wer einmal in der Marolle daheim ist, kann nicht mehr ins bürgerliche Leben zurück. Er ist auf diese Löcher angewiesen, weil ihm nirgend wo sonst für ihn erschwingliche Wohnungen geboten werden und man auch bisher bei allem guten Willen bei Enteignungs- und Niederlegungs-Arbeiten nicht daran gedacht hat, Ersatz zu schaffen.“ Auch in Gent sind noch viele Beluiken vorhanden. Wohnten doch vor Kriegsausbruch nicht weniger als 27 000 Menschen, d. h. 16% der gesamten Bevölkerung Gents in ihnen.

Daß die Wohnungsverhältnisse auf das seelische und sittliche Leben des gesamten Arbeiterstandes ihren Einfluß haben, ist selbstverständlich. Die Arbeiter haben sich an die schlechten Verhältnisse so gewöhnt, daß sie nicht nur gleichgültig dagegen geworden sind, sondern sogar dem Fortschritt Hindernisse bereiten.

So steht denn die deutsche Verwaltung in Belgien vor großen Aufgaben. Schon hat sie die Arbeiterschutz-Gesetzgebung eingeführt, die aber, dank der Abgestumpftheit nicht gerade freundlich von denen aufgenommen worden ist, zu deren Schutz sie dienen soll. Wie viel größere Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, wenn es an die Lösung der Wohnungsfrage geht. Aber die deutsche Verwaltung wird vor keinen Schwierigkeiten zurückschrecken, denn die Verhältnisse können so nicht fortbestehen. Sie wird aber auch nicht den Fehler machen, daß sie die alten polizeiwidrigen Wohnungen räumen und schließen läßt, bevor nicht reichlich Ersatz geschaffen ist. Nach Friedensschluß wird der Bauwelt in Belgien unendlich viel Arbeit entstehen, da nicht nur die durch den Krieg zerstörten und beschädigten Baulichkeiten wiederhergestellt werden müssen, sondern auch tausende von Arbeiterwohnungen neu zu schaffen sein werden. —

Zur Frage der Architekten-Kammern.



ur Frage der Architekten-Kammern, welche durch die Beschlüsse des „Bundes deutscher Architekten“ auf seinem letzten Bundestag in Berlin in Deutschland wieder aufgelebt ist, äußern sich gewichtige Stimmen, die nicht überhört werden sollten, durchaus ablehnend. Wir stehen diesen Bestrebungen gleichfalls nach wie vor ablehnend gegenüber, weil wir sie nicht für vereinbar halten mit der Baukunst und es sind auch auf dem Bundestag selbst ernste Gründe, die dagegen sprechen, angeführt worden. Angesichts des Umstandes, daß ein großer Teil der Mitglieder des Bundes sich zurzeit unter den Fahnen befindet, hätte es vermieden werden sollen, eine Frage, die das

Ansehen der deutschen Baukünstlerschaft in seinen Wurzeln berührt, in der daher die Meinung jedes Einzelnen nach ihrem Ursprung sorgfältig beachtet und gewogen werden sollte, wieder aufzunehmen und sie möglicherweise durch Mehrheitsbeschluß einer Zufallsversammlung, die unter den gegebenen Verhältnissen keinen anderen Charakter als den eines Rumpf-Parlamentes hat und haben kann, zum Austrag zu bringen. Daß die Kammerfrage in Oesterreich, in dem im Vergleich zu den entsprechenden deutschen, weit unfreiere Verhältnisse herrschen, einen so breiten Resonanzboden gefunden hat, sollte nicht aneifernd für deutsche Bestrebungen sein, zumal Stimmen, die in der Kunst und in der Öffentlichkeit dort etwas gelten, sich seit Jahren mit

größter Bestimmtheit gegen die Architekten-Kammern ausgesprochen haben. Zu ihnen zählt der frühere Professor an der Akademie der bildenden Künste in Wien, Hofrat Otto Wagner. Vor kurzem erst wieder hat er seine Stimme warnend gegen die Einrichtung von Architekten-Kammern erhoben. Anfang Juni dieses Jahres war es, daß er sich in österreichischen Tagesblättern mit der Angelegenheit beschäftigte; er hat seine Ausführungen uns zur Verfügung gestellt und wir geben sie als einen Beitrag zu dieser Bewegung, der nicht übersehen werden sollte, hier wieder.

In Oesterreich haben die kürzlich zur gesetzlichen Einrichtung gewordenen Ingenieur-Kammern den Ruf nach Architekten-Kammern wieder besonders laut werden lassen. Die Frage selbst ist schon recht alt, denn der 6., 7. und der 8. internationale Architekten-Kongreß haben sich bereits gelegentlich mit Architekten-Kammern beschäftigt. Wenn die Frage bis heute nicht vorwärts gekommen ist, so deutet das darauf hin, daß doch starke innere Widerstände bestehen, die es nicht ratsam erscheinen lassen, eine Einrichtung ins Leben zu rufen, die gegen gewichtige Minderheiten verwirklicht werden müßte. Während z. B. die „Zentral-Vereinigung der Architekten der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ in wiederholten Eingaben an die zuständige Behörde die Angelegenheit zum Abschluß bringen wollte, steht die „Gesellschaft österreichischer Architekten“ ihr nach wie vor ablehnend gegenüber. Und das sollte nicht unbeachtet bleiben. Otto Wagner führt nun aus:

„Der Vorschlag, Architekten-Kammern zu errichten, hat Fürsprecher und Gegner in großer Anzahl entstehen lassen. So zweckmäßig Kammern für Ingenieure sind, so fehlerhaft erscheinen dieselben für Architekten. Der Ingenieur fußt mit seinem Können hauptsächlich in der Wissenschaft. Der Architekt ist der Hauptsache nach Künstler. Im ersten Falle handelt es sich um Erlerntes, im zweiten um stets neugeborenes Können. Die Lösung der Frage wird erleichtert, wenn man sich vorstellt, daß die Künstler-Qualitäten, welche in diesen Kammern vereinigt werden sollen, wenn auch nicht scharf begrenzt, in folgende Kategorien zerfallen:

1. In wirklich bedeutende Talente, 2. in solche mit genügendem künstlerischen Können, 3. in solche mit kaum oder ungenügendem Können und 4. in solche, die die Schacke in der Architektenschaft in künstlerischer Beziehung bilden.

Hierbei ist als besonders wichtig festzustellen, daß die Kategorie 1 sicherlich die geringste Zahl von Architekten faßt, während die anderen Kategorien eine stark vielfache Anzahl der in der Kategorie 1 befindlichen Architekten in sich aufnimmt. Es ist zu erwägen, daß die Qualität der Architekten in technischer, wissenschaftlicher und honoriger Beziehung sich einwandfrei feststellen und kontrollieren läßt, in künstlerischer Beziehung aber nicht.

Den Architekten-Kammern soll nun das Recht zustehen, über alle Qualitäten des Baukünstlers die Wertschätzung auszusprechen, ja es soll auf die Beurteilung der künstlerischen Qualität sogar besonderer Wert gelegt werden. Jeder Künstler wird zugeben, daß sich künstlerische Qualitäten durch einzelne hervorragende Künstler, nie aber im Wege der Abstimmung durch eine große Anzahl von Teilnehmern bestimmen lassen. Aus diesem Umstande allein geht schon die Unmöglichkeit der Errichtung von Architekten-Kammern hervor. Kategorie 1 und 4 haben kein Interesse, daß Architekten-Kammern geschaffen werden; Kategorie 1 hält die Angelegenheit für nahezu belanglos, Kategorie 4 fürchtet jede Ballotage. Es rekrutieren sich also die Fürsprecher hauptsächlich aus Mitgliedern der Kategorien 2 und 3 und sind daher, obwohl die Kategorien 1 und 4 entfallen, in bedeutender Uebersahl.

Besonders wirtschaftliche Gründe sind es, welche den Ruf dieser Fürsprecher nach Kammern veranlassen. Da die künstlerische Seite der Frage sich nicht lösen läßt, so handelt es sich eigentlich um eine staatliche Institution, in der nicht zu lösenden künstlerischen Interessen wirtschaftliche Interessen der Künstler der Kategorien 2 und 3 gegenübergestellt werden sollen.

Es ist voranzusehen, daß nur von Kategorie 1 wirklich Gutes, Vorbildliches in der Kunst geschaffen wird und da diese Kategorie sich in bedeutender Minorität befindet, ist zu gewärtigen, daß die mehrwertige Minorität von der minderwertigen Majorität beständig überstimmt wird, ein Umstand, der das Entstehen des Vorbildlichen verhindert, also dem Interesse der Kunst widerspricht.

Kunst und Künstler leiden stark durch die Kategorie 4, der Notschrei der Architektenschaft strebt also hauptsächlich die Eliminierung der Kategorie 4 an, dies zu erreichen kann leicht auf andere Art bewerkstelligt werden.

So lobenswert im Allgemeinen der philanthropische Standpunkt nach Schutz des Schwachen ist, so ist er in der Kunst ganz übel angebracht, denn eine Philanthropie, die der Menschheit wirklich nützen soll, verlangt, daß in der

Kunst nur das Beste geschaffen, alles Mittelmäßige und Schlechte aber unterdrückt werde, also auch die Erzeuger solcher Werke. Nur das wirklich Gute, das Vorbildliche kann der Menschheit vom Nutzen sein, in idealer und nationalökonomischer Beziehung. Die Entlohnung für das Entstehen minderwertiger Kunstwerke ist eigentlich ein die Allgemeinheit schädigendes Almosen, das an die Schöpfer solcher Werke verteilt wird. Auf andere Bahnen gelenkt, werden derartige Erzeuger von „Kunstwerken“ der Menschheit sicherlich mehr nützen.

Die Mißstände in der Architektenschaft sind auf anderem Gebiete zu suchen. So wäre es vor allem nötig, die Schüleranzahl der Baukunstschulen sehr einzuschränken und nur geeignetes Schülermaterial heranzuziehen. Hansen, König und Schmidt haben zusammen alljährlich 50 bis 60 und mehr Schüler aufgenommen und naturgemäß die gleiche Anzahl alljährlich nach drei- bis fünfjähriger Ausbildung „zur Reife“ gebracht. Nachdem für Oesterreich alljährlich vier bis fünf neu sich betätigende Architekten mehr als genügend sind, wird durch den erwähnten Vorgang eigentlich nur ein Architekten-Proletariat geschaffen. Die baukünstlerischen Hochschulen sind in der Lage, technisch völlig ausgebildete Kräfte heranzubilden, nie aber Künstler ohne Veranlagung ins Leben zu stellen. Der Staat erzeugt ungeeignete Kräfte, für die er überdies keine Verwendung hat.

So kommt es, daß Wien laut Lehmanns Wohnungs-Anzeiger 900 Namen aufweist, welche sich Architekten nennen; ein wirklicher Baukünstler kommt aber in die größte Verlegenheit, wenn er 100 wirkliche, lebende Wiener Baukünstler nennen soll.

Im ersten Jahre meiner Lehrtätigkeit hatten sich bei mir 200 Bewerber gemeldet und habe ich vier, sage vier, davon aufgenommen. Es war eben meiner Ansicht nach, vor allem zu untersuchen, ob die Bewerber auch die Annahme zulassen, daß sie zu wirklichen Künstlern herangebildet werden können. Als Gegenbeispiel möchte ich hier erwähnen, daß man in den Lebensjahren des Eintrittes in die k. k. Akademie, selbst ohne vollkommene technische Ausbildung, schon den Beweis erbringen kann, ein ausgezeichneter Künstler zu werden, daß also, wo Künstler oder Kunst in Frage kommt, ein völlig gesetzmäßiger Vorgang sich nicht feststellen läßt.

Der Notschrei nach Architekten-Kammern ist bei uns und in Deutschland durch die Schaffung der Künstlervereine zeitweilig verstummt, solchen Vereinigungen liegen künstlerische Urteile schon besser, weil sich die Vereine nach Qualitäten gruppieren. Die Vereinigungen bestätigen auch mehr oder weniger die eingangs erwähnten Kategorien und die sich ergebende Anzahl ihrer Mitglieder. Für die Existenz-Berechtigung solcher Qualitäts-Gruppierungen bedarf es keiner weiteren Begründung. Es muß ausgesprochen werden, daß jede Gruppe ihren eigenen Wertmesser hat. Wie verschieden dieser ist, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß die Kunsturteile der einzelnen Vereinigungen in der Regel verschieden sind.

Die Berechtigung, künstlerische und alle anderen Qualitäten zu prüfen, kann den Künstlervereinigungen nicht abgesprochen werden. Die Vereinsaufnahmeprüfungen bringen im großen Ganzen richtige Resultate. Durch diesen Umstand bilden die einzelnen Vereinigungen schon eine Art von Kammern mit dem bisherigen Ergebnis, daß die Architekten durch Beifügen der Anfangsbuchstaben der Vereinigungen, der sie angehören, ihre Anschauung über künstlerische Qualität zum Ausdruck bringen.

Einem gemeinsamen Vorgehen aller Künstlervereinigungen muß es leicht gelingen, die Kategorie 4 aus der Welt zu schaffen.

Die künstlerische Anschauung einer die gesamte Architektenschaft umfassenden Kammer kann nie eine richtige sein, da ein richtiges Urteil über eine künstlerische Qualität nur von einer ganz kleinen Gruppe bedeutender Künstler einwandfrei gefällt werden kann. Die Kunst bedarf eigentlich, um richtig beurteilt und gefördert zu werden, des Armes eines einzigen Menschen mit stark ausgeprägtem richtigen Kunstempfinden. Die Allgemeinheit oder eine große Mehrheit kann dies nie sein, denn ihr fehlt eben das Empfinden für die stets fortschreitende Kunst.

Trotz aller mehr oder weniger richtigen Urteile in den Vereinigungen über die Befähigung von Baukünstlern ist leider vorauszusetzen, daß es einzelnen, besonders in den Mehrheitsgruppen, gelingen wird, durch gesellschaftliche Protektion usw. an die Oberfläche, also zu Bauausführungen zu kommen, trotzdem die Qualität ihres Talents sie dazu nicht berechtigt. Die Allgemeinheit wird leider alle Gruppen gleichstellen oder was noch wahrscheinlicher ist, der nach Quantität stärksten Gruppe recht geben.

Da es dem wirklichen Künstler in den seltensten Fällen beliebt, sich parlamentarisch vorzudrängen, so ist auch sicher

zu erwarten, daß die Leitung dieser Kammern nicht in die Hände bedeutender Künstler fällt.

Die Errichtung von Architekten-Kammern kann die Architektenschaft zu einem einheitlichen Guße vereinigen und sicher auch die haftenden Schlacken entfernen, das Kunstniveau der Architektenschaft wird aber zweifellos dadurch tief herabgesetzt, also die Kunst schwer geschädigt. Es ist daher von der Errichtung von Architekten-Kammern abzuraten.“ —

Im Augenblick, in dem diese Zeilen zum Satz gehen, wird uns eine Eingabe des „Bundes der technisch-industriellen Beamten“ und des „Deutschen Techniker-Verbandes“ in Berlin an den Bundesrat und den Deutschen Reichstag über-

Vermischtes.

Kriegsopferstock auf dem Marktplatz in Hildesheim. Die Veröffentlichung des Kriegsopferstockes an einem alten städtischen Gebäude in Naumburg an der Saale auf S. 184 der „Deutschen Bauzeitung“ hat Hrn. Architekten Walter Evers in Hildesheim veranlaßt, uns das Bild eines eigenartigen Opferstockes einzusenden, den er zur Aufstellung auf dem Marktplatz in Hildesheim, an dem alten Rathaus, entworfen hat. Der Opferstock ist vom Roten Kreuz gestiftet und soll als bleibendes Wahrzeichen der eisernen



Zeit auch späterhin an den großen vaterländischen Gedenktagen immer wieder zu neuen Gaben anregen und zugleich ein bescheidenes Denkmal deutschen Opfersinnes für die Nach-
eiferung durch die kommenden Geschlechter sein. Der Opferstock besteht aus einer schweren schmiedeeisernen Kassette auf schlicht gegliedertem Steinsockel, die von einer Eisenzier mit Schild und Eisernem Kreuz umrahmt ist. Die Vorderseite des Sockels trägt als Inschrift: „Gott bewahr uns vor Krieg“; die Kassette ist beiderseits eines schweren Hängeschlosses mit den Jahreszahlen 1914—1916 bezeichnet; das Schild der geschmiedeten Umrahmung trägt die Worte: „Für die Kriegswaisen“. —

Die Thermalleitung der neuen Kur- und Badeanlagen des Bades Aachen. Zu diesem Aufsatz erhalten wir die folgende Zuschrift:

„In der No. 50 Ihrer geschätzten Zeitschrift findet sich ein Aufsatz „Die Thermalleitung der neuen Kur- und Bade-Anlagen des Bades Aachen“ von Dipl.-Ing. P. Seulen in Bromberg, der mir Veranlassung gibt, Ihnen dazu folgenden zu eröffnen: Während des Baues der vorerwähnten

geben, in der zunächst gebeten wird, „jedem Versuch, den freien Ingenieur-Beruf in irgend welcher Weise einzuzüngen und seine Ausführung vom akademischen Studium abhängig zu machen, die Zustimmung zu versagen und die Bildung von Zivilingenieur-Kammern abzulehnen“. Ueber diese einfache Abwehr hinaus gehen die beiden genannten Verbände aber zu der taktischen Offensive über, Bundesrat und Reichstag um Maßnahmen gegen die Bevorzugung der Akademiker in öffentlichen Betrieben zu bitten. Man darf sich nicht wundern, wenn die Bestrebungen nach Architekten- und Ingenieur-Kammern auf der anderen Seite ein solches Echo auslösen. Im übrigen kommen wir auf die genannte Eingabe noch zurück. —

Anlage war Hr. Seulen als Hilfsingenieur bei den mir unterstellten Werken beschäftigt. Er wurde von mir bei der Ausführung dieser Anlage zu zeichnerischen und Vermessungsarbeiten herangezogen, die er unter meiner persönlichen Anleitung und nach meinen Angaben auszuführen hatte; seine Mitwirkung war also eine untergeordnete. Beim Entwurf der an sich eigenartigen Anlage hat Hr. Seulen überhaupt nicht, und bei ihrer Ausgestaltung in technischer Hinsicht nur in der oben gekennzeichneten Weise mitgearbeitet. Wichtigere Einzelfragen wurden unter meiner Oberleitung von anderen Herren bearbeitet. Die Form der Veröffentlichung muß den Eindruck erwecken, daß Seulen als Urheber und Erbauer der Anlage angesehen zu werden wünscht, zumal er keine Andeutungen darüber macht, von wem die Anlage entworfen und gebaut wurde. Demgegenüber muß ich feststellen, daß sie ausschließlich sowohl in ihrer Gesamtheit, als auch in der Durchbildung aller Einzelheiten mein ausschließliches geistiges Eigentum ist. Ich kann deshalb nicht dulden, daß ein bei dem Bau in untergeordneter Tätigkeit beschäftigter Angestellter in der vorliegenden Form über diese Anlage berichtet und sich dabei geradezu mit fremden Federn zu schmücken versucht. Auch hat Hr. Seulen von mir nicht die Erlaubnis erbeten, über die Anlage öffentlich zu berichten und über Zeichnungen zu verfügen, die Eigentum der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke der Stadt Aachen sind.

Das ungehörige Vorgehen des Hrn. Seulen, auf das mich zunächst mein Kollege, Stadtbaurat Kgl. Baurat Laurent, aufmerksam machte, hat begreiflicherweise in hiesigen mit den Verhältnissen vertrauten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Ich glaube sicher, daß Sie das Vorgehen des Hrn. Seulen nicht billigen werden, weshalb ich annehme, daß Sie nicht anstehen werden, in Ihre geschätzte Zeitschrift eine entsprechende Richtigstellung aufzunehmen, wobei ich Ihnen anheimstelle, meine Ausführungen nach Belieben zu verwenden.

Aachen, den 30. Juni.

Hochachtungsvoll und ergebenst
C. Savelsberg.

Wir bemerken hierzu, daß uns der Aufsatz von Hrn. Seulen mit folgendem Anschreiben zugesandt wurde:

„Für Ihre Zeitschrift biete ich Ihnen einen Aufsatz mit Abbildungen über die im vorigen Jahre von mir projektierte und ausgeführte Thermalleitung für die neuen im Juni ds. Js. eröffneten Kurhaus-, Hotel- und Badehausbauten des Bades Aachen an. Es handelt sich um eine homogen verbleite Stahlrohrleitung, die sorgfältig abisoliert und in einem Betonkanal verlegt ist. Eigenartig ist die geforderte Bewegungsmöglichkeit der rd. 850 m langen Rohrleitung gelöst. Falls Sie sich für diesen Aufsatz interessieren, kann ich Ihnen Manuskript und Zeichnungen gegen Rückgabe umgehend zusenden. Ich möchte noch bemerken, daß der Aufsatz bisher nicht veröffentlicht worden ist.“

Bromberg, den 12. XII. 1916.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dipl.-Ing. P. Seulen.

Hiernach haben wir den Aufsatz im guten Glauben angenommen, in der Annahme, daß der Verfasser der geistige Urheber der Anlage gewesen sei und über das zeichnerische Material verfügen könne.

Die Redaktion.

Wettbewerbe.

In einem Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Denkmünze der Stadt Frankfurt a. M. für Verdienste um die Kriegsfürsorge liefen 53 Arbeiten ein. Die Preise wurden den Bildhauern Rich. Rother, Emil Straub und August Kranz in Frankfurt a. M. zuerkannt. —

Inhalt: Belgische Arbeiter-Wohnungen. — Zur Frage der Architekten-Kammern. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



ERUSALEM. * DAS GOLDENE TOR VON
DER INNENSEITE. * * * * *

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

* * * * 51. JAHRGANG 1917. * NO. 56. * * * * *

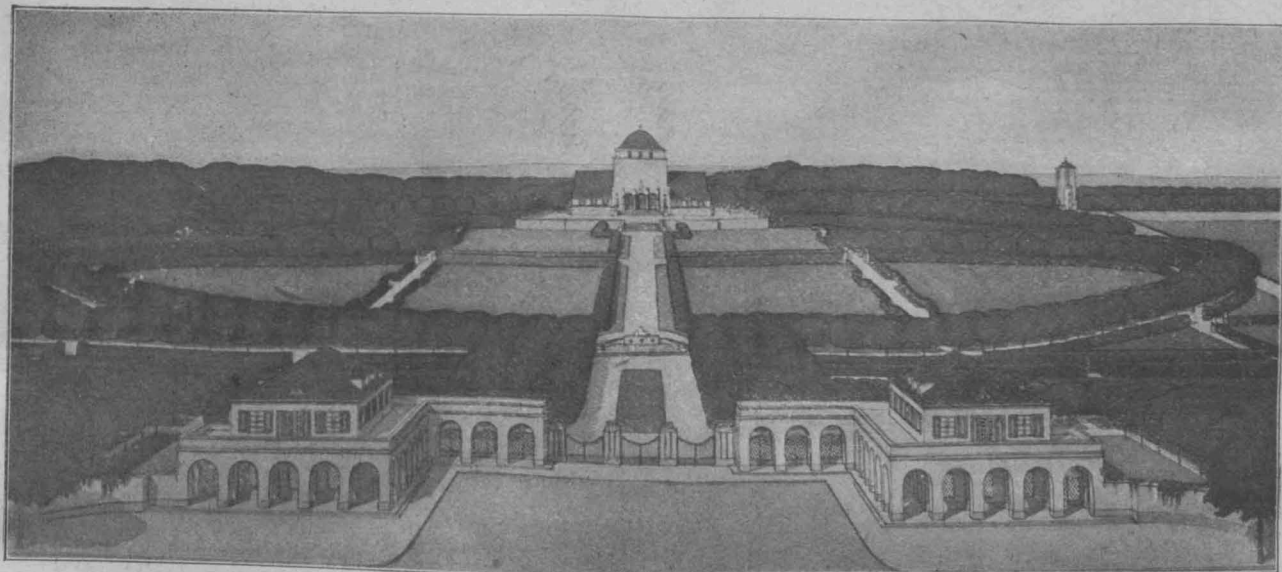


Abbildung 6. Entwurf mit dem Kennwort „Elbaussichten“.
Verfasser: Gartenarch. Friedr. Bauer, Arch. Kurt Schütz und Walter Günther in Magdeburg. (Ein II. Preis).

DEUTSCHE BAUZEITUNG

51. JAHRGANG. NO 56. BERLIN, DEN 14. JULI 1917.

Preisbewerbung für den Entwurf einer Friedhofs-Anlage mit Krematorium zu Magdeburg.



Nachdem eine erste Ausschreibung mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse hatte aufgehoben werden müssen, wurde eine zweite zur Notwendigkeit, da die Belegung und Ausgestaltung des zu Friedhofs Zwecken erworbenen Geländes im Stadtteil Westerhüsen, einer südlichen Vorstadt von Magdeburg, nicht länger mehr

entbehrt werden konnte. In den Bedingungen zur ersten Ausschreibung war das vorläufig mit etwa 18 ha bemessene Gelände, das späterhin mit Hinzunahme der damals noch nicht erworbenen Ackerstücke auf 33 ha Flächenraum erweitert werden sollte, für den Haupt-Entwurf im Maßstab 1:500 bestimmt, wobei die Ausdehnung des Gesamtplanes auf das ganze in Aussicht genommene Gelände sich zu erstrecken hatte und einheitlich im Maßstab von 1:1000 darzustellen war. Inzwischen war der Ankauf der noch fehlenden Grundstücke gelungen, auch war der Bebauungsplan des südlichen Stadtgebietes bei Westerhüsen aufgestellt, der zwar wesentlich neue Gesichtspunkte für die große Friedhofs-Anlage nicht zeitigte; immerhin wurde den Bewerbern, die zufolge der früheren Ausschreibung voraussichtlich bereits an die Entwurfsarbeit geschritten waren, anheimgestellt, auf einen ihnen zur Verfügung gestellten, ergänzenden Lageplan — Abbildung 1 — Rücksicht zu nehmen, ohne daß aber an den seitherigen Bestimmungen des Bedingungsheftes etwas geändert werden sollte. Mißverständliche Auffassung war daher ausgeschlossen, und tatsächlich haben auch die Bewerber zufolge der neuen Ausschreibung fast durchweg der jetzigen Sachlage gebührend

Rechnung getragen, sodaß eigentlich kein einziger Entwurf daran gescheitert ist. Von dem gesamten Grundstück $aABf$ kann vorläufig nur das Teilgrundstück $abcdef$ für die Friedhofs-Anlage zur Verfügung gestellt werden, worauf beim Entwurf daher Rücksicht zu nehmen war. Das Gelände liegt in reizvoller landschaftlicher Umgebung oberhalb des Elbstromes und steigt um etwa 30 m an. Von der Höhe der Hügelkette genießt man einen herrlichen Ausblick einerseits auf das nach Norden sich ausbreitende Stadtgebiet Magdeburgs, anderseits auf die Elbniederung bis Schönebeck, mit dem mächtigen Silberbande der Elbe im Vordergrund und den grünen Wiesen bis zum abschließenden Wald der „Kreuzhorst“. Es ist daher nur natürlich, daß die Gebäudeanlage des Krematoriums mit Kapelle und Leichenhalle in beherrschender oberer Lage, mit der Hauptfront nach Osten, errichtet werden sollte, d. h. nach dem Strom zu, und daß eine eindrucksvolle Umrißlinie, zugleich eine den Friedhofs-Charakter schon weithin zur Geltung bringende Gesamt-Erscheinung der Anlage zur Bereicherung des land-



Abbildung 1. Lageplan.

schaftlichen Bildes gewünscht werden mußte. Die Eisenbahn von Magdeburg nach Halle-Leipzig zieht sich im Einschnitt am Fuße des ansteigenden Geländes vorbei, parallel dazu soll die Holsteiner-Straße in angemessener Breite angelegt und ein etwa 50 m breiter Geländestreifen für Begräbniszwecke nicht in Anspruch genommen werden, um den Ruhe störenden Lärm der unten vorüber rollenden Züge möglichst abzuhalten. Jenseits der Bahn führt, mit einem gegen die Bahn vorspringenden Winkel, die Landstraße Alt-Westerrhöfen vorbei, die mit Vorortbahngleisen versehen hauptsächlich dem Fußgänger-Verkehr zum Friedhof dienen wird; es wird deshalb eine Fußgänger-Ueberführung, etwa bei X des Lageplanes, den Übergang über die Eisenbahn möglichst bequem, d. h. zunächst dem Haupteingang an der Holsteiner-Straße, zu vermitteln haben, indem hier von einer Wagenanfahrt von Osten her, wegen der mangelnden erforderlichen Rampen - Entwicklung nach den

die Friedhofs-Anlagen erwünschten, weil bequem auf mittlerer Geländehöhe belegenen dritten Portales ergibt. Eine reichliche Zahl der Entwürfe hat denn auch von dieser Anregung Gebrauch gemacht, ohne daß aber deshalb auf die Bedingung der Wagenzufahrt von der Holsteiner-Straße Verzicht zu leisten gewesen wäre.

Ein chaussierter Fahrweg soll von dem letzteren Haupteingang auf dem Friedhof selbst bis zum Krematorium mit einer Höchstansteigung von 1:22 hinauf führen, auch weiterhin mit dem Eingang an der Westseite in Verbindung gesetzt werden. Es versteht sich von selbst, daß diese Steigung bei einem etwa anzunehmenden Höhenunterschied mindestens bis zu 20 m nicht in gerader Verbindungsstraße, vielmehr nur in gewundener, serpentinarartiger Führung zu ermöglichen ist. Merkwürdigerweise hat eine große Anzahl von Bewerbern dieser unumgänglichen Forderung des Programms nur ungenügend entsprochen, sogar zum nicht uner-

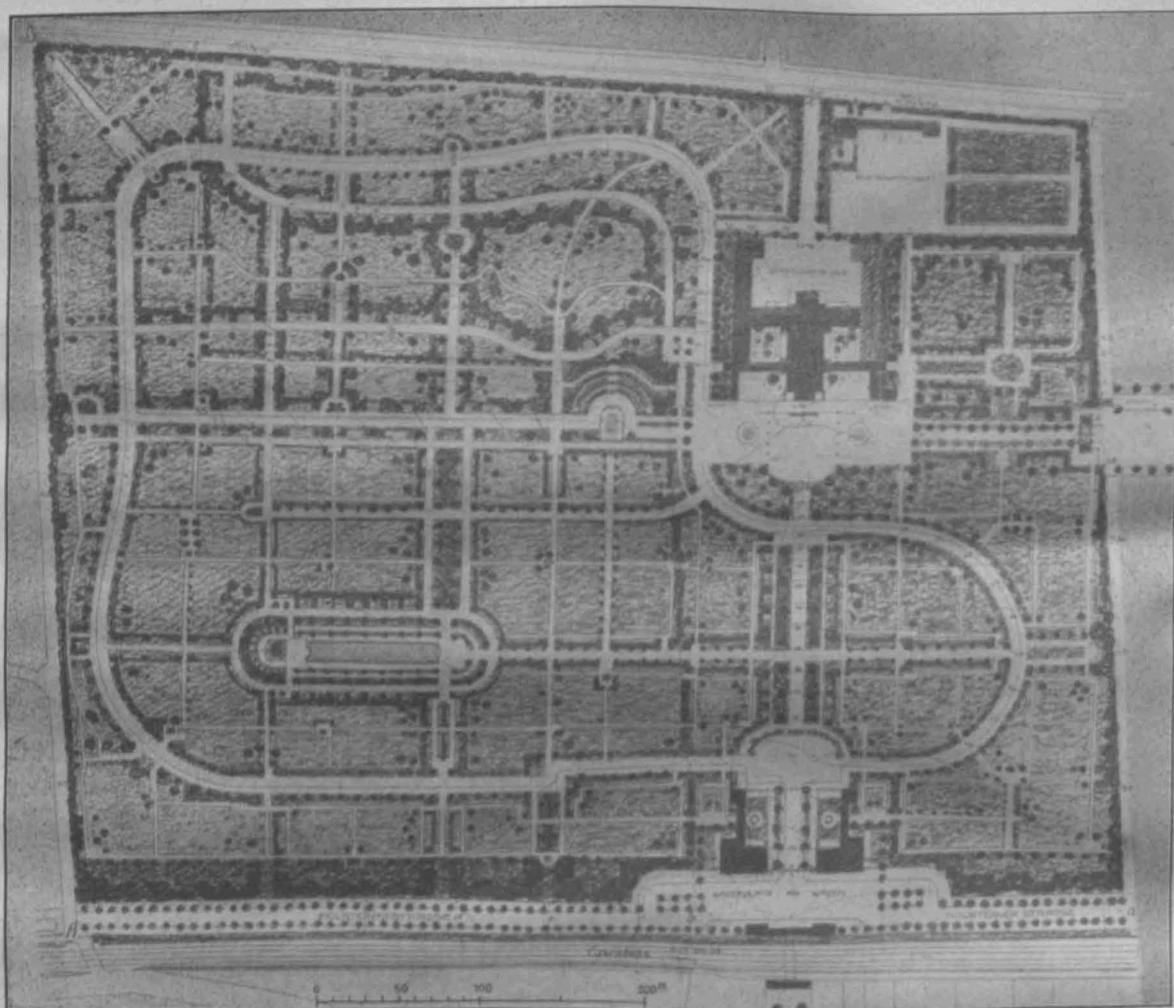


Abbildung 2. Entwurf „Friedensland“. Verf.: Arch. Reinhardt & Süssenguth in Charlottenburg. (Ein II. Preis.)

tatsächlichen Gelände-Verhältnissen nicht wohl die Rede sein kann. Wagen haben also die Holsteiner-Straße zu benutzen, für welche bereits eine Ueberführung weiter nördlich an der Sohlener-Straße vorhanden ist. Ein im Westen den Friedhof begrenzender, auf der Höhe liegender, als rückwärtige Straße auszubauender Feldweg dient als hintere Zufahrt für die Leichenbeförderung, für Heranschaffung der Brennstoffe zur Einäscherungsanlage und für Wirtschaftszwecke überhaupt. Nach dem Bebauungsplan darf übrigens auf die Herstellung einer mittleren Straße, etwa bei Y des Lageplanes, mit Bestimmtheit gerechnet werden, schon der Aufteilung des günstigen umfangreichen Baulandes wegen, das zwischen dem Friedhof und der Sohlener-Straße demnächst und voraussichtlich baldiger Besiedelung harret. Auf letzteren Umstand war deshalb bei den ergänzenden Bemerkungen zur zweiten Ausschreibung als beachtenswerter Gesichtspunkt hingewiesen worden, da sich hierdurch die Möglichkeit der zweckmäßigen Anordnung eines für

hebblichen Teil überhaupt nicht Rechnung getragen.

So viel von den Grundbedingungen, auf die bei der Entwurfs-Aufstellung Rücksicht zu nehmen war. Die Schwierigkeiten der Aufgabe beruhten in der Eigenart des ansteigenden Geländes und in seiner möglichst zweckmäßigen Ausnutzung, unter Beachtung der Grenzen der vorläufig verfügbaren Grundstücksfläche *abdef* des Lageplanes, mit der organischen Ausdehnung des Planes auf das Gesamtgrundstück *aABf*. Dabei war übrigens noch eine bestimmte Fläche wegen ungünstigen Untergrundes für Beerdigungszwecke auszuschließen, die aber für Zwecke der Anordnung eines Urnenhaines, auch zur etwaigen Anlage von Hallen mit Kolumbarien-Einrichtung oder dergl. würde verwertet werden können.

Die Ausschreibung bezog sich nur auf einen Ideen-Wettbewerb; es war daher auf Beibringung auch nur eines Kostenüberschlages verzichtet. Die Anforderungen in zeichnerischer Hinsicht waren auf ein möglichst ge-

ringes Maß eingeschränkt, indem für die Entwürfe der Baulichkeiten nur die zum Verständnis der Entwurfs-Vorschläge erforderlichen Ansichten, Grundrisse und Schnitte durchweg 1:200 verlangt wurden. Außerdem war die Darstellung eines Schaubildes von einem Standpunkt zunächst der Holsteiner-Straße vorgeschrieben, der einen Ueberblick über die Gesamtanlage gestatten sollte.

Da die Ausschreibung nicht nur eine architektonische, vielmehr auch eine gartenkünstlerische Bearbeitung bedingte, so erschien es selbstverständlich, daß am besten eine gemeinschaftliche Lösung der Aufgabe zum befriedigenden Ziele führen würde. Leider läßt eine große Anzahl von Entwürfen solche unbedingt notwendige Zusammenwirkung des Bau- und Gartenkünstlers vermissen.

(Schluß folgt.)

Die Rechtskunde des Ingenieurs.*)

Im Vorwort seines Werkes über „die Rechtskunde des Ingenieurs“ führt der Verfasser, Ing. Blum, aus, der Krieg habe die Bedeutung der angewandten Naturwissenschaften auf allen Gebieten schaffender und schöpferischer Technik zu Lande, zu Wasser, in der Luft dem Bewußtsein näher gerückt denn je zuvor. Das

A. Die allgemeine Rechtskunde. Sie macht außer mit dem Völkerrecht, den Staats- und Verwaltungs-Rechten Deutschlands und seiner Gliedstaaten mit dem bürgerlichen Gesetzbuch, dem Zivilprozeßrecht, dem Konkursrecht, ferner mit den wichtigsten Bestimmungen des Strafrechtes und des Strafprozeßrechtes, des Handels- und Versicherungsrechtes bekannt, zusätzlich der Fülle von

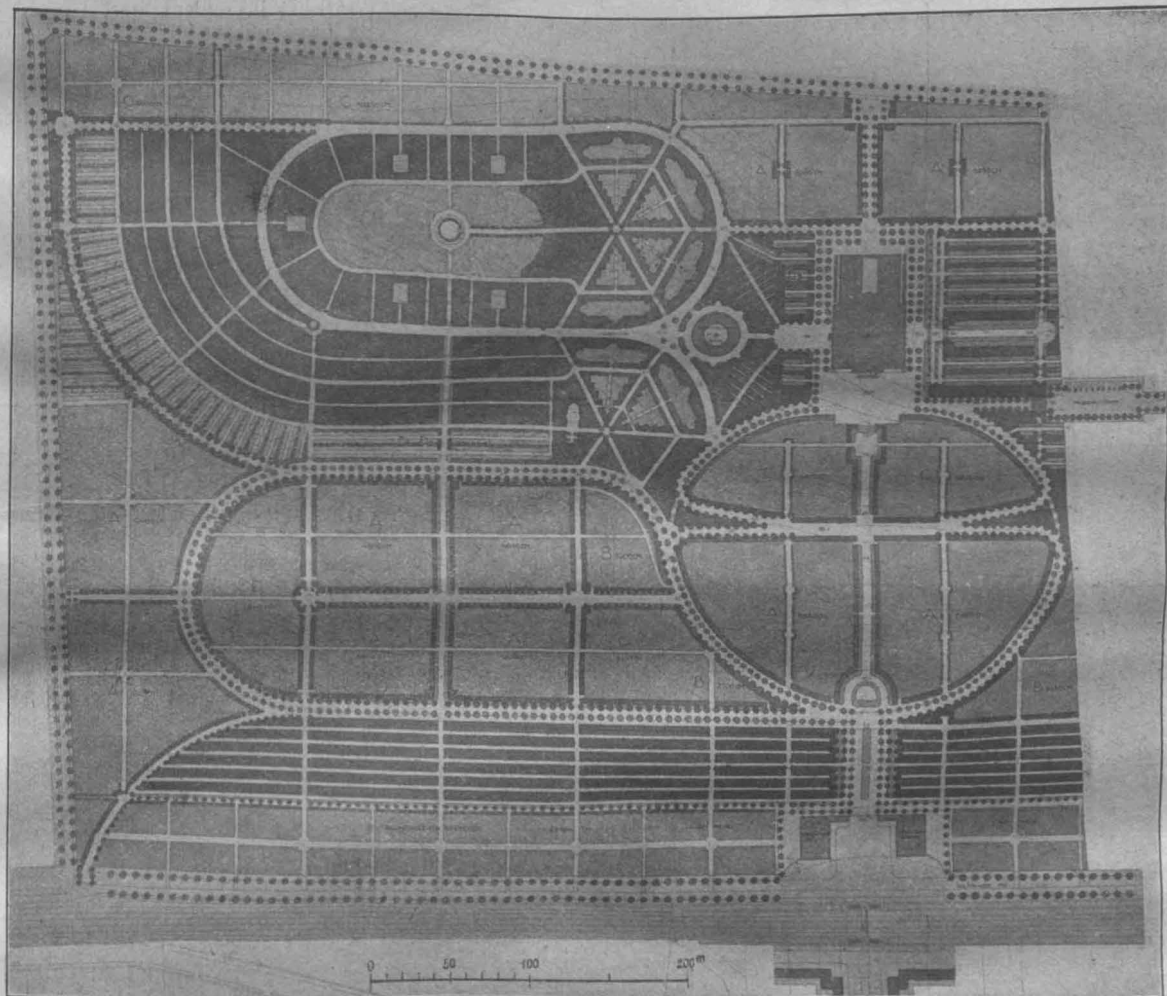


Abbildung 5. Entwurf „Elbaussichten“.

Verf.: Garten-Arch. Friedr. Bauer, Arch. Kurt Schütz und Walter Günther, sämtlich in Magdeburg. (Ein II. Preis.)

praktische Leben habe sich als die wahre Schule des Ingenieurs aller Zweigrichtungen erwiesen: im Bau-, Maschinen-, Berg-, Hüttenwesen, in der Elektrotechnik, dem Tief- und Schiffbau, in der Architektur wie in der Chemie. Dieser Ingenieur aber müsse nachdrücklicher denn bisher darauf bestehen, daß ihm der Zugang zu den leitenden Stellungen im Staat, auf die seine die moderne Kultur beherrschenden Leistungen ihm die Anwartschaft geben, durch die Inhaber einer traditionell vererbten humanistisch-juristischen Bildungsaristokratie nicht weiter versperrt bleibe.

Um sich diese Stellungen gegen den Willen und die Macht ihrer zeitigen Verwalter, durch volkswirtschaftliche handels- und sozialpolitische organisatorische Arbeit als Staatsbürger und als Mitglied des Gemeinwesens zu eringen, müsse der Ingenieur neben der Kenntnis der „allgemeinen Rechtskunde“ und, mangels eines besonderen, für ihn geschaffenen Rechtes die für seinen eigentlichen Beruf erforderliche „besondere Rechtskunde“ sich aneignen.

Und diese vermittelt das vorliegende Werk, von dem wir nachstehend eine kurze Uebersicht seines Inhaltes und seiner Stoffgliederung zu bringen versuchen.

Einzelrechten (See-, Wechsel-, Scheckrecht) und Gesetzen (Haftpflcht-, Stempel-, Erbschaftssteuer-, Preß-, Vereins-Gesetze; Gesetze, betr. literarisches Urheberrecht, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen u. a.).

Etwa den gleichen Umfang von 400 Seiten nimmt B. Die besondere Rechtskunde ein, welche ihrerseits in 4 große Abschnitte untergegliedert ist. Im Abschnitt I „Rechtsverhältnisse des Ingenieurs“ spielen der Dienstvertrag, die Rechte und Pflichten aus dem Patentgesetz, das Gesetz betr. unlauteren Wettbewerb, das Versicherungsgesetz für Angestellte, die Konkurrenzklausel erheblichere Rollen.

Abschnitt 2 behandelt die „Gründungsvorgänge einer Fabrik“. Er macht mit dem Grundstücks- und Eigentums-, dem Urheberrecht, dem Fluchtlinien-, dem Wege-, dem Enteignungs- und Wasserrecht, der Bauordnung, mit Eisenbahnanschlüssen und der Errichtung gewerblicher Anlagen bekannt. Diesem Abschnitt 2 ist ein

*) Die Rechtskunde des Ingenieurs. Ein Handbuch für Technik, Industrie und Handel (870 S.). Von Dr. jur. Richard Blum, Ingenieur. Berlin 1916. Julius Springer. Pr. geb. 12 M.

willkommener Unterabschnitt über die handelsrechtlichen Formen der Unternehmungen (offene Handelsges., Kommanditges., Kommanditges. auf Akt., die stille Gesellschaft, die A.-Ges., G. m. b. H.) angegliedert.

Im Abschnitt 3 „Der Betrieb“ waren vornehmlich die „Rechte und Pflichten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ abzugrenzen, ihre Beziehungen zu einander klarzulegen; hier herrscht das Arbeiterrecht vor, wie es in einer großen Zahl von Bestimmungen der Gewerbeordnung (G. O.) und später der Reichs-Versicherungsordnung (R. V. O.) festgelegt ist. In der letzteren begegnet man zuerst einer Begriffserklärung der gewerblichen Unternehmungsform der „Fabrik“, und in diesem Zusammenhang gewinnen die verschiedenen Stichworte Leben, unter denen sich das Kapitel vom „Betrieb einer Fabrik“ erschöpft. Neben den Rechten und Pflichten des Unternehmers und der gewerblichen Arbeiter kommen als Grundlagen des Arbeitsvertrages die Arbeitsordnung, die Sonntagsruhe, die Lohnbestimmungen (Einbehaltung, Beschlagnahme), sodann die Bestimmungen in Frage, welche von der Entlassung, den Lohnbüchern u. a. handeln; nicht minder die Arbeiterschutzgesetze: das Kinderschutzgesetz, die Bestimmungen über Lehrlinge, minderjährige jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Kenntnis der Strafbestimmungen bei Verstößen gegen die G. O. Neben der Koalitionsfreiheit der Arbeiter bildet die Kenntnis der Tarif-, Akkord- und bergbaulichen Gedingungsverträge, des Wesens der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ebenso das unentbehrliche geistige Inventar des betriebsleitenden Ingenieurs wie die Bestimmungen der einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, und Hinterbliebenenversicherung).

Den Beschluß bilden die Vorschriften des Handelsgesetzbuches über Bilanzen der G. m. b. H. und der A. G., die Kenntnis der Reservefonds-Bildungen u. a.

Kapitel 4 „Der Vertrieb“, gliedert bei weitgetriebener Unterteilung zunächst die handelsgesetzlichen „Vorschriften für Handelsgeschäfte“, den sogen. Handelskauf und weiterhin den Versand (Speditionen, Lager- und Frachtgeschäft; Beförderung von Gütern auf Eisenbahnen). Die gesetzlichen Quellen für den Handelskauf sind das Handelsgesetzbuch (HGB.) und das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB.).

Die Grundlage des Handelskaufs ist der Vertrag (Zustandekommen, Antrag, Annahme, Nichtigkeit, Gewährleistung, Konventionalstrafe). Aus der Vertragsabwicklung ergeben sich die Begriffe: Lieferungsverzug, Verzugsannahme, Zahlungspflicht des Kaufpreises usw.

Die Lieferung der Ware beim Kauf als Handelsge-

schäft schließt eine Anzahl rechtlicher Begriffe in sich, die durch die Stichworte: Rückpflicht (bei Mängeln der Sendung), Beweislast, Verjährung der Ansprüche, arglistiges Verschweigen von Mängeln, Kauf nach Probe oder Muster, Eigentumsvorbehalte u. a. hier nur angedeutet werden können. Neben den Handelsbräuchen (Klauseln) nimmt im Handelsverkehr noch einen breiten Raum das hart umstrittene Kapitel des gewerblichen Rechtsschutzes ein, umfassend: 1. das Patentrecht; 2. das Gebrauchsmusterschutzrecht; 3. Warenzeichenrecht; 4. das Recht aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

Das große Kapitel „vom Vertrieb“ beschließen Aufklärungen über den Werkvertrag und den Werklieferungsvertrag, Eigentumsvorbehalte an Maschinen, sodann Unternehmerverbände, Ausschreibungen (Submissionen) und Interessengemeinschaften (Corner, Ringe, Kartelle, Syndikate, Trustformen, die eigentliche Interessengemeinschaft, die Fusion, die Tochtergesellschaft).

Ein für die Gegenwart besonders wertvoller Anhang bringt dem Leser in kurzer übersichtlicher Form näher: Die Kriegsteuer- und die Besitzsteuergesetze (Rücklagegesetz vom 24. 12. 15 nebst Ausführungsbestimmungen; Kriegsteuergesetz vom 21. 6. 16; Besitzsteuergesetz vom 3. 7. 13), ferner die Verkehrssteuergesetze, und zwar das Frachtturkunden-Stempelgesetz vom 17. 6. 16, das Reichsabgabengesetz im Post- und Telegraphenverkehr vom 21. 6. 16, das Warenumsatzsteuergesetz vom 26. 6. 16.

Ein alphabetisches Sachverzeichnis und ein sorgfältiger Literatur-Nachweis krönen dieses vortreffliche Werk.

Der bescheidene Wunsch des Verfassers am Schluß seines Vorwortes: „Möge das Buch dem angehenden wie dem in der Praxis stehenden Ingenieur aller Berufszweige nicht nur ein Lehrbuch, sondern auch ein Nachschlagewerk für alle die Fragen bilden, die im Leben in den verschiedenen Berufslagen an ihn herantreten“, hat sich in der kurzen und faßlichen Verarbeitung des Riesenstoffes, von dem diese Berichterstattung ein angenähertes Bild zu entwerfen versuchte, verwirklicht. Das Buch wird nicht nur in der Hand des Ingenieurs und des Gewerbetreibenden, sondern im Besitz jedes gebildeten Staatsbürgers sein, der einen reinen Quelle kürzester und mühelosester Belehrung und Aufklärung in den Fragen des Rechtes, mit denen die Gegenwart das staatliche Einzelwesen als Subjekt oder Objekt der Gesetzgebung tagtäglich bestürmt. Das Buch bedarf keines anderen Geleitwortes als des Hinweises auf seinen reichen, praktischen, inneren Wert, den es für jeden Staatsbürger besitzt. — Biedermann.

Rechtsfragen.

Keine Sittenwidrigkeit städtischer Verdingungs-Bedingungen für Tiefbau-Arbeiten. Wenn eine Stadtgemeinde bei Verdingungen für Tiefbau-Arbeiten jede Haftung für die Bodenbeschaffenheit ablehnt und Ansprüche des Unternehmers daraus, daß die Bodenverhältnisse in Wahrheit andere sind, als sie sich aus der Ausschreibung ergeben, ausschließt, so verstößt das nicht gegen die guten Sitten. Das Reichsgericht sagte hierüber:

Nach den Bedingungen der Stadt X kann der Unternehmer keine Ansprüche darauf gründen, daß die Bodenverhältnisse andere sind, als er nach den bei der Ausschreibung mitgeteilten Bohrungen angenommen hat. Da die Bedingungen Bestandteil des Vertrages der Parteien geworden sind, so hat der Unternehmer damit, wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt, auf die Anfechtung wegen Irrtums über die Beschaffenheit des zu bewegenden Bodens rechtswirksam verzichtet. Im vorliegenden Fall behauptete der Unternehmer, die Bodenbeschaffenheit sei für die Arbeit bedeutend schwieriger, als er vorausgesetzt habe. Es ist auch nicht zuzugeben, daß der solche Bestimmungen enthaltende Werkvertrag gegen die guten Sitten verstößt, weil er den Unternehmer in einem für ihn erheblichen Punkt rechtlos mache. Es sind nach dem Gutachten des Sachverständigen von der Stadt vor der Ausschreibung der Arbeiten 80 Bohrungen angeordnet worden. Gleichwohl ist in den Bedingungen noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine erschöpfende Darstellung der sämtlichen Umstände, die auf den Arbeitsbetrieb einwirken könnten, nicht gegeben werden könne, weil die Verhältnisse zu schwierig seien. Es sei deshalb Sache der Unternehmer, sich die nötigen Kenntnisse zu verschaffen. Damit wurde in ausreichender Weise zur Orsicht bei der Abgabe von Angeboten gemahnt; wenn daher die Stadt sich gegen aus der Bodenbeschaffenheit hergeleitete Ansprüche des Unternehmers gesichert hat, so ist darin eine Sittenwidrigkeit nicht zu finden. (A. Z. VII. 76/17. — 20. 4. 17.) —

Wettbewerbe.

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Zierbrunnen für den Marktplatz in Mittweida in Sachsen, erlassen vom Rat der Kunstakademie in Dresden für sächsische Bewerber, erhielten den I. Preis, bestehend in der Ausführung, der Bildhauer Prof. Aug. Schreitmüller, den II. Preis von 500 M. Bildhauer Otto Pilz, den III. Preis von 300 M. Bildhauer Artur Lange und den IV. Preis von 200 M. Bildhauer Herm. Fritz. —

Wettbewerbe der Zeitschrift Jugend in München betreffen Entwürfe zu farbigen Titeln und Innenblättern, sowie graphische Arbeiten in jeder zeichnerischen Technik. Im ersten Wettbewerb gelangen 3 Preise von 1000, 750 und 500 M., im zweiten gleichfalls 3 Preise von 750, 500 und 300 M. zur Verteilung. Ankaufe sind vorbehalten. Frist 1. Nov. 1917. Im Preisgericht Prof. Jul. Diez, General-Direktor Dr. Fr. Dörnhöffer, Kunstmaler G. Jagerspacher, Prof. K. v. Marr, Kunstmaler P. Rieth und Prof. Ant. v. Stadler, sämtlich in München. —

Chronik.

Ein Baumuseum in Augsburg ist durch Stadtbaurat Ober-Baurat Otto Holzer im Palastbau des ehemaligen Klosters zum Heiligen Kreuz eingerichtet worden. Den Grundstock des Museums bilden Modelle, Pläne und Handzeichnungen von Fassaden-Malereien aus Augsburg. —

Inhalt: Preisbewerbung für den Entwurf einer Friedhofs-Anlage mit Krematorium zu Magdeburg. — Die Rechtskunde des Ingenieurs. — Rechtsfragen. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Hierzu eine Bildbeilage:

Das goldene Tor in Jerusalem.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

51. JAHRGANG. № 57. BERLIN, DEN 18. JULI 1917.

Freie Bahn! Von Albert Hofmann.

Unser öffentliches Leben ist mit mancherlei Unbegreiflichkeiten behaftet. Dazu gehört unter Anderem, daß an den blauen Reichspost-Briefkasten sich die Einwurfsöffnung just da befindet, wo das Regenwasser des Daches des Briefkastens abläuft. Dazu gehört ferner, daß in einer Zeit, in welcher die äußerste Arbeitskraft des letzten und schwächsten Mannes und Weibes für die Erhaltung des Reiches und des Volkes gebraucht werden, ein Geheimer Bauerrat, Vorstand einer kaiserlichen Behörde, seine Zeit damit verbringt, Zeitschriften auf die richtige oder falsche Anwendung des Bindestriches zu prüfen und daraus ein Urteil über ihr Deutschtum abzuleiten. Es gehört zu den Unbegreiflichkeiten unseres öffentlichen Lebens, und in diesem Fall unseres öffentlichen Berufslebens, aber auch, daß in Tagen, in denen draußen an der Front Hoch und Niedrig, Arm und Reich, Jung und Alt, Vater und Sohn in gemeinsamer gleicher Abwehr des Feindes zusammenstehen und ihr Leben todesmutig für die Erhaltung und den Sieg Deutschlands dahin geben, in welcher Gegenseitigkeits-Bestrebungen der Gleichen wie eine Naturgewalt die Gemüter durchziehen und die Herzen höher schlagen lassen, der Altruismus zur höchsten Blüte sich entfaltet und das Wort „Einer für Alle und Alle für Einen“ zu einer Art Naturrecht sich fortgebildet hat, in der der demokratische Geist, der in unserem Heer seinen sinnfälligsten Ausdruck findet, unter scharfer Absage an alle politische Illusion einen ungeheuren Umschwung der Meinungen herbei geführt hat, — daß in einer Zeit solcher Geschehnisse in der Heimat eifrig an Schranken gebaut wird, um Gruppen gegen Gruppen abzusondern, um den Kastengeist wieder zu nähren und hoch zu züchten; um das zu Nichte zu machen, was wir als die vornehmste Errungenschaft dieses gewaltigsten aller Kriege freudig begrüßen müssen. Ein völliges Verkennen der geistigen Forderungen der Zeit, die nach einem Worte von Heinrich von Treitschke die gewaltsame Umkehr von selbstgenügsamer Billigung zum politischen Willen herbeigeführt und dieses Willen auf alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig ausgedehnt hat, ist an die Stelle realer Erkenntnis getreten. Das Niederholen aus den unfruchtbaren Höhen der Ideologie und das denkende Erfassen der nüchternen Wirklichkeit, diese grundlegende Aenderung im Gesamten unserer geistigen Lage, werden als ein Ergebnis des Krieges noch andauernd verkannt, denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß Titelschutz und Kammern immer noch da gefordert werden, wo das freie Recht des Einzelnen auf ungehinderte Fortentwicklung längst Gemeingut der denkenden politischen Anschauung sein, wo die freie Bahn an die Stelle aller Kasten-Abgrenzung und künstlichen Schranken treten sollten.

Das ist auch vermutlich die Erwägung gewesen, aus der heraus der „Bund der technisch-industriellen Beamten“ und der „Deutsche Techniker-Verband“ sich gegen eine Beschrän-

kung des Titels „Ingenieur“ auf die akademischen Techniker, gegen die Schaffung von Zivilingenieur-Kammern und gegen die Bevorzugung der Akademiker in öffentlichen Betrieben ausgesprochen haben. Sie wollen mit einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag dem Versuch, den freien Ingenieur-Beruf in irgend welcher Weise, einzuzengen und seine Ausübung vom akademischen Studium abhängig zu machen, entgegen treten. Sie befinden sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Urteil angesehener Männer innerhalb und außerhalb unseres Faches. In einer Versammlung des Württembergischen Ingenieur-Vereins in Stuttgart vom 21. Mai ds. Jahres hat es der Staatsrat Dr.-Ing. von Bach zum Ausdruck gebracht, daß eine Entwicklung, wie sie in Oesterreich durch staatlichen Schutz des Titels „Ingenieur“ stattgefunden hat, in Deutschland nicht nur für unnötig, sondern für überaus schädlich erachtet werden müsse. Es werde mit dem Titelschutz entgegen dem Wahlspruch „Dem Tüchtigen freie Bahn“ ein neues Privileg auf Grund von Schulprüfungen geschaffen und damit eine neue künstliche und unserer Entwicklung im Deutschen Reich überaus schädliche Schranke für alle Diejenigen errichtet, deren Leistungen im Leben ihnen auch ohne Hochschulbildung ein Anrecht auf gleiche oder gar höhere Wertschätzung geben. Bach verkennt nicht den Wert der Prüfungen auf technischem Gebiet und ihre große Bedeutung für die Stellungen des Staats- und des Gemeinde-Dienstes; die Leistungen im Ingenieur-Beruf aber seien nicht an das Bestehen der Schulprüfungen gebunden, sondern der zuverlässigste Befähigungs-Nachweis für den Ingenieur-Beruf sei die Leistung im Leben. In Wirklichkeit genüge die Schulbildung nicht, den Mann zum Ingenieur zu machen; erst weitreichende Erfahrung ermögliche ihm eine erfolgreiche Ingenieur-Tätigkeit. Die Entwicklung unserer technischen Mittelschulen aber sei eine solche, daß sie unserer Industrie zahlreiche Männer zugeführt habe, die sich mit vollster Berechtigung „Ingenieur“ nennen dürften. Die Industrie würde vollständig verständnislos einer Verfügung gegenüber stehen, die ihr verbieten wollte, den Leiter eines großen Konstruktions-Büros oder einer großen Werkstätte wie bisher als „Ingenieur“ zu bezeichnen, während diesen Titel eine große Anzahl seiner Untergebenen nach den jetzigen Bestrebungen zu führen berechtigt wären, von denen ein erheblicher Teil infolge mangelnder Erfahrungen überhaupt noch keine Ingenieure seien. Ueberall werde durch eine beschränkende Verfügung, wie sie jetzt in Oesterreich besteht, ohne Not mit schädlicher Wirkung in bestehende Verhältnisse eingegriffen. Auf dem Wege des freien Wettbewerbes der in ihr tätigen Männer sei die deutsche Industrie das geworden, was sie bis zum Ausbruch des Krieges war und als was sie sich im Krieg erwiesen hat. „Die deutsche Industrie“, führte Bach wörtlich aus, „muß unbedingt verlangen, daß sie diejenigen in ihr tätigen Männer, die tatsächlich

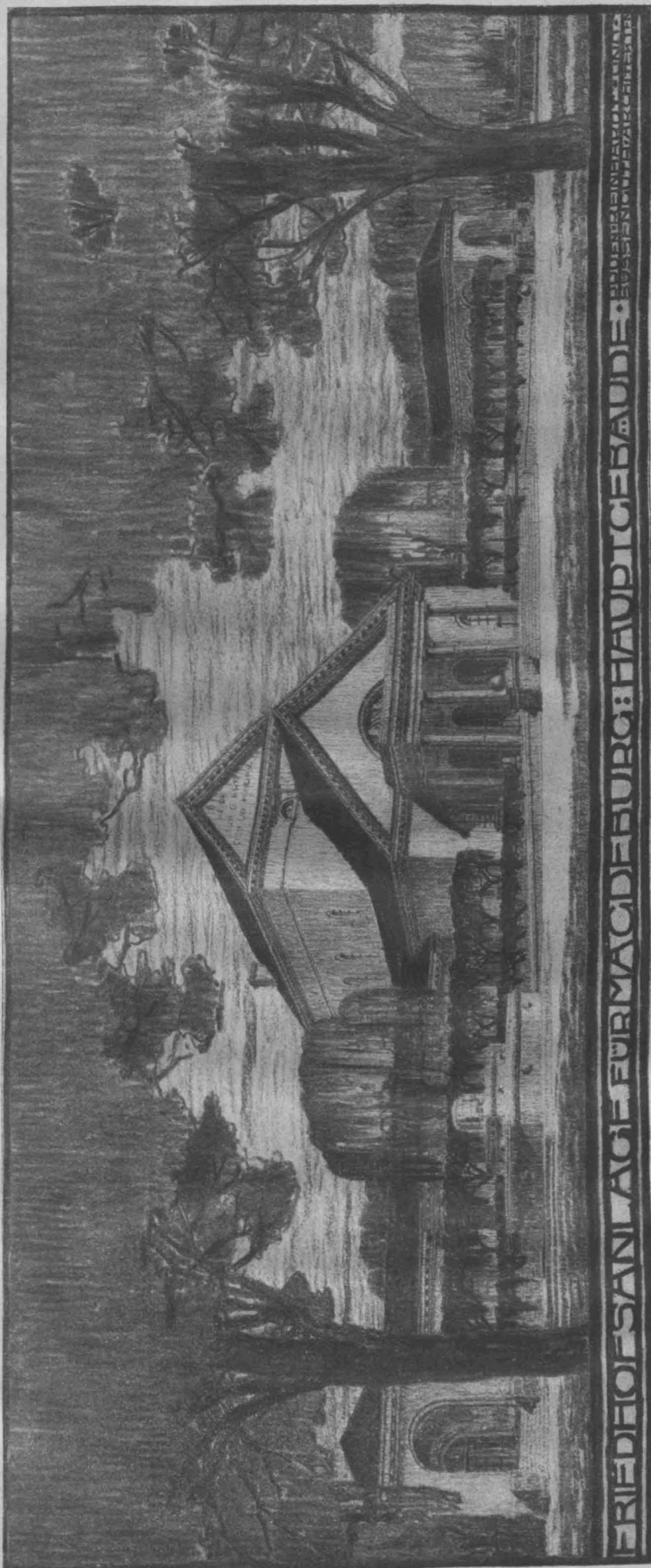
This architectural drawing illustrates the interior of the Temple of Isis at Philae. It shows a series of columns supporting a roof, with a central area containing an altar and a statue. The drawing is a black and white line drawing, showing the structural details of the temple's interior.

[illegible]

Architekten:
Reinhardt & Süssenguth
in Charlottenburg.
Ein II. Preis.

ungs-Tendenzen durchaus erfreulich. Ergänzend hierzu führte der Abgeordnete v. Mühlberger in anderem Zusammenhang, aber durchaus auf unsere Frage anwendbar aus, um den Aufstieg Begabter zu ermöglichen, sei in Württemberg schon Manches getan; es könne und dürfe aber noch mehr geschehen.

Der „Bund der technisch-industriellen Beamten“ und der „Deutsche Techniker-Verband“ in Berlin knüpfen in ihrer Eingabe an Bundesrat und Reichstag an die Bestrebungen des „Mittel-europäischen Verbandes akadem. Ingenieur-Vereine“ an, die auf reichsgesetzliche Schaffung von Ingenieurkammern gerichtet sind. Aus der großen Zahl von Personen, die sich Zivil-Ingenieure nennen, soll nach dem genannten Verband für die Auftrags-Erteilung aus dem Gebiete des Ingenieurwesens eine bestimmte Gruppe ausgewählt werden, deren Angehörige durch ihre technische Befähigung und sittlichen Eigenschaften bestimmte Mindestforderungen zu erfüllen haben. Die wissenschaftliche Befähigung soll durch ein planmäßiges, ordnungsmäßig abgeschlossenes Studium auf einer technischen Hochschule und durch eine mehrjährige Tätigkeit im Dienste des Staates, der Gemeinden oder der Privat-Industrie nachgewiesen werden. An das Studium und an die praktische Tätigkeit soll sich eine besondere Prüfung schließen, die rechts- und staatswissenschaftliche Kenntnisse zum Ziel hat, deren der Zivil-Ingenieur als Gutachter, gerichtlicher Sachverständiger oder Berater bedürfe. Uebergangs-Bestimmungen sollen es demjenigen, der bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits 20 Jahre als Zivil-Ingenieur tätig war und besondere Leistungen aufzuweisen hat, aber die genannten Bedingungen nicht erfüllen kann, ermöglichen, den Beruf des Zivil-Ingenieurs weiter auszuüben. Im übrigen soll der Titel „Zivil-Ingenieur“ und „Ingenieur“ überhaupt auf den akademischen Techniker beschränkt bleiben. Der „Mittel-europäische Verband akademischer Ingenieur-Vereine“ vertritt demnach den Standpunkt, daß nur der geprüfte Akademiker das Maß der wissenschaftlichen Kenntnisse besitzen könne, das im Interesse der Sicherheit und Brauchbarkeit von Bauwerken und maschinellen Anlagen für den entwerfenden Ingenieur unerlässlich ist und daß nur der Voll-Akademiker die moralischen Eigenschaften für die Ausführung von Arbeiten besitze, die in hohem Maße Vertrauen, Rechtlichkeit und Charakterstärke erfordern. Diesem absondernden Kastengeist gegenüber haben wir stets den Standpunkt der freien Bildungsmöglichkeit vertreten und ausgeführt, es sei durchaus gleichgültig, auf welchem Weg ein Techniker seine fachliche und seine moralische Bildung erworben habe, wenn er beide nur besitze. Und auf diesen Standpunkt stellen sich mit Recht auch die technisch-industriellen Beamten und die deutschen Techniker in ihrer Allgemeinheit. Ingenieur-Eigenschaft, führen sie aus, lasse sich nicht durch Prüfungen nachweisen; Ingenieur sein heiße praktisch technische Arbeit leisten. Der Ingenieur könne sich auch ohne akademisches Studium entwickeln, wenn er technische Gaben besitze. Die Hochschule könne gewiß brauchbare Mathematiker und Naturwissenschaftler erziehen, Ingenieur aber werde auch der Akademiker nur durch die Ausübung des Berufes. Erst in



STUTTGART. HOFSANLAGE FÜR MAGDEBURG: HAUPTGEBAUDE

der Praxis zeige sich, ob ein Techniker befähigt sei, das auf der Hochschule erworbene Wissen in technische Taten umzusetzen. Meist sei infolge seiner längeren praktischen Tätigkeit der Techniker mit Fachschulbildung dem Akademiker als Konstrukteur überlegen. Der größte Teil der leitenden Betriebsstellungen der Privatindustrie sei auch heute noch mit Fachschul-Technikern besetzt und auch in der Kriegsindustrie liege die Betriebsleitung meist in den Händen der Mittelschul-Techniker. Es sei nicht zulässig, den Menschen nur nach Herkunft und Ausbildung und dabei wieder in erster Linie nach der Länge der genossenen Ausbildung zu beurteilen. Können, Charakter und Stellung seien in der Hauptsache maßgebend. Der Techniker, der in seinem Vaterland keine Möglichkeit finde zur selbständigen Ausführung seiner Entwürfe, weil er nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen bestanden habe, werde mit dem Gefühl der Verbitte- rung ins Ausland gehen, wo man ihn mit offenen Armen aufnehme. Die Folge sei eine schwere Schädigung der nationalen Volkswirtschaft. Die Tatsache, daß das Wort „Ingenieur“ nur als Berufsbezeichnung anzusehen sei, werde auch dadurch erhärtet, daß es bereits im Gebrauch war, bevor technische Hochschulen entstanden. Theod. Fischer habe auf der Tagung des „Deutschen Werkbundes“ 1911 den Ausspruch getan, wer Lust habe, die Reihe der wirklichen Führer der Technik in Wissenschaft und Praxis zu vervollständigen, die ohne Examina zu hoher Bedeutung gelangt seien, der müsse sich umsehen, er werde zahlreiche Namen von gutem Klang finden. Und von Bach habe aus Anlaß der Feier seines 70. Geburtstages die Frage aufgeworfen, ob man glaube, daß die Fähigkeit, ein guter Fabrikdirektor zu sein, an das Diplom-Prüfungszeugnis oder an den Doktor-Ingenieur-Titel gebunden sei? Man werde diese Frage mit „Nein“ beantworten müssen. Aus der Ablegung der Diplom-Prüfung aber Rechte oder gar eine Monopolstellung abzuleiten, komme überhaupt nicht in Frage. Daß die deutsche Industrie ihren Stand zum weitaus größten Teil Männern verdanke, welche die Schulbank nicht so lange gedrückt haben, wie es das zur Zeit herrschende Unterrichtssystem in schablonenhafter Weise verlange, habe er schon vor einer längeren Reihe von Jahren öffentlich ausgesprochen.

Die Verhältnisse liegen, wie die Eingabe der beiden Körperschaften ausführt, bei den Technikern auch anders als bei den Aerzten und Juristen, mit deren Beruf der technische Beruf vom „Mittleuropäischen Verband akademischer Ingenieur-Vereine“ und auch vom „Bund Deutscher Architekten“ stets auf die gleiche Stufe gestellt wird. Es gehe nicht an zu behaupten, daß, weil das bestandene akademische Examen die Voraussetzung darstelle zur Anerkennung des Juristen und Arztes als vollwertiges Glied seines Standes, das beim Techniker genau so sein müsse. Hauptaufgabe der Architekten und Ingenieure sei nicht allein, Sachverwalter und Vertreter der rechtlichen und wirtschaftlichen Forderungen ihres Arbeitsgebers zu sein, sondern für diesen selbstschöpferische Werke zu schaffen. Dabei gebe es keine mittleren Jura- oder Medizin-Schulen, wohl aber zahlreiche technische staatliche Mittelschulen, die eine staatlich anerkannte technische Bildung vermitteln. Gewiß könne man ein bestandenes Examen zum Maßstab für die Ausbildung wählen; trotzdem aber werde die Tatsache bestehen bleiben, daß eine Scheidung nach „Technikern“ ohne Diplom-Examen und nach „Ingenieuren“ mit Diplom-Examen aller geschichtlichen Entwicklung des technischen Berufes widerspreche. Zweifellos seien in der Berufsbezeichnung Mißstände eingetreten, aber mit dem Mittleuropäischen Verband von „unhaltbaren Zuständen“ zu sprechen, sei eine maßlose Uebertreibung. Der akademische Ingenieurgrad sei heute schon geschützt, eine Verwechslung des „Ingenieurs“ mit dem „Diplom-Ingenieur“ sei ausgeschlossen. Letzterer Titel sei gesetzlich geschützt

und gelte auch als Standesbezeichnung, da sämtliche Deutsche Bundesstaaten nach Aufhebung ihrer besonderen Staatsprüfungen des „Mittleuropäischen Verbandes“ zur Amtsprüfung erhoben haben. Eine Berufung auf österreichische Verhältnisse, die, wie wir schon früher ausgeführt haben, in vieler Beziehung ganz anders liegen, wie die Verhältnisse in Deutschland, sei besonders in diesem Punkte schon deshalb nicht statthaft, weil die österreichischen technischen Hochschulen den Titel eines Diplom-Ingenieurs nicht verleihen.

Auch soziale Bedenken beständen gegen die angestrebte Neuordnung, denn durch die Erfüllung der Wünsche des „Mittleuropäischen Verbandes“ werde dem nicht-akademischen Ingenieur der Weg zur Selbständig- machung versperrt. Wer mit 40 Jahren eine leitende Stellung noch nicht errungen habe, sei meistens genötigt, eine selbständige Existenz als Zivil-Ingenieur zu begründen. Durch die angestrebte Regelung würden für diejenigen Vorrechte geschaffen, die durch Bildung, Besitz und einflußreiche Beziehungen bereits über ein natürliches Uebergewicht im wirtschaftlichen Wettstreit verfügen, denn das zeitraubende Hochschul-Studium werde auch im neuen Deutschland im Wesentlichen den besitzenden Klassen vorbehalten bleiben. Auch gegen die Bildung von Zivil-Ingenieur-Kammern wenden sich die beiden Körperschaften mit allem Nachdruck. Wo Mißstände im freien Ingenieur-Beruf zutage getreten seien, lägen die Ursachen im letzten Grunde in der allgemein noch recht entwicklungsfähigen Geschäftsmoral unseres Wirtschaftslebens. Moral und persönliche Ehrenhaftigkeit seien jedoch Charakter-Eigenschaften und von der fachlichen Bildung vollständig unabhängig. Die Eigenschaften, die den modernen Zivil-Ingenieur auszeichnen sollen, lassen sich überhaupt nicht durch Prüfungen feststellen. Nur wer wirklich gute Leistungen vollbracht habe, werde Vertrauen genießen und einen Kundenkreis an sich fesseln können.

Nach der hier geschilderten Abwehr gehen die beiden Körperschaften nun aber zum Angriff über und fordern, daß die Bevorzugung der Akademiker in öffentlichen Betrieben, wie sie bei Staat und Gemeinden vielfach stattfindet, aufhöre. Hier gelte häufig noch der Grundsatz, daß akademische Vorbildung mit ganz geringer Praxis ohne Weiteres für leitende Stellungen genüge, während gute Fachschul-Bildung mit langjähriger Praxis immer nur Kräfte ergebe, denen man wohl die schwierigsten Arbeiten anvertrauen könne, die jedoch zu leitenden Stellungen nicht befähigt seien. Nicht technische und kaufmännische Gesichtspunkte, sondern Standesinteressen seien maßgebend und daraus erkläre sich zum großen Teil die Tatsache, daß die öffentlichen Betriebe nicht so wirtschaftlich arbeiten, wie die Privat-Industrie. Es müsse daher eine durchgreifende Neuordnung der öffentlichen Betriebe gefordert werden mit dem Ziel: Auslese der Tüchtigsten für die leitenden Stellungen ohne Rücksicht auf Bildungsgang und Herkunft.

Mit dieser letzteren Forderung wird auch der Gedanken- gang einer Denkschrift berührt, die der „Bund Deutscher Architekten“ unter dem Titel „Verwaltungsreform auf dem Gebiete des Hochbauwesens“ zur Versendung gebracht hat. Sie steht in erfreulichem Gegensatz zu der von der gleichen Körperschaft beschlossenen Inan- griffnahme der Vorarbeiten für die Schaffung von Architek- ten-Kammern, die auf der letzten, von 60 Mitgliedern besuch- ten Tagung in Berlin nicht ohne Widerspruch aus der Ver- sammlung gefordert wurden. Freie Bahn für den Tüchti- gen, eine Forderung, die im neuen Deutschland die Grund- lage aller Entwicklung bilden muß, wenn die Schäden des Krieges die Entwicklung des nationalen und des Wirtschafts- lebens nicht hemmen sollen, ist auch hier die Grundstimmung. Wir kommen auf sie zurück. —

Vermischtes.

Die Vorarbeiten zum Walchensee-Kraftwerk. Mit dem Antritt der Regierung durch König Ludwig III. von Bayern werden alle Arbeiten der bayerischen Wasserwirtschaft und der Kraftgewinnung in Bayern auf Wunsch des Monarchen so viel als möglich beschleunigt. Das gilt namentlich auch für die Vorarbeiten für das Walchensee-Kraftwerk, über welche die „Bayerische Staatszeitung“, das Organ der bayerischen Staatsregierung, Folgendes zu berichten weiß: „Die wichtigsten Bauten für das Werk: das Wehr bei Krünn, der Zulaufkanal bis Wallgau, der Stollen Wallgau-Sachen- see, das Einlaufbauwerk bei Urfeld, der Tunnel durch den Kesselberg, das Wasserschloß, die Rohrbahn, der Unter- wasserkanal und der Unterbau für das Krafthaus wurden vom Staatsministerium des Inneren nummehr endgültig ver- geben. Die von Reichsrat Dr. Oskar v. Miller entworfenen Verträge, die mit den Firmen Friedrich Buchner in Würzburg, W. O. in Leipzig und Edwards & Hummel — Alfred Kunz in München abgeschlossen wurden, bieten,

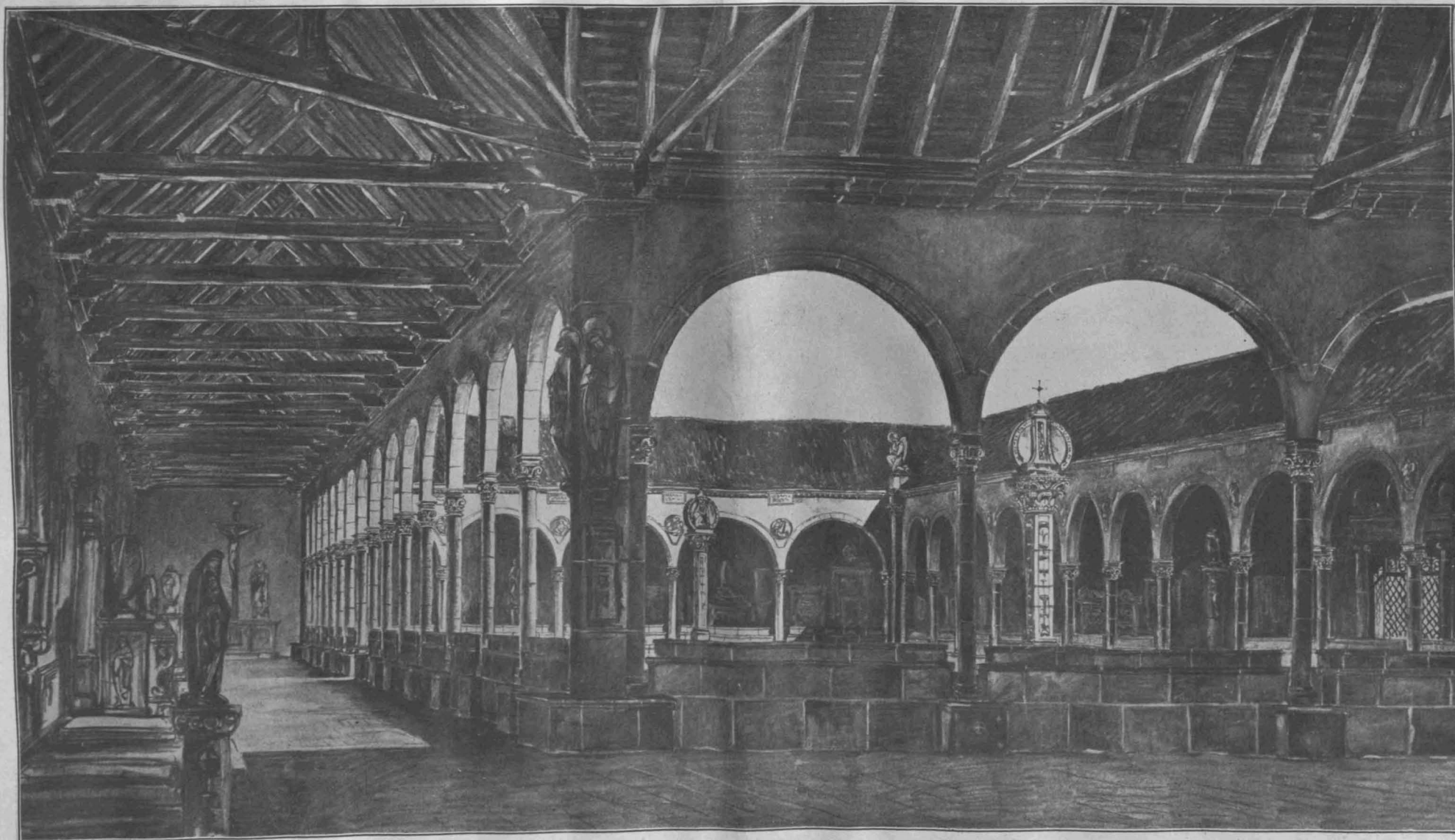
wie man amtlicherseits überzeugt ist, sowohl bezüglich der technischen Ausführung wie bezüglich des finanziellen Risiko- und der Ausführungstermine für den Staat die größt- mögliche Sicherheit. Der Bau muß, entsprechend den Be- schlüssen und Zusicherungen, die im Landtag gegeben wor- den sind, drei Monate nach Kriegs-Ende begonnen werden und spätestens in drei Jahren vollendet sein.“ —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für Weinhachtstetter erläßt die Porzellanfabrik Ph. Rosen- thal & Co. in Selb in Bayern bei 3 Preisen von 1000, 500 und 300 M. Ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe ist vorbehalten. —

Inhalt: Freie Bahn! — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Ab- bildungen: Friedhofs-Anlage für Magdeburg. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



REISBEWERBUNG FÜR DEN ENTWURF EINER FRIEDHOFS-ANLAGE
MIT KREMATORIUM ZU MAGDEBURG. * ABBILDUNG 8. ENTWURF
MIT DEM KENNWORT „VITAE SOMNIUM BREVE“. * * * * *
VERF.: PROF. PAUL MEISSNER IN DARMSTADT. (ANGEKAUFT.)
≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG * 51. JAHRGANG 1917. * NO. 58. ≡

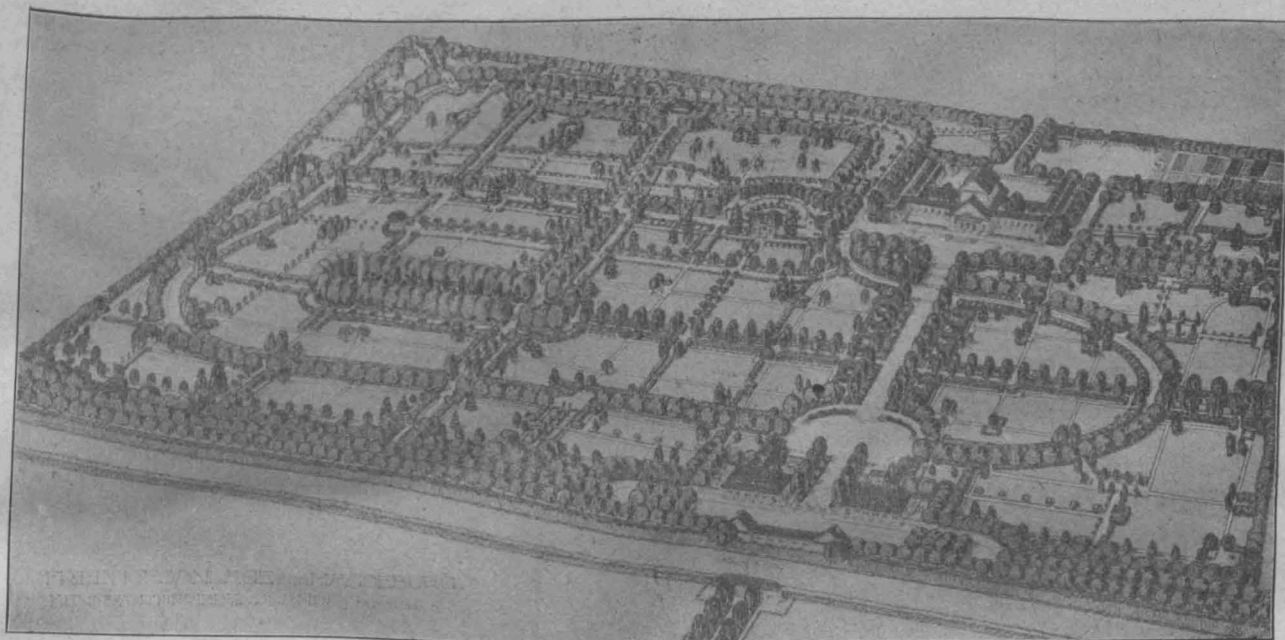


Abbildung 9. Entwurf „Friedensland“. Verf.: Prof. Reinhardt & Süssenguth in Charlottenburg. (Ein II. Preis.)

DEUTSCHE BAUZEITUNG

51. JAHRGANG. NO 58. BERLIN, DEN 21. JULI 1917.

Preisbewerbung für den Entwurf einer Friedhofs-Anlage mit Krematorium zu Magdeburg.

(Schluß aus No. 56.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 292 und 293.



on der Erteilung eines I. Preises mußte Abstand genommen werden. Das Preisgericht machte von dem Recht einer anderweitigen Verteilung der bereit gestellten Mittel Gebrauch und bewilligte dafür zwei gleiche II. Preise zu je 4000 M. und zwei III. Preise zu je 3000 M. Außerdem wurde in Anbetracht der außergewöhnlich

reichhaltigen Beschickung des Wettbewerbes mit insgesamt 99, zum Teil überaus umfangreichen Arbeiten empfohlen, anstatt zwei im Programm vorgesehener, nicht preisgekrönter Entwürfe vier Arbeiten für den Ankauf vorzuschlagen.

Wenn schon ein unmittelbar ausführungsfähiger Entwurf durch die Ausschreibung nicht gezeitigt worden ist, — handelte es sich doch auch nur um einen Ideen-Wettbewerb, — so sind die Anregungen aus den mit Preisen ausgezeichneten sowie aus den für den Ankauf vorgeschlagenen Entwürfen immerhin derartig, daß die Grundlagen für die endgültige Entwurfsgestaltung zweifellos für die Stadtverwaltung befriedigend geklärt sind. Der Zweck der Ausschreibung darf also hiernach als vollkommen erreicht bezeichnet werden.

Im Nachfolgenden sollen einige Mitteilungen über bemerkenswerte Entwurfsarbeiten durch Wort und Bild gemacht werden.

Hinsichtlich der Lageverhältnisse kann der mit einem II. Preis ausgezeichnete Entwurf von Reinhardt & Süssenguth in Charlottenburg (Abb. 2 in No. 56 und 9, oben) in erster Linie als die Programm-Bedingungen in durchaus befriedigender Weise erfüllend bezeichnet werden. Die Ansteigung zur Höhe des Krematoriums ist durch halb- und viertelkreisförmige Führung des Hauptzufuhrweges bequem und in günstiger Aufteilung des Friedhof-Geländes gelöst. Eine angemessene Ausbildung des Vorplatzes an der Holsteiner-Straße ist vorgeschlagen, zugleich mit der Verbindung durch Eisenbahn-Ueberschreitung zur Straße Alt-Westerhüsen. Ein mittleres (drittes) Portal auf der Nordseite des Friedhofes führt in gerader Richtung auf den Platz vor der Einäscherungs-

Kapelle. Auch gegen die sonstigen Wegführungen, die den Gelände-Verhältnissen entsprechend angeordnet sind, läßt sich in praktischer und ästhetischer Beziehung kaum etwas einwenden. In architektonischer Beziehung sind die Baulichkeiten zwar etwas reichlich entwickelt; ihr Charakter ist schlicht gehalten, wobei jedoch die Friedhofs-Stimmung noch nicht zur vollen Geltung gelangt ist und namentlich die Bedeutung eines Kapellenbaues für Einäscherungszwecke, noch dazu in beherrschender weithin sichtbarer Lage eindringlicher hätte hervorgehoben werden müssen. (Vgl. die Abb. in No. 57.)

Von einer ganz anderen Auffassung geht der mit einem III. Preis ausgezeichnete Entwurf von Dir. W. Wagner in Berlin (Abb. 3, S. 292) aus, der auf eine regelmäßige Aufteilung zugunsten einer vollkommen an das hügelige Gelände sich anschmiegenden Plange-staltung verzichtet, vielmehr eine freie waldartige Behandlung vorgezogen hat. Hätte man es mit einer waldbestandenen Fläche zu tun, während leider von Vegetation auf dem auch eine gleichmäßige Bepflanzung nicht gestattenden Gelände kaum die Rede ist, so hätte die Einrichtung eines „Waldfriedhofes“ nach dem bekannten vortrefflichen Münchener Muster wohl Manches für sich. Da aber davon bei dem kahlen Gelände in absehbarer Zeit keine Rede sein kann, so wird auf den sonst durchaus anmutenden Vorschlag wohl Verzicht geleistet werden müssen. Wie stimmungsvoll übrigens der Verfasser sich diesem Waldcharakter mit seinen Baulichkeiten angepaßt hat, davon zeugt die Ansicht seiner Kapelle, (Abb. 4, S. 293), deren Grundriß mit einer monumentalen Urnenhalle im kryptaförmigen Untergeschoß, mit den Leichenhallen und den Räumen für Einäscherungszwecke übrigens mit zu den interessantesten Lösungen dieses Teiles der Aufgabe gehört.

Der mit einem II. Preis gekrönte Entwurf des Garten-Architekten Bauer und der Magdeburger Architekten Schütz und Günther zeigt (Abb. 5 in No. 56) eine klar geordnete, wohl durchdachte Ausnutzung des Geländes, dessen örtlichen Verhältnissen überall gebührend Rechnung getragen ist, namentlich aber mit Vorschlägen für die Aufschließung der Erweiterungs-Anlage, die überall die Ansichten des gereiften Gartenkünstlers erkennen

lassen. Die symmetrische Führung der Zufahrtswege, mit dem mittleren Hauptzugang in einer monumentalen Achse vom Portal an der Holsteiner-Straße bis zum Kapellenbau, ergibt sich als eine durchaus überzeugende Lösung auch aus dem Schaubild (Abb. 6 in No. 56), das zugleich über die architektonische Gestaltung der Bauten Aufschluß gewährt.

In baulicher Beziehung sind nur verhältnismäßig wenige Entwürfe hervor zu heben, die für die Erscheinung eines Krematoriums, noch dazu an bevorzugter Stelle in reizvoller landschaftlicher Umgegend, den richtigen Ausdruck gefunden haben. Da es sich ja vorläufig nur um die Förderung von Ideen handelte, so ist es den Baukünstlern zwar nicht zu verargen, wenn sie in ihrer Phantasie oft etwas zu sehr den hemmenden Zügel schießen ließen, ohne sich auch nur entfernt an die Kosten zu kehren, die die Ausführung solcher Riesenbauten der Stadtgemeinde, zumal in jetziger schwerer Zeit, auferlegen würde. Als Beispiel einer künstlerisch hervorragenden Lösung möge die Ansicht des Kapellenbaues nach dem angekauften Entwurf „Vita somnium breve“ von Prof. Paul Meissner in Darmstadt angeführt werden, dessen charakteristische Formgebung (Abb. 7, S. 293) für den Hauptbaukörper übrigens als Motiv für die künftige Ausführung wohl in Betracht kommen könnte, sofern nämlich eine unbedingt gebotene weise Einschränkung des mächtigen Baues nach Flächen-Ausdehnung und Höhen-Entwicklung vorgenommen würde. Das vom Verfasser meisterhaft dargestellte Schaubild einer zwar an ein bekanntes italienisches Beispiel erinnernden Urnenhalle (Bildbeilage) gehört zu den erfreulichsten Leistungen architektonischen Gebietes, die der Wettbewerb überhaupt gezeitigt hat.

In technischer Beziehung ist eine Reihe von einwandfreien Vorschlägen für die Einäscherungs-Anlage geboten, die namentlich schon durch ihre räumliche Absonderung der Vorbedingung für den Kapellenraum Rechnung tragen, daß die Uebertragung von Geräuschen aus dem Betrieb in den feierlichen Trauersaal unbedingt ausgeschlossen ist.

Schließlich seien in Anbetracht der auffallend großen Zahl der eingereichten Entwürfe, mit einem Aufwand von etwa 1500 Plänen, darunter Zeichnungen, hauptsächlich Schaubilder größten Maßstabes, Aquarellbilder in zum Teil hervorragender Darstellung, auch Modelle, noch einige Bemerkungen allgemeiner Art gestattet: Aus der doppelten Natur der zum Wettbewerb gestellten Aufgabe, deren Lösung, wie schon erwähnt,

zweckmäßig in gemeinschaftlicher Arbeit des Bau- und Gartenkünstlers hätte erfolgen sollen, — sofern eben nicht die volle Sachkenntnis für beide Gebiete bei dem Einen oder Anderen vorauszusetzen wäre, ist es zu erklären, daß eine große Anzahl von Entwürfen an dieser Klippe gescheitert ist. Man sieht es diesen zum Teil arg verfehlten Arbeiten ohne Weiteres an, daß es an der wünschenswerten gegenseitigen und befruchtenden Beeinflussung gemangelt hat. Entwürfe, die von einer reifen und hohen gartenkünstlerischen Befähigung zeugen, versagten bei der architektonischen Bewältigung der Aufgabe und umgekehrt! Außerdem ist aber zu beklagen, daß nur eine außerordentlich geringe Zahl von Bewerbern sich der Mühe unterzogen hat, sich die Örtlichkeit selbst anzusehen, was vor Fehlgriffen in den grundsätzlichen Auffassungen der örtlichen Verhältnisse hätte bewahren müssen. Daß auch in architektonischer Beziehung leider manche wenig glückliche Anlagen vorhanden sind, darf bei der großen Fülle der Wettbewerbs-Arbeiten nicht verwundern. Die Anwendung aber von aufwändigen, zum Teil palastartigen Architekturformen, unter Anlehnung an ägyptische, assyrische oder sonstige orientalische Muster oder dergl., die doch kaum für eine deutsche Friedhofs-Stimmung zu rechtfertigen sind, am allerwenigsten einem ernstesten Kapellenbau, noch dazu von dem eigenartigen Charakter eines Krematoriums entsprechen, wäre doch besser von vornherein zu vermeiden gewesen. Ebenso ist die Anlage von Wasserkaskaden, Teichen und umfangreichen Wasserbecken, — noch dazu im ansteigenden Gelände, wozu wohl der Hinweis auf eine allerdings vorhandene, aber bescheidene Quelle auf einem der Lagepläne verführt hatte —, schwerlich am Platz, auch schon in Anbetracht der hohen Kosten so gut wie ausgeschlossen. Daß auch manche Wunderlichkeiten mit unterlaufen, ist bei einem so reich besetzten Wettbewerb eine bekannte Tatsache! So hat man es denn z. B. mit einem Aussichtsturm zu tun, der zugleich Schornstein für das Krematorium und Aussichtsturm ist und in 7—8 Geschossen übereinander Gelegenheit zur Aufstellung von Urnen bieten soll. Es scheint nach allem, daß wohl hauptsächlich der gegenwärtige Mangel an lohnender Beschäftigung für so manchen Architekten und Gartenkünstler Veranlassung geworden ist, sich an eine zwar interessante, doch recht schwierige Aufgabe heran zu wagen, ohne besonders dafür veranlagt, also berufen zu sein — auch immerhin ein bedauerliches und nicht unbedenkliches Zeichen der jetzigen schweren Zeit! —

Peters.

Die Verwendung von alten Bauten und Bauteilen für Krieger-Ehrungsstätten.*)

Erinnerungswert und Kunstwert sind die wesentlichen Faktoren bei dem Zustandekommen des Denkmalbegriffes; der Umfang ihrer beiderseitigen Beteiligung daran kann auf das Stärkste differenziert sein — entweder das Ueberwiegen des Erinnerungswertes, am stärksten vielleicht in dem französischen „monument historique“ des Ballspielhauses in Versailles, eines kunstlosen Holzgebäudes, in dem die französische Republik geboren wurde, oder der höchste Ausdruck künstlerischen Ingeniums, unabhängig von Zeit und Umgebung, etwa in einem Werk Rembrandts. Das natürliche Streben nach Erhaltung der im Denkmal beruhenden Werte, die praktische Denkmalpflege, unterscheidet zwischen lebenden und toten Denkmälern — lebende, die einem praktischen Zweck dienen und darum gewissermaßen sich selbsttätig erhalten — tote solche, denen praktische Verwendung verloren gegangen ist (Ruinen usw.) und im gewissen Sinne auch die reinen besonders errichteten Erinnerungszeichen; ihnen allen muß von außen her die Möglichkeit ihres weiteren Daseins gegeben werden. Dazwischen gibt es naturgemäß eine Menge feinerer Unterscheidungen. Bekanntlich pflegen die toten Denkmäler die Schmerzenskinder der Denkmalpflege zu sein und darum ist ein fast selbstverständlicher Grundsatz aller praktischen Denkmalpflege, das Denkmal lebensfähig zu erhalten, ihm eine praktische Verwendung zu bewahren und wieder zu geben, falls sie verloren ging, oder endlich auch das allgemeine Interesse an der Erhaltung toter Denkmäler und der in ihnen beruhenden Kunst- und Erinnerungswerte durch

Ueberführung in öffentlichen oder körperschaftlichen Besitz zu stärken.

Der Wunsch und die Hoffnung der Denkmalpflege, einer Reihe von toten Denkmälern durch Ausgestaltung zu Krieger-Ehrungsstätten oder durch Erstellung von Krieger-Erinnerungszeichen in mehr oder minder festem Zusammenhang mit ihnen neues Leben einzuflößen, bedarf demnach kaum noch einer besonderen Begründung. Gerade die Rheinlande besitzen eine beträchtliche Zahl von alten Bauten und Bauteilen, die durch die intensive wirtschaftliche Entfaltung der letzten Jahrzehnte aus der Reihe der lebenden Denkmäler ausgeschaltet worden sind. Wenn durch den Provinzialkonservator eine Liste von bislang etwa 70 solcher Denkmäler aufgestellt wurde, so soll es sich dabei keineswegs um feste Vorschläge zur Gestaltung von Krieger-Ehrungsstätten handeln, sondern es soll zunächst lediglich die Prüfung angeregt werden, welche von diesen toten Denkmälern sich nach den allgemeinen und nach den lokal stets verschiedenen Voraussetzungen dazu eignen.

Der Frage nach den äußeren Gründen, die für eine Verbindung von Baudenkmal und Krieger-Ehrungsstätte sprechen, tritt die Frage nach der innerlichen Begründung einer solchen Vereinigung gegenüber; sie ist stärker, als man von vornherein vielleicht annehmen möchte. Die Krieger-Ehrung will Erinnerungswerte in künstlerischer Form schaffen, die Denkmalpflege kann ihr dafür in manchen Fällen ehrwürdige alte Denkmäler zur Verfügung stellen, die nicht allein an Erinnerungswerten und an Kunstwert reich sind, sondern auch durch eine dritte, allmählich und oft zufällig sich ergebende Denkmal-Eigenschaft, die Stimmungswerte, ausgezeichnet sind. Um das Fortbestehen deutscher Kultur geht

*) Bericht aus der Sitzung der Rheinischen Beratungsstelle für Krieger-Ehrungen in Köln vom 18. April 1917.

letzten Endes der Weltkrieg dieser Tage — aber keine Kultur ohne Ueberlieferung. Gerade der Mangel an Ueberlieferung, an tieferem Ausdruck und innerlichen Zusammenhängen ist das, was wir dem Kriegerdenkmal von nach 1870 vorwerfen und was noch während dieses Weltkrieges die Einrichtung der Krieger-Ehrungsstellen veranlaßt hat. Manches alte Bauwerk kann diese inneren Voraussetzungen, namentlich seine Bodenständigkeit, der Krieger-Ehrung bieten, und kann seine Stimmungswerte zum vorteilhaften Hintergrund der neuen Gedenkzeichen hergeben. Das neue Kriegerdenkmal wird durch seine Vereinigung von Ueberlieferung und Stimmung zweifellos viel fester für alle Zeiten in dem heimischen Boden wurzeln, als so viele der üblichen Kriegsgedenkzeichen von 1870, die leider viel zu häufig Fremdkörper im Ortsbild geblieben sind.

Freilich handelt es sich hier nicht um Universalmittel — solche gibt es weder in der Denkmalpflege noch in der Krieger-Ehrung. Die Verwendung eines alten Bauwerkes für Krieger-Ehrungszwecke wird sich, wenn ein solches überhaupt vorhanden ist, stets nur unter ganz bestimmten, eng begrenzten Voraussetzungen ermöglichen lassen. Im großen und ganzen wird es sich dabei um natürliche Grundsätze handeln, die auch sonst für die Kriegs-Gedenkzeichen gelten — aber auch um solche, die sich besonders aus dem Denkmalcharakter des alten Bauwerkes ergeben. Die wesentlichen Richtlinien dürften die folgenden sein:

1. Die allgemeine Forderung der Bodenständigkeit. Nur dem Vorhandensein eines unbenutzten Gebäudes von Denkmalart zuliebe wird man das Krieger-Ehrungszeichen nicht an eine Stelle verlegen oder im Zusammenhang mit einem Denkmal bringen können, die nicht in einer festen örtlichen, allgemein gültigen Beziehung zu dem das Gedenkzeichen errichtenden Bezirk oder der Gemeinde stehen.

2. Die allgemeine Forderung der künstlerischen Einfügung. Das Gedenkzeichen muß naturgemäß sich dem allgemeinen künstlerischen Gesetz der Einfügung in den gegebenen Rahmen, in Maßstab, Farbe, Form und Charakter unterwerfen.

3. Die besondere Forderung einer Anknüpfung und pietätvollen Beachtung des vorhandenen Denkmalwertes, insbesondere des Bestandes an Erinnerungs-, Kunst- und Stimmungswerten. Es darf nicht der Erfolg eintreten, daß die neu zu schaffenden Werte überlieferte Werte von ihrem Platz verdrängen oder gar vernichten.

Im Einzelnen läßt sich das an einigen praktischen Beispielen aus dem Bereich der Rheinprovinz am besten erläutern:

1. Swisterberg (Kreis Euskirchen). In malerischer Lage am Westabhang des Vorgebirges ein romanischer kleiner Kirchturm, der Rest eines Dorfes, das im sog. kölnischen Krieg am Ende des 16. Jahrhunderts unterging, einer der seltenen Fälle von Wüstungen im Gebiet der Rheinprovinz. Die tiefer im Tal gelegene Gemeinde Weilerswist, deren Siedlung im Wesentlichen durch den Untergang jenes Dorfes aufblühte, will auf dem Fundament des abgebrochenen kleinen romanischen Schiffes eine Krieger-Gedenkhalle errichten — ein in jeder Hinsicht glücklicher Gedanke, weil hier die engen geschichtlichen Beziehungen der Gemeinde zur Örtlichkeit vorliegen, die inneren Zusammenhänge mit den Wüstungen des Krieges vorhanden sind und die landschaftlichen Stimmungswerte dem neuen Denkmal zu gute kommen.

2. Alte außer Gebrauch gesetzte Pfarrkirchen, Chorkapellen und Einzeltürme kommen auf noch in Benutzung befindlichen Friedhöfen infolge der starken kirchlichen Ersatzbau-Tätigkeit in der Rheinprovinz sehr zahlreich vor. Sie haben meist Erinnerungs- und Kunstwert, fast regelmäßig aber auch großen Stimmungswert, und der enge Zusammenhang mit der Stätte der Abgeschiedenen legt ihre Verwendung zum Gedenkzeichen für die Gefallenen, namentlich auch für die in fremder Erde ruhenden Gefallenen von vornherein nahe. Der Charakter der Bauwerke bedingt aber naturgemäß eine mehr oder weniger religiöse Stimmung aus einem allgemeinen und natürlichen Gefühl für die Einheitlichkeit des Denkmals heraus — stärker bei den als Ueberrest der alten Kirche allein erhaltenen Choranlagen, weniger stark bei den allein stehenden gebliebenen Kirchtürmen. Vollständige Kirchen lassen sich — falls sie nicht zu groß dazu sind — recht wohl zu stimmungsvollen Gedächtnishallen herrichten, deren mehr oder minder kirchlicher Charakter von den örtlichen Umständen bedingt sein wird. U. a. ist die Herrichtung des auf dem alten Friedhof gelegenen Chores der früheren Klosterkirche Materborn bei Cleve bereits geplant.

3. Stadtbefestigungen verfügen als Zeugen alter Wehrhaftigkeit über starke innere Beziehungen zur Krieger-Ehrung. Das im Straßenzug liegende mittelalterliche Stadttor wird aber trotzdem wohl in den seltensten Fällen eine glückliche Lösung ermöglichen, weil es selten einen günstigen Angriffspunkt für den künstlerischen Zusammenhang mit dem Gedenkzeichen bietet und ebenso dem Beschauer selten

einen ungestörten Standpunkt ermöglicht — wenigstens nicht in seiner bescheidenen, in den Rheinlanden üblichen Form des schlichten Torturmes. Eher werden schon die Mauertürme die Möglichkeit zur Herrichtung einer kleinen intimen Gedenkhalle ergeben. Der Wunsch, einen halbrunden Mauerturm in Verbindung mit den Gartenanlagen mit dem davor liegenden Grabenstück so zu verwenden, liegt in Zül-pich (Kreis Euskirchen) vor, die Bedenken und Schwierigkeiten, die aber hier noch zu überwinden sein würden, können als symptomatisch für diese Fälle angesehen werden. Die Wallstraße ermöglicht keinen würdigen Zugang und keine würdige Umgebung; die streng geschlossene Außenseite gibt keine rechte Zugangsmöglichkeit, und ein stärkerer Eingriff in den Baumbestand an dieser Stelle würde den wahrhaften Charakter des Turmes wie des Gesamtbildes beeinträchtigen. Es soll daher der Versuch gemacht werden, eine Lösung der Art zu finden, daß der Zugang außen an der Stadtmauer vorbei erfolgt und daß der äußeren Rundung des Turmes ein einfaches äußeres Merkzeichen in Form eines Reliefs oder dergleichen vorgesetzt wird.

4. Die Grenzen der Verwendungsmöglichkeit von Burgruinen lassen sich vielleicht am einfachsten durch Gegenüberstellung einiger Beispiele erläutern. Die Frage der Bodenständigkeit eines Krieger-Gedenkzeichens würde z. B. für die beiden einander nahe gelegenen, im Besitz des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz befindlichen Ruinen Stahleck und Stahlberg ganz verschieden zu beantworten sein: Stahleck, die über Bacharach gelegene Burg der Pfalzgrafen und Vögte von Bacharach, ist geschichtlich auf das engste mit dem Städtchen verknüpft und ihr Untergang bei der Zerstörung der Pfalz im Jahre 1689 traf auch die Stadt auf das Stärkste; sie ist gewissermaßen die Stadtburg und steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ort. Die Frage nach der Bodenständigkeit eines Bacharacher Denkmals auf Stahleck wäre also an sich unbedingt zu bejahen — ob auch die Möglichkeit einer künstlerischen Einfügung besteht, sei hier dahingestellt.

Der Ruine Stahlberg über dem Dorf Steeg — oberhalb Bacharach — fehlen dagegen diese tiefgreifenden inneren Beziehungen zu diesem Ort. Die Burg, eine Straßensperre gegen den Hunsrück hin, ist so früh zwecklos geworden, daß sie wahrscheinlich schon bald nach der Mitte des 16. Jahrhunderts in aller Stille aufgegeben wurde. Ihr fehlt eine Geschichte mit scharfen Akzenten, wir wissen so gut wie nichts von ihr. Wenn die Steeger ein Kriegerdenkmal setzen wollen, dann haben sie bei der mächtig an der Straßengabelung aufragenden, altherwürdigen Kirche sicherlich einen Fleck, der eine gute künstlerische Anpassung gestattet, und sie werden ihr Denkmal nicht an einen Platz setzen, der ihnen nichts oder nur sehr wenig sagt. Der Ruine Stahlberg andererseits möchte man es wünschen, daß niemand auf den Gedanken verfällt; es ist ein stilles versonnenes Plätzchen rheinischer Ruinenromantik mit einem weiten Ausblick über die Berge, wie man es im Rheintal selbst heute leider vergebens suchen wird. Gerade im Rheinland sollte man ein solches stimmungsvolles Fleckchen Erde, an dem sich wirklich noch einmal ruhen läßt, wie ein Kleinod hüten und vor allem bewahren, was diese Stimmung beeinträchtigen könnte.

Der bekannte Drachenfels im Siebengebirge und die Fustenburg über dem Hunsrück-Städtchen Stromberg besitzen bereits Erinnerungs-Denkmal. Auf dem rheinseitigen Felsvorsprung des Drachenfels, unterhalb und daher ohne Wettbewerb mit der stolzen Ruine, steht das dem Siebengebirgs-Landsturm von 1814/15 geweihte Denkmal — an der Stelle mit dem wundervollen Blick auf den Rheinstrom und darüber hinaus weit gegen Westen. Dahin gehört ein den Verteidigern des Heimatbodens gegen den westlichen Feind gewidmetes Erinnerungs-Zeichen. Steigt man den Stromberg durch den Wald zur Fustenburg hinauf, so sieht man schon durch die Hochstämme vor der Ruine die Rückseite eines mit Zement verputzten Mauerstückes — und einige Minuten später dicht gegenüber dem Haupttor der Burg dann die Vorderseite dieser Mauer und Ruhebänke aus Zement mit dem Bronzerelief des früheren rheinischen Oberpräsidenten von Nasse. Ob er überhaupt eine engere Beziehung zur Fustenburg hatte, wie etwa zum Siebengebirge, wo ein aus einer alten Schutthalde geschickt hergerichteter Aussichtspunkt mit einem Denkstein die Erinnerung an seine Verdienste um den Schutz des Siebengebirges wach hält, weiß ich nicht; sicherlich aber setzt sich dieses Denkmal auf der Fustenburg in seiner falschen Monumentalität und in seiner Fremdartigkeit dicht vor dem Eingang zur Burg in einen scharfen Gegensatz zur Ruine selbst und nimmt dem empfindenden Besucher von Anfang an ein wenig die Stimmung. Dabei hätte es an geeigneten Stellen in der ausgedehnten Burg nicht gefehlt — ein kleineres, bescheideneres, dafür aber in Material und Form wahrhaftigeres Denkmal

hätte sich selbst in den kleinen Binnenhof der Hochburg geschickt einfügen können und auch wohl dem Wesen jenes Mannes besser entsprochen — und vollends gäbe der weite Rasenplatz der Vorburg mit ihren niedrigen Brüstungsmauern, mit dem weiten Fernblick den Raum für ein Gedenkzeichen her, ohne daß man eine Schädigung des Eindruckes der Ruine zu fürchten brauchte. Wenn hier etwa die Stadt Stromberg, die von alters her ihre vaterländischen Feste auf diesem weiten Platz feiert, ein Gedenkzeichen für unsere Krieger — in Form eines mächtigen Obelisken oder

dergl. — errichten wollte, würden die in der Fustenburg beruhenden Denkmalswerte wohl in keiner Weise zu Schaden kommen.

Diese Beispiele genügen, um die aufgestellten und in der Theorie knapp begründeten Forderungen bei der Verwendung von alten Bauten als Krieger-Ehrungsstätten — Bodenständigkeit, künstlerische Einfügung, Erhaltung des Denkmalswertes, insbesondere der Erinnerungs-, Kunst- und Stimmungs- — auch an der Hand der Praxis zu erläutern. —

Prof. Dr. R e n a r d, Provinzial-Konservator.

Der öffentliche Baudienst in Bayern.



Am 29. April d. J. erschien in Bayern eine kgl. Verordnung, die Formation der Staatsministerien betreffend, durch die der sogen. innere Staatsbaudienst eine wesentliche Aenderung erfahren hat. Es dürfte allgemeines Interesse bieten, auf die Bedeutung dieser Verordnung für den öffentlichen Baudienst in Bayern näher einzugehen

bauverwaltung" bezeichnet wird, beruht auf einer kgl. Verordnung vom Jahre 1872.

Für die oberste Leitung des Staatsbauwesens und für die Aufsicht über das Staatsbau-Personal wurde dem Ministerium des Inneren die „Oberste Baubehörde“ als eine besondere Abteilung einverleibt. Die Leitung und Beaufsichtigung in den Kreisen (Regierungsbezirken) wurde den



Abbildung 3. Entwurf mit dem Kennwort „Totenkult“. Verfasser: Brt. W. Wagner in Berlin. (Ein III. Preis.)

Preisbewerbung für den Entwurf einer Friedhofs-Anlage mit Krematorium zu Magdeburg.

und also auch zunächst seine Einrichtung im Allgemeinen zu erläutern. Dieser Baudienst unterstand nach der „Denkschrift über die leistungsfähigere Ausgestaltung des inneren Staatsbaudienstes“, die im Oktober 1913 von seiten des Ministeriums des Inneren dem Landtag vorgelegt wurde, seither diesem Ministerium. Ausgenommen waren nur Gegenstände, die das Bauwesen der Landesverteidigung, des staatlichen Betriebes der Eisenbahn, des Ludwig-Donau-Main-Kanales und des Frankentaler Kanales sowie der Verwaltung der Berg-, Hütten- und Salzwerke betrafen. Der öffentliche Baudienst zerfällt der Hauptsache nach in zwei Teile: das Bauwesen des Staates und das Bauwesen der Distriktsgemeinden (Vereinigung von mehreren Gemeinden), der einzelnen Gemeinden und der Stiftungen.

Das Staatsbauwesen, das nach seiner Einrichtung und Leitung als „innerer Staatsbaudienst“ und „innere Staats-

Regierungen, Kammern des Inneren, und in den Bezirken Bauämtern übertragen. Auf jeder der drei Stufen wurden im Jahre 1872, im Gegensatz zu der vorausgegangenen Organisation, die Geschäfte nach den beiden Fächern — einerseits Landbau, andererseits Straßen- und Wasserbau — getrennt. Eine organische Einrichtung, die die gemeinsamen Bedürfnisse und Aufgaben beider Fächer zusammengefaßt hätte, war nur in der Person des für beide Fächer gemeinsamen Vorstandes der Obersten Baubehörde gegeben. Für den so gegliederten Staatsbaudienst sah die Organisationsverordnung von 1872 neben der staatlichen Hauptaufgabe noch eine gewisse Anteilnahme an dem übrigen öffentlichen und an dem privaten Bauwesen vor. Diese war jedoch in allen drei Stufen auf die Abgabe von Gutachten beschränkt.

Wie sehr die Aufgaben der Staatsbauverwaltung seit

der Organisation von 1872 zugenommen haben, läßt sich aus der bauenden Tätigkeit dieser Verwaltung nach den Angaben der Denkschrift über die in den zweijährigen Finanzperioden von 1872/73 bis 1910/11 ausgegebenen Geldbeträgen erkennen. Diese betragen für Unterhaltung und Neubauten an Staatsgebäuden des Landbauamtes in der Finanzperiode 1872/73 rund 5 Mill. M. und in der Finanzperiode 1910/11 rund 18,5 Mill. M., und für die Straßen-, Brücken- und Wasserbauten 9 und 32 Mill. M. Die ausgegebenen

leren Beamten mit entsprechender Vorbildung, für die allerdings auch höhere Gehälter und Reisekosten hätten vorgesehen werden müssen, als sie zur Zeit solchen Beamten gewährt werden.

Seit der Organisationsverordnung von 1872 hat die Staatsbauverwaltung eine wesentliche Erweiterung ihres Arbeitsgebietes erfahren, und zwar zum größten Teil über staatliche Bauaufgaben hinaus und für Geschäfte, die vorher schon außerhalb dieser Verwaltung betrieben wurden.



Abbildung 7. Entwurf mit dem Kennwort „Vita somnium breve“. Verf.: Prof. Paul Meißner in Darmstadt. (Angekauft.)



Abbildung 4. Entwurf mit dem Kennwort „Totenkult“. Verf.: Brt. W. Wagner in Berlin. (Ein III. Preis.)
Preisbewerbung für den Entwurf einer Friedhofs-Anlage mit Krematorium zu Magdeburg.

Geldbeträge sind sonach bei den beiden Fächern innerhalb 40 Jahren nahezu um das Vierfache gestiegen. Der zunehmenden Geschäftslast im Hochbau und Tiefbau, die sich selbstverständlich auf die Verwaltungsgeschäfte erstreckt, wurde nur durch eine mäßige Vermehrung der höheren Beamten und der Bauämter entsprochen. Ganz ungenügend, namentlich beim Tiefbau, war die Vermehrung der mitt-

für die es jedoch offenkundig war, daß sich nur durch eine staatliche Organisation ein entsprechender Erfolg erreichen lasse. Die erste derartige Neuschöpfung, das i. J. 1878 errichtete, dem Staatsministerium des Inneren als Zentralstelle untergeordnete Wasserversorgungsbureau, verblieb allerdings mit der Staatsbauverwaltung noch ohne eine andere Verbindung, als daß es sein höheres techni-

sches Personal zum Teil daraus entnimmt. Als Hauptaufgabe wurde ihm die Unterstützung der Gemeinden bei der Vorbereitung und Ausführung und beim Betrieb von Wasserversorgungsanlagen zugewiesen. I. J. 1898 wurde eine auf dem Gebiete der Gewässerkunde und Wasserwirtschaft wissenschaftlich arbeitende Zentralstelle, das Hydrotechnische Bureau, gegründet und der Obersten Baubehörde als besondere Abteilung zugewiesen. I. J. 1902 erfolgte die Errichtung von zwei Sektionen für Wildbachverbauungen, denen die gleiche Stellung wie den Straßen- und Flußbauämtern gegeben wurde. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich wohl über ganz Bayern, jedoch beschränkt sich ihre Tätigkeit naturgemäß fast ausschließlich auf das Gebiet der Alpen und ihrer Vorländer mit zahlreichen, stark geschiebeführenden Wildbächen. Dabei handelt es sich um Bauarbeiten an Privatgewässern. Da jedoch die Kosten der Verbauungen seit jeher zum weitaus größten Teil durch Staat und Kreisgemeinde gedeckt wurden, so wurden die Verbauungen vor der Errichtung der Sektionen durch die Straßen- und Flußbauämter ausgeführt. An erster Stelle ist es dem tatkräftigen und erfolgreichen Vorgehen des früheren Vorstandes des Straßen- und Flußbauamtes Kempten, des leider zu früh verstorbenen Ministerialrates Stengler zu danken, daß der Kampf gegen die Verheerungen der gefährlichen Wildbäche im bayerischen Alpengebiet in planmäßiger Weise aufgenommen wurde.

Im Jahr 1908 wurde dann eine besondere Abteilung für Wasserkraft-Ausnützung bei der Obersten Baubehörde errichtet mit der Aufgabe, die an öffentlichen und an Privatflüssen vorhandenen Wasserkräfte festzustellen. Entwürfe für die vom Staat zur Einrichtung in Aussicht genommenen Wasserkraftwerke in technischer und wirtschaftlicher Beziehung zu bearbeiten, Gutachten über die Ausnützung von Wasserkraften durch Private abzugeben und Ausnützungsanlagen durch Genossenschaften oder Gemeinden anzuregen. An diese Tätigkeit schloß sich vom Jahre 1909 ab die planmäßige Versorgung des ganzen Landes mit elektrischem Strom an. — Zur besseren Zentralisierung des vorher mehr oder weniger den Kreisgemeinden und dem landwirtschaftlichen Verein überlassenen Kulturbauwesens wurde i. J. 1902 dem Ministerium des Inneren ein Landeskulturingenieur zugeteilt. Dieser Maßnahme folgte i. J. 1909 die Verstaatlichung des kulturtechnischen Dienstes zur möglichst ausgiebigen Förderung der landwirtschaftlichen Bodenkultur. Schließlich sei noch erwähnt, daß in den letzten Jahren wiederholt zur Durchführung größerer Unternehmungen auch besondere Ämter vorübergehend eingerichtet wurden. Von diesen bestehen noch zur Zeit das Neubauamt für die Mainkanalisierung in Aschaffenburg und das Neubauamt für die Pegnitz-Regulierung in Nürnberg.

Neben den vorausgenannten zumeist bedeutsamen Erweiterungen des ursprünglichen Arbeitsgebietes der Staatsbauverwaltung verblieben jedoch Einrichtungen bestehen, die doch nur den vor 40 und 50 Jahren herrschenden, technisch und wirtschaftlich einfachen Verhältnissen entsprechen konnten. So sind die Gegenstände des Straßen-, Brücken- und Wasserbaues mit Ausnahme der des Kulturbauwesens zusammengefaßt und nur in zwei Referate abgeteilt, und zwar je ein Referat für die vier südbayerischen und die vier nordbayerischen Kreise. Also an leitender Stelle besteht keine Trennung der zu behandelnden Gegenstände nach Fachgebieten, sondern nach Verwaltungsbezirken, ein Zuvielerlei auf Kosten der Gründlichkeit.

Besitzt nun der Staatsbaudienst durch die Oberste Baubehörde eine Zusammenfassung und Leitung, so untersteht dagegen der übrige Teil des öffentlichen Baudienstes einschl. der Baupolizei der Leitung und Verantwortung der Bezirksämter, insoweit nicht die Gebiete der unmittelbar den Regierungen unterstellten Städte in Betracht kommen. Der Einfluß, den die höheren Verwaltungsstellen auf die technischen Geschäfte bei den Bezirksämtern nehmen oder

nehmen können, ist im Allgemeinen ohne Bedeutung. Diese Stellen treten meist nur bei einer Berufung oder Beschwerde in Tätigkeit.

Zur Ausführung der Geschäfte, die Hochbau-, Straßen-, Brücken- und Wasserbau umfassen, und sodann als Berater ist jedem der 163 Bezirksämter ein Techniker beigegeben, erwählt und bezahlt von den Distriktsgemeinden. Diese Techniker sind durch die Art ihrer Anstellung distriktive Beamte, Distriktstechniker, und durch ihre Tätigkeit als beratende Techniker der Bezirksämter zugleich staatliche Beamte, Amtstechniker. Da sie i. d. R. auch darauf angewiesen sind, sich durch Uebernahme von Privatgeschäften ein ausreichendes Einkommen zu verschaffen, so üben sie eine vielseitige Tätigkeit aus und stehen dadurch mit allen Schichten der Bevölkerung in regem Verkehr, der für beide Teile anregend und fruchtbringend wirkt und den die Beamten der Staatsbauverwaltung leider in dem Maße nicht zu pflegen haben. Der große Nachteil ist jedoch der, daß 163 Bauverwaltungen ohne Zusammenhang neben einander bestehen und daß sonach ein großer und wichtiger Teil der öffentlichen technischen Geschäfte im Kleinbetrieb erledigt wird. Wie umfangreich beispielsweise das Straßenbauwesen der Distrikte und Gemeinden gegenüber dem des Staates ist, geht aus einer Angabe in der Begründung zu dem dem Landtag i. J. 1906 vorgelegten Entwurf eines neuen Straßengesetzes hervor. Damals betragen die Längen der Staatsstraßen, der Distriktsstraßen und der Gemeindewege: 6550, 17 815 und 57 074 km und der jährliche Kostenbedarf für diese Straßen: 3,7, 8,3 und 6,1 Mill. Mark. Der gesamte jährliche Kostenaufwand für Bauten der Distrikte, Gemeinden und öffentlichen Stiftungen, bei deren Ausführung die Distriktstechniker durch Ausarbeitung der Bauentwürfe oder durch Bauleitung oder durch beides zusammen beteiligt sind, kann schätzungsweise zu 30 bis 40 Mill. M. angenommen werden.

Die Zeit aber, in der die Aufgaben des öffentlichen Baudienstes allenfalls noch ohne zu großen Schaden im Kleinbetrieb durchgeführt werden konnten, ist längst vorbei. Es wurde daher häufig schon vorgeschlagen, den bei den Bezirksämtern bestehenden Baudienst dem Staatsbaudienst anzugliedern in der Ueberzeugung, daß mit den jeweils auf Anruf von den staatlichen Beamten abgegebenen Gutachten keine Abhilfe zu erreichen und es ausgeschlossen ist, bei den vielen, kleinen Bezirksämtern einen den heutigen Anforderungen entsprechenden Dienst einzurichten. Eine Besserung nach dieser Richtung hin hemmt jedoch einerseits der starr vertretene, im öffentlichen Leben aber unhaltbare Grundsatz: „Wer zahlt, schafft an“, andererseits die irrümliche Anschauung, daß die Bezirksämter an Einfluß und Ansehen verlören, wenn sie von den Baugeschäften entlastet werden würden. Diese Widerstände bestätigen jedoch nur die Tatsache, daß der fördernde und vorwärts treibende Einfluß eines guten, zeitgemäß eingerichteten öffentlichen Baudienstes auf das wirtschaftliche Gedeihen eines Landes immer noch nicht genügend gewürdigt wird. Ja die Verkenning der Bedeutung und Eigenart der Technik sowie die Verkenning des innigen Zusammenhanges zwischen Wirtschaftlichkeit und Technik gehen noch so weit — und daran hat auch der Krieg nichts zu ändern vermocht —, daß man glaubt, Abhilfe dadurch schaffen zu können, daß der öffentliche Baudienst mehr noch als seither unter den Einfluß und die Leitung juristisch vorgebildeter Beamten gestellt wird. Jedenfalls aber beweist das Festhalten der umfangreichen technischen Geschäfte bei den Bezirksämtern, daß deren übergroße Anzahl wesentlich verringert werden könnte, wenn ihnen die technischen Geschäfte, die ihnen ja doch wie ein Bleigewicht anhängen, abgenommen werden würden — ein Umstand, der bei der geplanten Vereinfachung der Staatsverwaltung wohl zu würdigen sein dürfte. — (Schluß folgt.)

Tote.

Hofrat Prof. Jos. Schulz †. Im 77. Lebensjahr ist in Prag der ehemalige Professor der Architektur an der deutschen Technischen Hochschule der böhmischen Landes-Hauptstadt, Hofrat Joseph Schulz, gestorben, dem Prag eine Reihe seiner größten neueren Monumentalbauten verdankt. Schulz war ein Schüler und Mitarbeiter von Jos. Zitek; gemeinsam mit diesem führte er 1884 das Künstlerhaus Rudolphinum am Rudolfs-Quai aus. Als im Jahre 1881 das von Zitek im Renaissance-Stil erbaute tschechische National-Theater an der Franzens-Brücke abbrannte, erhielt Jos. Schulz den Auftrag, es umzubauen und zu erweitern. Sein bedeutendstes Werk jedoch wurde das Böh-

mische Museum am oberen Wenzels-Platz, das in den Jahren 1889—1893 entstand. Wie Zitek seine Werke im Stil der italienischen Renaissance schuf, die in Prag schon in früheren Zeiten eine Heimstätte gefunden hatte, so blieb auch Schulz der Stilauffassung seines Meisters treu. —

Vermischtes.

Kanalverbindung von der geplanten Nordlinie des Mittelland-Kanales nach den Braunkohlen- und Kaliegebieten von Staßfurt-Leopoldshall und Bernburg a. S. In No. 44 und 50 Jahrg. 1916 haben wir die Pläne für den Ausbau des fehlenden Schlußstückes des Mittelland-Kanales veröffentlicht, wie sie von Havestadt & Contag i. A. des „Ausschus-

ses zur Förderung des Rhein—Weser—Elbe-Kanales, Magdeburg“ aufgestellt worden sind. Es handelte sich dabei um 2 verschiedene Linienführungen von Misburg (Hannover) zur Elbe, eine nördliche durch den Drömling über Lehrte, Oebisfelde, Neuhausleben und eine mehr südliche, durch das Große Bruch geführt über Sehnde, Peine, Braunschweig, Oschersleben. Die erstere entspricht im wesentlichen der bereits 1899 von der Regierung bearbeiteten Linienführung, sie ist kürzer, erfordert geringere Baukosten, weniger verlorenes Gefälle, macht aber eine Reihe von Stichkanälen nach wichtigeren Orten nötig, die Südlinie berührt diese unmittelbar, durchzieht überhaupt ein industriell höher entwickeltes Gelände, bietet bezüglich der Wasserversorgung und Unterhaltungskosten gewisse Vorteile und außerdem wurde es ihr zum besonderen Vorzug angerechnet, daß sich von ihr leicht von Oschersleben im Tal der Bode ein Kanal über Staßfurt nach Bernburg a. S. zum Anschluß dieses industriell hochwertigen Gebietes führen lasse, das auch das obere Saale-Gebiet und damit nach Schaffung des seit langem erwogenen Elster—Saale-Kanales auch Leipzig an den Mittelland-Kanal anschließen würde. Es haben sich dann zwei Interessen-Gruppen gebildet, von denen die eine für die Nordlinie, die andere für die Südlinie eintritt. Der ersteren gibt bekanntlich auch Hr. Prof. Franzius—Hannover, vom Standpunkt des Durchgangsverkehrs und der allem. Volkswirtschaft entschieden den Vorzug. Wir sind auf seine kritischen Untersuchungen dieser Frage Jahrg. 1916 S. 258 ebenfalls kurz eingegangen. Es liegt jetzt eine neue Studie desselben Ingenieurs vor, die uns vom „Aus-schluß zur Förderung der Nordlinie des Hannover—Elbe-Kanales“ zugegangen ist und die Frage des Anschlusses von Bernburg, des Saale-Gebietes und weiter von Leipzig an die Nordlinie behandelt.

Wird für letztere die Havestadt-Contag'sche Führung zugrunde gelegt, so soll der Kanal aus der Haltung des Mittelland-Kanales auf + 48,6 m NN. westlich Wolmirstedt abzweigen und in südlicher Richtung geführt, westlich an Magdeburg vorbei und Staßfurt nördlich umgehend kurz oberhalb Bernburg an der Saale endigen. Die Gesamtlänge beträgt 58,5 km. Die Scheitelhaltung würde auf + 80,0 m NN. liegen und bei km 12,1 westlich Magdeburg beginnen, der Aufstieg zu ihr vom Mittelland-Kanal durch Schleusentreppe (oder Schachtschleusen oder Hebewerke) bewirkt werden. Unter Einschaltung einer zweiten Haltung auf + 72,5 m NN. erfolgt dann der Abstieg zum mittleren Stauspiegel der Saale, der auf + 59,86 m NN. liegt mit Schachtschleuse oder Hebewerk. Die Kosten berechnen sich bei Annahme eines dem Mittelland-Kanal entsprechenden Querschnittes und einem schiffbarer Schleusen nach den vor dem Frieden geltenden Preisen mit 34 Mill. M. (Franzius schätzt die wahrscheinlichen Baukosten nach dem Krieg um 50 % höher ein.) Für die Fortführung des Kanales nach Leipzig ist die Abzweigung aus der Haltung + 72,5 m NN. mit Kanalbrücke über die Saale möglich, erfordert aber, da am hohen, rechten Saale-Ufer bald ein Anstieg auf + 100 m NN. nötig wird, verlorenes Gefälle. Es ist deshalb noch eine zweite Linie untersucht, die von km 32, d. h. von Bisdorf ab, mehr östlich und geradliniger in einer einzigen auf + 80 m NN. liegenden Haltung bis an die Saale heran geführt wird. An- und Abstieg sind hier mit Hebewerken gedacht. Die Länge beträgt 56,9 km, die Kosten sind auf 36 Mill. M. geschätzt. Die Linienführung ist günstiger für die Fortsetzung des Kanales nach Leipzig, hält sich aber entfernter von Staßfurt und den Bergwerken bei Westeregeln, zu denen in beiden Fällen ein Zweig-Kanal geplant ist, der bei dem ersten Entwurf 4,6, dem zweiten 5,7 Mill. M. kosten würde. Bei beiden Entwürfen erfolgt die Wasserspeisung in den wasserreichen Monaten aus der (durch Sperren zu stauenden) Bode unmittelbar, in den wasserarmen mittels Pumpwerken aus der Saale. Ausschlaggebend für die Wahl der Linienführung ist die Frage, ob man nur die obere Saale an den Mittelland-Kanal anschließen, oder mit dem Kanal gleich bis Leipzig weiter gehen will.

Die Abzweigung des Bernburger Kanales vom Mittelland-Kanal läßt sich aber nach Franzius wesentlich verbessern, wenn man die Nordlinie des letzteren etwas südlicher, mehr an Magdeburg und die Scheitelhaltung auf + 56,6 m NN. bis ziemlich an die Elbe heranführt. Hier wäre einerseits ein Abstieg zur Elbe herzustellen, andererseits eine Kreuzung des Stromes durch Kanalbrücke, um Elbeverkehr und Mittelland-Kanal-Durchgangsverkehr völlig zu trennen. Der Bernburger-Kanal könnte dann auch als Zubringer des Bode-Wassers ausgebaut werden. Ohne den Zweigkanal nach Westeregeln würde unter diesen Verhältnissen der Anschluß des Bernburger-Kanales an den Mittelland-Kanal rd. 30 Mill. Mark kosten, der nach Plänen der Interessenten der Südlinie angenommene Anschluß an diese dagegen nur rd. 20 Mill. M.

Die Nordlinie des Mittelland-Kanales bietet hiernach also ebenfalls die Möglichkeit, die Braunkohlen- und Kali-Ge-

biete von Staßfurt, Leopoldshall, Egeln in besonders vorteilhafter Weise an den Mittelland-Kanal anzuschließen. —

Glocken und öffentliche Bildwerke. Aus Anlaß des von der Heeresverwaltung geforderten Einschmelzens von Glocken hat sich zwischen einer Anzahl angesehener süddeutscher Künstlergesellschaften, an ihrer Spitze die Akademien der bildenden Künste in Stuttgart und Karlsruhe, und dem Ortsverein Stuttgart der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft ein Meinungsaustrausch entsponnen, der nicht ohne Interesse ist für die künstlerische Hervorbringung unserer Tage. Die ersteren forderten, es mögen vor den Glocken die künstlerisch wertlosen modernen Bronzewerke für militärische Zwecke eingeschmolzen werden. Sie weisen auf den unersetzlichen Verlust hin, den Städte und Dörfer durch Einschmelzen ihres historischen Geläutes erleiden und betonen den Gefühlswert wie die Kenntnis des künstlerischen Schaffens früherer Zeiten, die aus einem schönen Geläute hervor gehen. Die Ausnahmen, welche die Verordnung der Heeresverwaltung zulasse, vermögen nicht, alle künstlerischen und kulturgeschichtlichen Forderungen zu sichern. Als Ersatz mögen nach dem Vorschlag der Künstler-Gesellschaften moderne Bildwerke eingeschmolzen werden. Diese Bildwerke seien ohne geschichtlichen und meist auch ohne künstlerischen Wert. Entscheidend aber sei, daß das Interesse für diese Werke nicht an die jetzige Ausführung gebunden sei und daß eine spätere Nachbildung oder Wiederholung sowohl den Inhalt wie den künstlerischen Zweck der Bildwerke in gleicher Weise zu befriedigen vermögen, als das jetzige Original. Hierzu käme nach dem Krieg sogar die Möglichkeit, den Werken eine bessere Gestalt zu geben. Aber auch wenn man hierauf verzichten wolle, bedürfe es nur einer jetzigen Abformung, um das Werk später in genau derselben Gestalt wieder erstehen zu lassen. Gewiß handle es sich dabei häufig auch um Pflichten der Pietät und Dankbarkeit; doch sei es zu begründen, wenn man zur Rettung aus einem durch den Krieg hervorgerufenen Notstand vorübergehend auf gewisse Aeuerlichkeiten der Pietät verzichte. Wenn man die Wahl habe zwischen zwei Mitteln, die beide zum Ziel führen und in denen das eine den dauernden, das andere aber nur den vorübergehenden Verlust ideeller Güter bedeute, so könne die Wahl nicht schwer fallen.

Diesem Standpunkt nun tritt die „Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft“ entgegen. Sie gibt zu, alles dürfe untergehen, aber Deutschland, unserer Väter und Kinder Land, müsse bestehen. Gegen die Einschmelzung von modernen Bildwerken aber sprächen zunächst technische Gründe. Die Wiederherstellung der Bronzestatuen sei ein viel schwierigeres und kostspieligeres Werk, als die Wiederherstellung von Glocken. Viele Geläute seien disharmonisch und könnten durch jetzige Einschmelzung später zu harmonischen werden. Der vorgeschlagene Ersatz von Bronzestatuen durch Eisen wäre nur für Denkmäler kleineren Umfanges möglich. Auch werde man sich nach diesem Krieg nur ungern mit dem Ersatz von Denkmälern für Männer der Vergangenheit befassen, es werde sich vielmehr darum handeln, würdige Erinnerungen an die große Zeit, die wir durchlebt haben, und an die großen Männer, die uns zum Sieg geführt haben, zu schaffen. Es bedeute eine Entwürdigung des eigenen Standes, wenn vorgeschlagen werden sollte, statt der mit wenigen Ausnahmen rein handwerklichen Gebilde der Glocken, Statuen und Denkmäler einzuschmelzen. Zudem aber lasse sich bei den über moderne Kunst sehr auseinander gehenden Meinungen schwer feststellen, welche Denkmäler wegen ihres Kunstwertes zu schonen seien. Sollte jedoch später die Heeresverwaltung auch dieses Opfer fordern, so will es die Kunstgenossenschaft ohne Zögern bringen, verlangt aber dann, daß vor Deutschlands Kunstschatzen zuerst die Denkmäler der besetzten Gebiete eingeschmolzen werden.

So weit die Vorschläge von beiden Seiten. Nach unserer Ueberzeugung könnte es das Bild der künstlerischen Hervorbringung Deutschlands nur bessern, wenn — das kann mit weiten Grenzen geschehen — eine eingehende Durchsicht des ganzen Bestandes an Metallbildwerken zum Einschmelzen stattfindet. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für die baukünstlerische Ausgestaltung einer Schule auf der Schmelz in Wien wird von der Stadt Wien für die Wiener Architekten zum 15. Sept. 1917 erlassen. Es gelangen 5 gleiche Preise von je 2000 Kronen zur Verteilung. Es handelt sich um eine Doppel-Volksschule für Knaben und Mädchen auf einem Gelände von 3800 qm an der Pilgrim-, Kanne-, Löschenkohl- und verlängerten Wurmser-Gasse. —

Im Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für den Bau einer Kunstgewerbeschule in Bremen ist die Frist zur Einsendung der Arbeiten bis zum 15. Oktober 1917 verlängert worden. —

In einem Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Denkmal für den Helden-Friedhof in Czernowitz, vom dortigen Magistrat erlassen, blieb der Entwurf des Baurates Karl Seidel in Wien siegreich. —

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Friedhof der Stadt Celle erhielt der gemeinsame Entwurf „Auferstehung“ der Arch. Jos. Wentzler und Gartenkünstler Theo Nußbaum in Cöln den I. Preis. —

Chronik.

Eine Hanfröst-Anstalt in Bayern. Als erste in Bayern wird bei Moosburg nördlich von München, auf dem 65 Tagwerk großen Gelände der ehemaligen Wehrts-Mühle, durch die Hanfbau-Gesellschaft Landsberg an der Warthe nach den Plänen des Architekten Oswald Schiller in München eine Hanfröst-Anstalt erbaut. Die Gebäude bestehen aus dem eigentlichen Fabrikgebäude mit Röst-

gebäude für Warmwasser-Röstung und Kesselhaus, etwa 30:80 m in der Grundfläche, in 6 Lagerhallen von 50:50 m Grundfläche, sowie in Gebäuden für die Verwaltung, für den Pfortner, für die Nachbereitung, für Wohnungen der Arbeiter und für Wohlfahrts-Einrichtungen. Die Anlage erhält Anschluß an den Bahnhof Moosburg und soll zu Beginn des Jahres 1919 dem Betrieb übergeben werden. —

Ein neues Bürgerhaus in Langenberg a. Rh. ist kürzlich seiner Bestimmung übergeben worden. Der mit einem Kostenaufwand von über 0,5 Mill. M. ausgeführte Bau ist ein Geschenk des Geh. Kommerz.-Rates Adalbert Colsmann an seine Vaterstadt und ein Werk des Elberfelder Architekten Arno Fritzsche. Der Bau enthält einen Sitzungssaal für die Stadtverordneten, einen großen Konzert- und Festsaal mit Orgel aus der Werkstatt von Paul Faust in Barmen, kleinere Säle für Vorträge, Musikabende und kleinere Festlichkeiten, ferner eine Turnhalle mit Brausebädern, Klub- und Konferenzzimmer und einen Bürgerkeller. —



Die Verleihung des
im Völker-



Eisernen Kreuzes
Krieg 1914-17

ist, soweit wir Kenntnis davon erhielten, für hervorragende Taten an folgende Angehörige unseres Faches erfolgt:

I. Klasse. (Fortsetzung).

Fritz Baltrusch, Dipl.-Ing. bei Wayss & Freytag A.-G. in Danzig.
Hans Baumann, Reg.-Bauführer von Geestemünde.
Baumann, Bauinspektor in Stuttgart.
Wilhelm Baumgärtel, Reg.-Bauführer von Potsdam.
Bayer, Baumeister.
Braun, Bautechniker bei der Gen.-Dir. der württembergischen Staatseisenbahnen.
Alfred Daiber, Reg.-Bmstr. beim Hochbauamt der Stadt Neukölln.
Ernst Emrich, Eisenbahn-Assessor in Regensburg.
Alfred Franzen, Stud. der techn. Hochschule in Darmstadt.
Hans Focke, Reg.-Bauführer von München.
Georg Franzius, Reg.-Baumeister in Burg i. Dithmarschen.
Franz Alfred Funke, Reg.-Bauführer beim Bauamt in Zwickau.
Max Hasche, Dipl.-Ingenieur von Buenos Aires.
Heinrich Heiser, Reg.-Baumeister in Aurich.
Heinrich Heyden, Ingenieur von Wandsbek.
Walter Hinrichs, Dr.-Ing., Reg.-Bmstr. von Siegen i. W.
Erich Kämmer, Reg.-Baumeister aus Ellerwald.
A. Kleemann, Architekt von Koburg.
Ewald Koch, Reg.-Baumeister in Berlin-Friedenau.
Herm. Kuckuck, Stadtbmstr., Bauamts-Vorst. in Charlottenburg.
Max Lamertz, Reg.-Baumeister in Aachen.
Hans Lange, Reg.-Baumeister a. D. in Tempelhof.
Heinz Leblanc, Dipl.-Ingenieur aus Aachen.
Martin Mauersberg, Kreisbaumeister in Templin.
Max Mayerhofer, Reg.-Baumeister in München.
Hans Merkle, Stud. der Techn. Hochschule in Karlsruhe i. B.
Erich Peter, Eisenbahn-Assessor in München.
Paul Ploetz, Architekt aus Halle a. d. Saale.
Edwin Reith, Architekt in Groß Flottbek.
Paul Richers, Dipl.-Ingenieur von Hamburg.
Fritz Riedel, Reg.-Baumeister in Stuttgart.
Max Schindowski, Reg.-Baumeister in Münster i. W.
Friedrich Schlemmer, Reg.-Baumeister in Hirschberg i. Schl.

A. B. M. Schnabel, Fin.- und Baurat in Bautzen.
Hans Schnapf, Reg.-Baumeister in Berlin.
Karl Schöber, Dipl.-Ing., Reg.-Bfhr. in Hamburg.
Karl Schütger, Oberingenieur von Cassel.
Schwager, Reg.-Bmstr. beim Masch.-techn. Büro in Dresden.
Horst von Schwarze, Dipl.-Ing. der Georgs Marien-Hütte.
Seemann, Reg.-Baumeister in Köln a. Rh.
Jobst Siedler, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister in Berlin.
Erwin Spalding, Reg.-Bauführer in Danzig.
J. Spangemacher, Oberingenieur in Hamburg.
Hugo Stein, Dipl.-Ingenieur in Köln a. Rhein.
Teichmann, Arch., Lehrer a. d. Gewerbezeichenschule in Chemnitz.
Friedrich Thum, Dr.-Ing., Reg.-Bauführer von Danzig.
Rudolf Vogel, Dipl.-Ingenieur von Paderborn.
Oskar Vogt, Ingenieur von Weinheim.
Hugo Zollweg, Reg.-Baumeister in Siegburg.

Fortsetzung der Liste der Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse

Kurt Abel, Reg.-Baumeister in Marburg.
Friedrich Achenbach, Reg.-Baumeister in Dingelstädt.
Burkhard Amend, Bauamtsassessor in Aschaffenburg.
Ernst Appelt, Reg.-Baumeister in Gleiwitz.
Julius August, Reg.-Baumeister a. D. in Berlin.
Bauer, Hochbausachverständiger bei der Amtshauptmannschaft Auerbach.
M. Becker, Dipl.-Ing., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Rendsburg.
Kurt Benedict, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Wilh. Erwin Berndt, Brt., Vorst. des Str.- und Wasser-Bauamtes in Annaberg.
Berteles, Architekt in Neu-Ulm.
Max Bierling, Ingenieur von Pforzheim.
August Bode, Baurat in Kreuznach.
Felix Böttner, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Ernst Otto Brandt, Reg.-Bauführer von Danzig-Langfuhr.
Ernst Braun, Reg.-Baumeister in Trier.
Heinrich Brendel, Reg.-Bauführer aus Frankfurt a. M.
Brewing, Kreis-Polizeibaumeister in Schivelbein.
Burger, Reg.- u. Bauassessor in Aschaffenburg.
Anton Carius, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Friedrich Cornelius, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Johannes Dämmrich, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Dittmer, Dipl.-Ingenieur von Charlottenburg.
Leon Dunaj, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister in Mysłowitz.
Otto Ebeling, Arch. bei der Hochbahn in Hamburg.
Alfred Eckert, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Kurt Ehrenberg, Reg.-Bauführer von Braunschweig.
Ehrlich, Dr.-Ing., Reg.-Bauführer in Dresden.
Eid, Staatsbaupraktikant in Deggendorf.
Friedrich Engelhardt, Reg.- u. Brt., Vorst. des Eisenb.-Masch.-Amtes in Fulda.
Feldner, Reg.-Baumeister von Bayreuth.
Johann Fiehn, Reg.-Baumeister in Königsberg i. d. Neum.
Hans Franck, Dipl.-Ing., Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Freese, Baupraktikant von München.
Hans Freyberger, Arch. Prof., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Köln a. Rhein.
Dr. Ernst Gaber, Bauinspektor der Bahnbauinsp. in Heidelberg.
Joseph Geiges, Reg.-Baumeister in Ratibor.
Karl Gennerich, Reg.-Baumeister in Marburg.
Maximilian v. Goldbeck, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Gollwitzer, Reg.- u. Bauassessor von München.
Fritz Grandpierre, Reg.-Bauführer von Olpe.
Karl Grasselt, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Hartmann, Reg.- u. Bauassessor in Regensburg.
Gg. Gust. Hase, Reg.-Bmstr. bei der Straßen-Baudir. in Dresden.
Werner Hassenstein, Reg.-Baumeister in Hameln.
Heinrich Hauptner, Baurat in Posen.
Fritz Haymann, Architekt in Berlin.

Inhalt: Preisbewerbung für den Entwurf einer Friedhofs-Anlage mit Krematorium zu Magdeburg. (Schluß.) — Die Verwendung von alten Bauten und Bauteilen für Kriegs-Ehrungsstätten. — Der öffentliche Baudienst in Bayern. — Tote. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Die Verleihung des Eisernen Kreuzes im Völkerrkrieg 1914-17. —

Hierzu eine Bildbeilage: Preisbewerbung für den Entwurf einer Friedhofs-Anlage mit Krematorium zu Magdeburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

51. JAHRGANG. № 59. BERLIN, DEN 25. JULI 1917.

Palazzo Caffarelli. Hierzu die Abbildung S. 299.

Die politischen Beziehungen Italiens zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn treiben immer merkwürdigere Blüten. Nachdem schon vor einiger Zeit der Präfekt in Florenz angeordnet hatte, die im Palazzo Guadagni in Florenz aufgestellte Bibliothek und die Kunstsammlungen des „Deutschen kunsthistorischen Institutes“ der Aufsicht des Direktors der Uffizien, Giovanni Poggi, zu unterstellen, der Palazzo di Venezia in Rom durch die italienische Regierung kurzer Hand beschlagnahmt und ausgeräumt wurde, die Villa d'Este in Tivoli schon seit einiger Zeit von der Beschlagnahme bedroht ist und die Villa Falconieri in Frascati einem ähnlichem Schickal entgegen sieht, hat sich die Begehrlichkeit der italienischen Behörden, jetzt des römischen Gemeinderates, nunmehr auch dem Palazzo Caffarelli, dem Sitz der deutschen Botschaft in Rom zugewendet, der in diesem Jahr auf ein hundertjähriges Jubiläum in seinen Beziehungen zu Deutschland zurück blicken kann. Damit ist nach dem österreichischen auch der deutsche Kulturbesitz in Italien überhaupt in seinem Weiterbestehen berührt, vor allem sind es die wissenschaftlichen Institute. Diese dienen keineswegs ausschließlich deutschen Vertretern der Kunst und Wissenschaft, sie waren vielmehr der Allgemeinheit der Kulturwelt dienstbar. Die italienische Regierung hatte ihnen daher auch bis zum Ausbruch des Weltkrieges weitestgehenden Schutz und mannigfache Privilegien zugesichert. Ein neutrales Organ, die „Neue Zürcher Zeitung“, sagt darüber, diese Handlungsweise habe das offizielle und das nichtoffizielle Italien stets als eine besondere Ehrenpflicht angesehen, „war doch durch diese Schöpfungen der Ewigen Stadt jener universelle Charakter wiedergegeben worden, den sie einst als Zentrale des alten römischen Weltreiches, dann als jene der katholischen Welt, erhalten hatte“. Dieser Fürsorge der italienischen Regierung erfreuten sich neben den Anstalten in Florenz und Neapel das deutsche Archäologische Institut in Rom, das kgl. preußische Historische Institut daselbst, das zwar nicht von der deutschen Botschaft beim Quirinal abhängig war, sondern von der preußischen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhl, die rechtlich durch den Krieg nicht in Mitleidenschaft gezogen war; die Villa Falconieri in Frascati mit ihren Künstler-Werkstätten und die Serpentara, jener Eichenhain bei Olevano im Sabiner-Gebirge, der mit zahlreichen Erinnerungen der deutschen Künstler-Kolonie in Rom so eng verbunden ist. Die genannte Zei-

tung meint, nachdem man die Marmorplatten am Kapitol entfernt habe, die die Besuche der deutschen Kaiser in Rom verewigten, drohe auch den Bildwerken der Serpentara Vernichtung, umso mehr, als die Tafel am Eingang des Haines es ausspreche, daß er „Eigentum des deutschen Reiches“ sei. „Und doch“, fragt die Zürcher Zeitung, „sollte es nicht unter den Verehrern von Kunst und Wissenschaft der Nation, die sich rühmt, die älteste Kultur zu besitzen, Männer geben, die gegen den Gedanken aufstehen, den Krieg auch gegen Werke rein intellektueller Bedeutung zu führen? Kriege sollen auf dem Schlachtfeld entschieden werden. Nichts in der Welt würde die Beschlagnahme von Instituten rechtfertigen, die einzig und allein der Kunst und Wissenschaft dienen, welche doch auch für die glühendsten Hyernationalisten nicht aufgehört hat, international zu sein.“

Ein solcher glühendster Hyernationalist ohne jedes Gefühl für das Internationale des europäischen Kunstbesitzes ist der römische Bildhauer Apolloni, der in seiner Eigenschaft als Beigeordneter des römischen Gemeinderates in dessen Sitzung vom 2. Juni 1917 einen Antrag von 34 Mitgliedern begründete, der es als eine Pflicht des erneuerten Italien erklärt, den Kapitolinischen Hügel von den Privatbauten und den nicht mehr erträglichen Fesseln zu befreien, unter denen er angeblich bisher schmachtete. Der Antrag fordert die Gemeinde-Verwaltung auf, bei der Regierung darauf hinzuwirken, daß der Kapitolinische Hügel in seinem ganzen Umfang in die Denkmalszone Roms einbezogen und dem Schutz der Gemeinde unterstellt werde. Es wurde ferner die Notwendigkeit betont, einen Bau niederzulegen, der das italienische Gefühl und die nationale Würde durch seine bitteren Erinnerungen verletze. Der Bürgermeister von Rom, ein Fürst Colonna, erklärte, daß der Hügel, von dem die Gesittung über die Welt verbreitet worden sei, nicht länger Sitz derer sein dürfe, die jedes Recht verneinen. Da es seit Alters von den Italienern bitter empfunden wurde, daß neben dem alten Kapitol auf der Höhe des geheiligten Hügels der deutsche Adler horstet und man entdeckt hat, daß die Reste des alten römischen Heiligtumes, des Tempels des kapitolinischen Zeus, nicht, wie man ursprünglich annahm, auf der Stelle der Kirche von Aracoeli, sondern unter dem Palazzo Caffarelli liegen, so wurde der Antrag mit der Begründung angenommen, der Kapitolinische Hügel müsse wieder zu Ehren gebracht und von den Fesseln befreit werden, die das Nationalgefühl be-

leidigen. Es wurde daher gleichzeitig beschlossen, den Palazzo Caffarelli niederzulegen.

Wenn es der diplomatischen Kunst nicht noch gelingt, die italienische Regierung zu bestimmen, diesem Beschluß die Zustimmung nicht zu erteilen, dann ist das Schicksal dieses Palastes der Renaissancezeit mit seinem schönen Garten und seinem umfassenden Rundblick über die Ewige Stadt besiegelt. Es schwindet dann als ein weiteres Opfer der herostratischen Gewalt dieses Krieges ein Bauwerk, das in früheren Jahrzehnten namentlich eng mit der Entwicklung deutschen Kulturlebens in Italien verbunden war und dieses in seiner Blüte in jener Zeit sah, in welcher der Palast durch Messel und Prell seinen Thronsaal mit den Darstellungen der germanischen Göttersage erhielt.

Wer vom Corso her die Piazza di Venezia überschreitet und rechts vom Viktor Emanuel-Denkmal in die Via Giulio Romano einbiegt, gelangt zu der Piazza Aracoeli, von der aus zur Linken die Treppe zur Kirche Sta. Maria in Aracoeli hinaufführt, während in der Achse des Platzes eine Treppenanlage zur Piazza del Campidoglio mit der Reiterstatue des Marc Aurel und den beiden kapitolinischen Palästen, im Hintergrund das Kapitol selbst, leitet. Rechts von der kapitolinischen Treppe führt der Weg zum Palazzo Caffarelli, der dem Conservatoren-Palast unmittelbar benachbart ist. Im 16. Jahrhundert schenkte Kaiser Karl V. der Familie Caffarelli den Platz mit den Trümmern des Tempels des Jupiter Capitolinus und der kaisertreue Ascanio Caffarelli errichtete auf ihm 1580 den großen Renaissance-Palast, der, mehr gewaltig als schön, nach wechselvollen Schicksalen zu Beginn des 19. Jahrhunderts in bedeutungsvolle Beziehungen zu Deutschland trat. Im Jahre 1817 war es, daß der damalige preußische Legationssekretär Bunsen sich entschloß, im Palast Wohnung zu nehmen, der damit der Sitz der preußischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl wurde. 1823 wurde er mit einer Kapelle für den protestantischen Gottesdienst versehen, für die Thorwaldsen einen Taufstein schuf. Aber nicht allein der Sitz einer politischen Behörde wurde der Palast, sondern auch ein Sitz deutscher Kunst. Denn Bunsen, ein Kunstfreund und den Genüssen des Lebens nicht abhold, wußte die deutsche Künstlerschaft, die damals Rom besuchte oder in Rom schuf, an den Palast zu fesseln und ihr hier Arbeitsstätten zu geben, sodaß sowohl die Nazarener, wie Peter Cornelius, Joh. Friedr. Overbeck, W. Schadow, Ph. Veit, Schnorr von Carolsfeld, später Führich und Steinle, die etwa 1812 in Rom die Genossenschaft der „Klosterbrüder von San Isidoro“ gründeten und eine neue deutsche Kunst auf der Grundlage der italienischen Quattrocentisten aufbauen wollten, wie auch die Kapitoliner hier Unterkunft fanden. Was von Vertretern deutscher Kunst, Dichtkunst und Geschichte nach Rom kam, fand im Palazzo Caffarelli einen gesellschaftlichen Mittelpunkt; hier waren Platen, Mendelssohn, Waiblinger und Kopisch zu finden, hier verkehrten Rauch, Ludwig Richter und Schinkel. 1854 ging der Palast für nur 400 000 Lire in das Eigentum des preußischen Staates über und es kamen nun für ihn die glücklichen Zeiten, in welchen er, wie ein Schriftsteller geistvoll sagt, mehr eine Schule von Athen als ein Laboratorium politischer Alchemie war. Es entstand nunmehr nach den Entwürfen von Laspeyres das Deutsche Archäologische Institut neben dem Palast und es wurde in ihm eine deutsche Bibliothek eingerichtet. Nach Bunsen waren es namentlich die Botschafter von Keudell und Fürst von Bülow, die das gesellige Leben des deutschen Rom immer mehr im Palast zu vereinigen wußten. Bülow war es auch, der die Besitzverhältnisse des Palastes, die von der Stadt Rom angefochten wurden, 1895 entgültig regelte. Als das geschehen war, konnte der Palast in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre seine bedeutsamste Ausgestaltung erfahren durch die Schöpfung des Thronsaales durch Alfred Messel in Berlin und Hermann Prell in Dresden. 1899 wurde sie vollendet und es wird berichtet, daß derselbe Bildhauer

Apolloni, der jetzt den Antrag auf Niederlegung des Palastes begründete, es gewesen sei, der die Ernennung des zu den Einweihungsfeierlichkeiten in Rom anwesenden Deutschen Kaisers zum Ehrenmitglied der Akademie von San Luca veranlaßte. Derselbe Bildhauer Apolloni, von dem eine Statue vor 5 Jahren durch Einflußnahme der deutschen Botschaft im Palazzo Caffarelli mit dem deutschen Müller-Preis gekrönt wurde. So wandelt sich die Gesinnung der politischen Spekulanten und hypernationalistischen Heißsporne. Nun soll die „deutsche Kaiserpfalz“, die auf den Trümmern des geheiligten Zeustempels und auf dem ehrwürdigen kapitolinischen Hügel als eine Schmach für italienisches Empfinden betrachtet wird, vernichtet werden und mit ihr eine unersetzliche Summe deutscher Kunst- und Kulturwerte. Aber in unmittelbarer Nachbarschaft des Kapitols ist auch der Tarpejische Felsen; das römische Volk und mit ihm die gesamte Kulturwelt kennen seine geschichtliche und symbolische Bedeutung.

Wenn nun auch das Schicksal des Palastes Caffarelli an sich besiegelt sein sollte — die italienische Staatsregierung scheint noch keine Entscheidung darüber gefällt zu haben — so ist es vielleicht doch nicht ganz aussichtslos, das Wertvollste an deutscher Kunstarbeit der Gegenwart in ihm — den Thronsaal mit seinem gesamten Inhalt — daraus zu retten. Er ist aus dem persönlichen Entschluß des jetzigen Kaisers hervorgegangen, dem im Jahre 1893 bei einem römischen Aufenthalt der schmucklose Saal der Deutschen Botschaft im Gegensatz zu den reichen Sälen des römischen Adels besonders auffiel. Einen Saal zu schaffen, der im Glanz seiner Ausstattung den übrigen Festsälen Roms nicht nachstand, wurde nunmehr das Ziel der deutschen Kunst-arbeit für Rom. Der Raum hat eine Länge von 22 m, eine Breite von 12 m und eine Höhe von etwa 10 m. Der Malerei wurde der Hauptanteil an seinem künstlerischen Schmuck zugewiesen und Prof. Hermann Prell in Dresden, der sich als Monumentalmaler bereits in den Fresken im Schinkel-Saal des Architektenhauses zu Berlin, in Fresken für die Rathäuser in Hildesheim, Danzig und Worms bewährt hatte, mit der Aufgabe betraut. Er wählte als Motiv den Wechsel der drei altgermanischen Jahreszeiten Frühling, Sommer, Winter. Nach Tacitus kannten unsere Vorfahren den Herbst nicht. In freier Gestaltung wurde die Sage von der Liebe des Sonnengottes Freyr zur Erdjungfrau Gerda zur Darstellung gebracht. Das konnte natürlich nur in einem architektonischen Rahmen geschehen. Diesen ließ Prell durch Messel herstellen, der seinerseits mit den plastischen Arbeiten den ausgezeichneten verstorbenen Bildhauer Prof. Chr. Behrens in Breslau betraute. Die figürliche Darstellung umzieht über einem hohen Sockel drei Seiten des Saales, während das Mittelbild der Fensterwand die Darstellung trägt, die wir auf S. 299 wiedergeben. Beibehalten und nur zu dem Uebrigen gestimmt wurde die schöne alte Kassettendecke des Saales. Da der Saal zugleich Thronsaal für den Deutschen Kaiser sein sollte, so wurde er mit einem Thron in reicher Stickerarbeit und außerdem mit vier lebhaft bewegten Kandelabern ausgestattet. Dieser Saal nun ist der beste Teil des stark verfallenen gewesenen Bauwerkes, dessen hervorragendste alte Teile der italienischen Hochrenaissance angehören. Im übrigen besitzt der Bau wenig Kunstwert, dafür aber umso mehr kulturhistorischen Wert. Wenn er fallen muß, geht auch dieser unwiederbringlich verloren. Umso mehr sollten die Bemühungen der neutralen Diplomatie wenigstens dahin gehen, die Fresken und die übrige Ausstattung des Thronsaales nach Deutschland zu retten. Die Kunst der Loslösung von Fresken ist weit fortgeschritten und mit ihnen würde Deutschland eine in hohem Grade erwünschte Bereicherung seines künstlerischen Besitzstandes erhalten. Oder sollte man zu hoffen wagen können, daß der galantuomo in Italien trotz aller bisherigen Erfahrungen noch nicht ganz ausgestorben ist und internationales Kulturempfinden über nationale Heißblütigkeit schließlich doch den Sieg davon trägt? —

— H. —

Kriegs-Erinnerungszeichen in Württemberg.

Der württembergische „Landesausschuß für Natur- und Heimatschutz“ macht es sich, wie der „Schwäb. Merkur“ wiederholt berichtete, zur besonderen Aufgabe, den Gemeinden mit Ratschlägen für die Erstellung von Kriegs-Erinnerungszeichen an die Hand zu gehen. Der Landesausschuß hat zu diesem Zweck in Stuttgart eine Beratungsstelle eingerichtet, die durch ihre Sachverständigen die größeren Orte des Landes planmäßig bereisen läßt, um Anregungen für die Anlage der Krieger-Grabstätten und für etwaige spätere Krieger-Ehrungen zu geben. Außerdem unterzieht die Beratungsstelle fertige Entwürfe und Pläne einer künstlerischen Prüfung. Dabei werden, wo reichliche Mittel für würdige, selbständige Neuschöpfungen sicher

sind, letztere unterstützt und gefördert. Daneben aber tritt der Landesausschuß auch dafür ein, daß man — zunächst im Sinne strengsten Haushaltens, gewiß aber auch mit dem Erfolg starker künstlerischer Wirkung — unter Umständen ebenso würdig an schon Vorhandenes anschließen kann, an das, was Natur oder Kunst schon länger geschaffen haben, oder auch an bedeutsame Werke der Gegenwart. Als Empfehlung für diesen Gedanken mag u. a. dienen, daß z. B. beim neuen Bahnhofbau in Stuttgart von berufenster Seite für das große Empfangsgebäude ausdrücklich solcher Schmuck vorgeschlagen ist, der einerseits auf den tiefen Ernst hinweisen soll, der die Zeit des Baues beherrscht, andererseits auf den berechtigten vaterländischen Stolz über das, was gerade während dieser Zeit vollbracht wor-

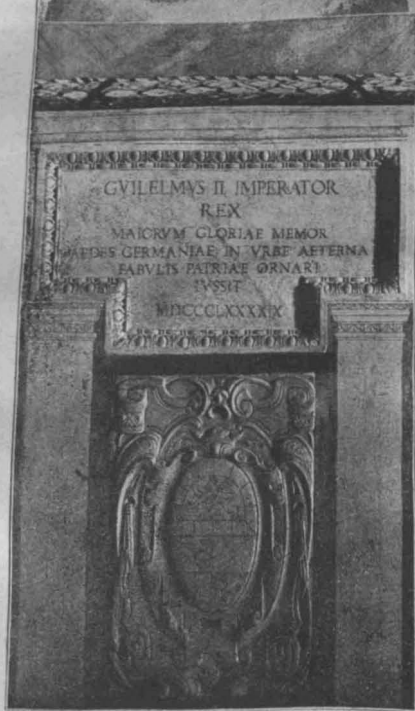
den ist. Wie viel auf diesem Gebiet schon eingeleitet ist, das zeigt ein Blick in die neuesten Mitteilungen des Landes-Ausschusses. Aus diesen mögen hier nach der genannten Zeitung eine Reihe zwanglos aneinander gereihter Beispiele wiedergegeben werden:

Das alte Schloßchen in Affaltrach (O. A. Weinsberg), das ohnedies einiger Erneuerung bedarf, einzurichten zur Erholungs- und Arbeitsstätte für Kriegsinvaliden, denen zugleich im angeschlossenen landwirtschaftlichen Betrieb Gelegenheit zu würdiger und gesunder Beschäftigung gegeben

Bernhausen u. a. Orten mit gleichen Verhältnissen einfachste Ausgestaltung des die Kirche unmittelbar umschließenden, schön ummauerten, ursprünglich befestigten alten Gottesackers zu einer Gedächtnis-Anlage. — In Klosterreichenbach stilgemäße Instandsetzung des alten Kirchhofs neben der Klosterkirche. — In Rodt bei Loßburg, wo ein Gönner der Gemeinde unter besonderen Bestimmungen reiche Stiftungen in Aussicht stellt, Errichtung eines Gemeindehauses, das vielseitigen wohltätigen Zwecken dienen wird und zugleich den Gedächtnisbau für den Krieg bilden soll. —



wäre. — In Eschenau desselben Oberamtes: Bei der Friedhof-Veränderung Verlegung eines Brunnens an einen wirkungsvollen Punkt nach einem (von Landesausschußmitglied Brüllmann trefflich verbesserten) Entwurf in einfach monumentaler Form. — In Laupheim Erinnerungszeichen im Friedhof im Zusammenhang mit dessen bevorstehender großer Erweiterung. — Ähnliches auf dem prächtigen Friedhof in Nürtingen. — In Nabern, O. A. Kirchheim, Aufstellung einer schlichten Steinbank im Friedhof, die einem durch Baumpflanzung zur Allee zu ergänzenden Hauptweg als Abschluß dient. — In Herrenalb Anschluß eines Gedächtnishains an den hoch gelegenen, höchst stimmungsvollen Friedhof. — In Wildbad entweder Ausbau einer inmitten der Stadt gelegenen Flußinsel zum Gedächtnishain samt Denkmal, oder, weil die Insel etwas klein und ihre Lage zwischen zwei sehr belebten Verkehrsstraßen nicht ganz ernst und feierlich genug, vielleicht lieber Anschluß einer Monumentalanlage an den neu zu erstellenden Friedhof, der nach Lage und Ausführung ungewöhnlich stimmungsvoll werden kann. — In Goßbach, O. A. Geislingen nicht Neubau einer Kirche, sondern Um- und Ausbau der alten Kirche als Friedenskirche mit daran anzupassender Kirchhofanlage samt Krieger-Ehrenfeld. — In Echterdingen,



Palazzo Caffarelli. Mittelbild der Fensterwand.

In Aach einfache Ausschmückung der von Staat und Gemeinde gemeinsam erbauten neuen Brücke. — In Hirsau vielleicht Wiederherstellung des beim Umbau der Nagoldbrücke eingegangenen pilonenartigen kleineren Brückenhauses als Gegenstück zu dem noch vorhandenen größeren. — In Metzingen Verwendung eines durch Brandfall leer gewordenen Platzes neben Stadtkirche und Stadtmauer zu einer Gedächtnis-Anlage. — In Schwenningen Verschönerung des Markt- und Rathaus-Platzes. — In Nagold: Eine die nächste Umgebung der Stadt berührende Flußverbesserung soll Gelegenheit geben zum Ausbau einer durch diese Arbeiten veränderten Wiesenfläche als Platz für festliche und namentlich für vaterländische Veranstaltungen. — In verschiedenen kleineren Gemeinden Wiederbelebung sog. Werten, Hüben und anderer kleinerer Seen; Wasserregelung, Ufergestaltung, Umsäumung mit feierlichem Baumwuchs usw. Dabei ist besondere Ueberlegung nötig bezüglich der Maßverhältnisse zwischen Wasserfläche und Baumhöhe. — Bei Blaifelden Ausbau eines auf freier Hochebene stehenden kleinen Rundhügels samt Wassergraben zu ausdrucksvoller Landschaftsmarke durch einfache Bepflanzung mit Pappeln. — In Hengen O. A. Urach, wo landwirtschaftliche Neubebauung bisherigen Heidelandes nötig werden kann, Ausscheiden einer besonders

stimmungsvollen Gruppe von Weidebuchen samt Heidefläche zu kleinem Banngebiet, sowie Abschluß und Ausgestaltung zu einem Gedächtnishain. — In Eriskirch, O.A. Tettang, Ersatz der vom Sturm gefällten uralten Dorflinde durch neue Lindengruppe, welche an das alte Wahrzeichen erinnert und zugleich als Kriegs-Erinnerungszeichen dient. — In Nellingen, Deizkau u. a. Orten Pflanzen eines Erinnerungshains samt Quellfassung auf dem bei der jüngsten Feldereinigung besonders günstig ausgeschiedenen Massengrundstück. — In Aalen architektonisch und landschaftlich wirkungsvoller Ausbau des neu zu errichtenden großen Wasserbehälters auf beherrschender Höhe nahe der Stadt. — In Feuerbach entweder ebenfalls Benützung der neuen Wasserversorgungsanlage, oder auch besondere Behandlung eines hochgelegenen Schmuckwäldchens, oder auch Ausgestaltung des neuen Rathausplatzes. — In Plattenhardt Anpflanzung einer feierlichen Baumgruppe auf dem das Dorf und die ganze Umgebung beherrschenden Höhenrücken beim Wasserbehälter. — In Beutelsbach planmäßige Baumpflanzung im Anschluß an die letzten Bach- und Bachuferverbesserungen. — In Holzgerlingen Anschluß eines Er-

innerungszeichens an die bekannte Aichquelle unterhalb der Kirchenmauer. — In Ellwangen, in Verbindung mit einem Straßenumbau, Anlage eines Gedächtnishains usw. auf einem hervorragend günstig gestalteten Hügel über dem freien Westende der Stadt. — In Lauffen a. N. aus Anlaß bedeutender Straßendurchbrüche rechts und links der Neckarbrücke Anbringung eines kleinen hallenartigen Denkmal-Aufbaues am Brücken-Eingang. — In Göppingen gelegentlich großer Stadterweiterungs-Arbeiten Ausgestaltung und monumentale Steigerung des künftigen Straßen- und Stadtbildes an besonders wichtigem und beherrschendem Punkt. — In Mergentheim Benützung der geplanten bedeutsamen Veränderungen in der Umgebung der Tanherbrücke usw. zu einem Gedächtniswerk. — In Tuttlingen Anlage eines geschlossenen Gedächtnishains auf der der neuen Donaubrücke zugekehrten Halbinsel-Spitze, wobei das vorher für einen anderen Punkt bestimmte Bismarck-Denkmal in diesen Kriegs-Erinnerungshain einzufügen wäre, sodaß beide Gedächtnismale in ihrer Wirkung sich wechselseitig steigern und zugleich das Stadt- und Landschaftsbild wesentlich bereichert wird. —

Vermischtes.

Verband Groß-Berlin. Verwaltungsbericht 1912—1916. Verkehr. Der Zweckverband Groß-Berlin legt hiermit seinen ersten Verwaltungsbericht über seine Tätigkeit in den vier ersten Jahren vom 1. April 1912 bis 31. März 1916 vor, wenigstens soweit eine seiner wichtigsten Aufgaben, die Einwirkung auf den Verkehr, in Frage kommt. Bekanntlich ist dem Zweckverband als erste Aufgabe „die Regelung des Verhältnisses zu öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportanstalten mit Ausnahme der Staatseisenbahnen“ zugewiesen. Er ist als Rechtsnachfolger der Verbands-Gemeinden und -Kreise in die zwischen diesen und den Groß-Berliner Verkehrs-Gesellschaften bestehenden Rechtsverhältnisse eingetreten, insbesondere sind die zwischen den Gemeinden oder Kreisen und den Gesellschaften abgeschlossenen Straßenbenutzungs-Verträge auf den Verband übergegangen. Durch diese Verhältnisse war die Tätigkeit des Zweckverbandes auf dem Verkehrsgebiet von vornherein in gewisse Bahnen gelenkt, die sich an die bestehenden Verhältnisse anschließen mußten, auf deren weiteren Ausbau in erster Linie hinzuwirken war. Die Anlage, der Ausbau und der Betrieb von Bahnen durch Kreise oder Gemeinden des Verbands-Gebietes bedarf ebenfalls, soweit bei dem Inkrafttreten des Zweckverbands-Gesetzes die staatliche Genehmigung hierzu noch nicht erteilt war, der Zustimmung des Verbandes. Dieser ist also in der Lage, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei widerstrebenden Interessen von Gemeinden und Verkehrs-Gesellschaften diejenigen Lösungen zur Ausführung gelangen, die der Allgemeinheit am besten dienen und in gewissem Grade auch auf die zweckentsprechende technische Ausgestaltung einzuwirken. Der Geschäftsbericht bringt daher neben einigen allgemeinen Ausführungen und statistischem Material eine Reihe von Plänen, die sich auf die Lösung einzelner, besonders interessanter Verkehrsfragen beziehen. Der Techniker findet daher in dem Bericht mancherlei Anregung.

Aus den allgemeinen Angaben ist zu entnehmen, daß der Verband in seinem Gebiet 26 Bahnunternehmungen im Betrieb vorfindet, davon 15 Straßenbahnen mit zus. 505,9 km Streckenlänge, 2 Schnellbahnen (Hoch- und Untergrund-Bahnen) mit zus. 19,98 km, 9 nebenbahnähnliche Kleinbahnen und Nebenbahnen mit zus. 187,8 km, insgesamt also 713,49 km Bahnlänge. Davon standen 10 im Eigentum von Kreisen und Gemeinden, 16 in dem von Privatgesellschaften. Seit dem Bestehen des Verbandes ist die Zahl der Bahnunternehmungen auf 35 gewachsen, und zwar sind bei den Straßenbahnen 5, den Schnellbahnen 4 neue Unternehmungen dazu gekommen, die Streckenlänge der ersteren hat sich um rd. 100 km, der letzteren um rd. 37 km erhöht, sodaß die gesamte Streckenlänge auf 850,47 km angewachsen ist, d. h. um 19,1%. Bezüglich der Schnellbahnen allein beträgt das Verhältnis der Zunahme 184%. In den gesamten Bahnunternehmen sind rd. 605 Mill. M. angelegt, davon entfällt der größte Anteil von rd. 323 Mill. M. auf die Schnellbahnen, ein Betrag von 264 Mill. M. auf die Straßenbahnen und der Rest von rd. 18 Mill. M. auf die nebenbahnähnlichen Klein- und Nebenbahnen.

In dem technischen Teil über Straßenbahnen ist im besonderen auf den Lindentunnel*) hingewiesen, bezüglich dessen bestimmte Forderungen durch den Verband gestellt wurden, die eine spätere Unterfahrung des Tunnels durch eine Schnellbahn im Zuge der Straße Unter den Linden erleichtern sollen; ferner auf Linienführungen von Straßenbahnstrecken an schwierigen Punkten; auf die Ausbildung des Straßenquerschnittes bei neueren Linien, die fast durch-

weg eigenen Bahnkörper erhalten haben; schließlich auf die Ausbildung von Schienen-Entwässerungen, die von dem Verband auf den Neubaustrecken überall durchgesetzt worden sind, nachdem sich in Berlin und anderen Städten die günstige Wirkung solcher Entwässerungen in Bezug auf die Erhaltung der Straßendecke klar gezeigt hatte. Bei dem Ausbau der Schnellbahnen werden einige bemerkenswerte Punkte besprochen. So die Ausbildung des Gemeinschaftsbahnhofes Motz-Straße (am Nollendorf-Platz), der einen wichtigen Knotenpunkt des Schnellbahn-Verkehres im Westen abgeben wird. In ihm vollzieht sich der Übergang der Schöneberger und Charlottenburg Schnellbahn in die Ostlinie der Hochbahn, während die Möglichkeit späterer Weiterführung der Schöneberger Bahn in das Berliner Stadttinnere erhalten bleibt. Die örtlichen Verhältnisse machten einen zweigeschossigen Untergrundbahnhof erforderlich, über dem sich dann noch als drittes Geschöß der Hochbahn-Bahnhof Nollendorf-Platz der Westlinie befindet. Die jetzige Lösung ist eine vorteilhaftere als die ursprünglich vorgesehene und schon durch Verträge festgelegte. Eine weitere interessante Lösung, bei der die Mitwirkung des Verbandes zum Ausdruck kommt, ist die in langen Verhandlungen erstrebte vorteilhafte Ausgestaltung des Bahnhofes Hermannplatz, der den Übergang zwischen der verlängerten Städtischen Nord-Südbahn und der A. E. G.-Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln vermittelt. Neben dem ersten Plan, der zwei getrennte, einen Übergang nur durch langen Verbindungsgang ermöglichende Bahnhöfe vorsah, sind eine Reihe nacheinander vorgeschlagener Lösungen dargestellt, die diesen Übergang auf verschiedene Weise, u. a. auch in einem Gemeinschaftsbahnhof erleichtern wollen. Eine Entscheidung über die Ausgestaltung war innerhalb der Berichtszeit noch nicht gefällt. Auch bei der Ausbildung der Schnellbahn-Anlagen am Alexander-Platz, einem besonders wichtigen Verkehrs-Knotenpunkt, hat der Zweckverband eingegriffen. Von Interesse ist ferner der von der Verbandsleitung bearbeitete Entwurf für die Führung einer Schnellbahn durch das neu zu erschließende Gebiet in Treptow, wobei es möglich wäre, die Bahn in ihrem größten Teil auf Erddämme zu legen und dadurch ihre Kosten wesentlich herabzudrücken. Abgesehen von der Bearbeitung derartiger Einzelpläne und deren Einwirkung auf die Bebauungspläne im Sinne der Erleichterung späterer Durchführung von Schnellbahnen ist auch die Aufstellung eines allgemeinen Grundplanes für die künftige Gestaltung des Groß-Berliner Schnellbahnnetzes in Angriff genommen worden.

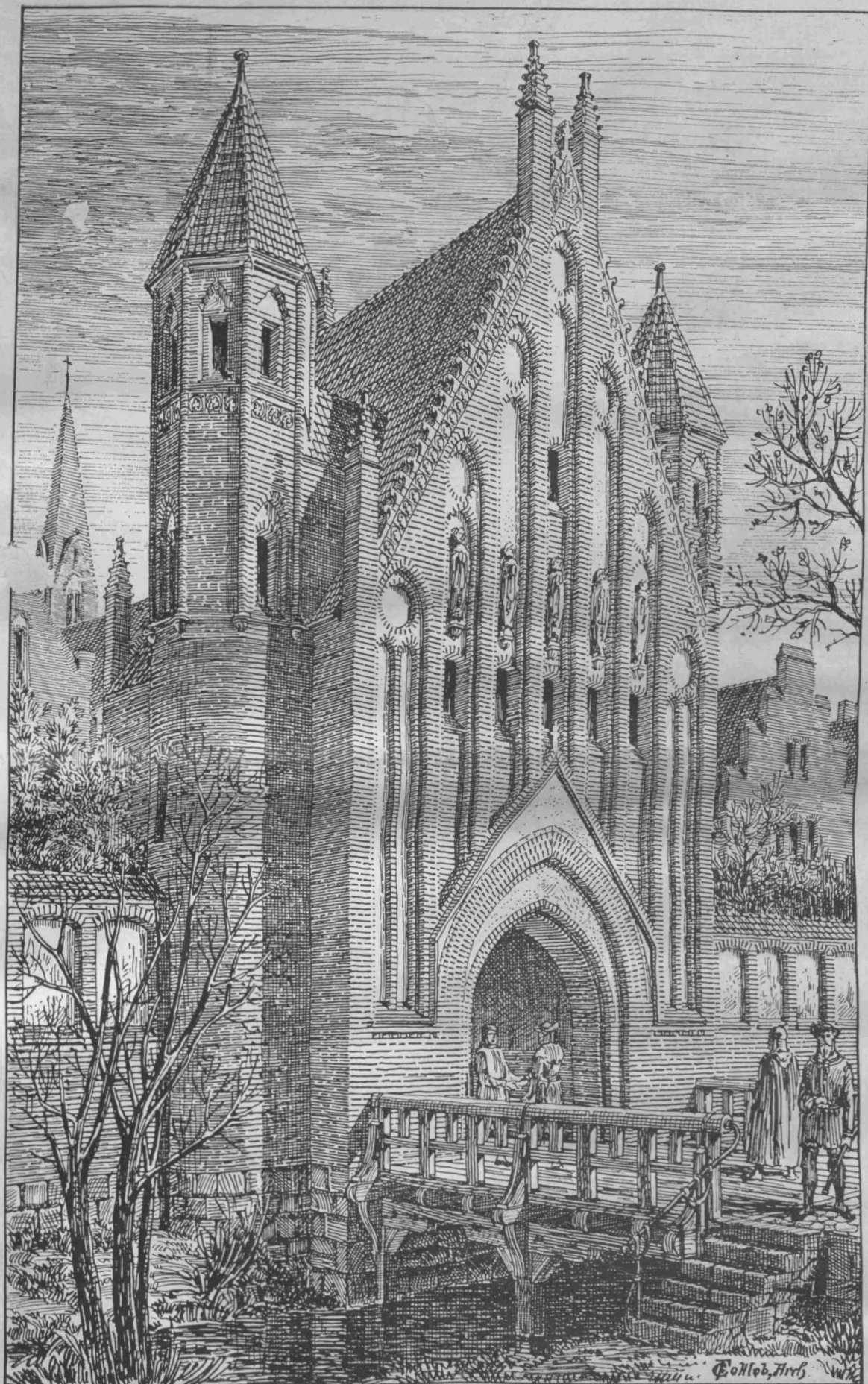
Ein weiterer Abschnitt des Berichtes befaßt sich mit dem Verkehr und Betrieb, sowie den Tarifen von Straßen- und Schnellbahnen. Der Einfluß des Krieges kommt bei diesen Angaben für 1914—16 stark zum Ausdruck. —

Ein Fachmann als Leiter des österreichischen Eisenbahn-Ministeriums. Wie aus Wiener Fachkreisen bekannt wird, scheint dort die Aussicht zu bestehen, daß in dem demnächst zu bildenden endgültigen Ministerium der auch in Deutschland als hervorragender Eisenbahn-Fachmann bekannte Herausgeber der „Encyklopädie des Eisenbahnwesens“, Dr. Freiherr von Röll, der früher schon einmal Leiter des k. k. Eisenbahn-Ministeriums war, wieder die Leitung dieses Ministeriums erhalten wird. —

Inhalt: Palazzo Caffarelli. — Kriegs-Erinnerungszeichen in Württemberg. — Vermischtes. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

*) Vergl. Deutsche Bauzeitung, Jahrg. 1916, S. 157 ff.



NTWÜRFE IM STIL DER BACKSTEIN-GOTIK
DES MITTELALTERS DER NORDDEUTSCHEN
TIEFEBENE VON FRITZ GOTTLÖB IN BERLIN.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

***** 51. JAHRGANG 1917. * No. 60. *****



DEUTSCHE BAUZEITUNG

51. JAHRGANG. NO 60. BERLIN, DEN 28. JULI 1917.

Die Klosterbauten der Cistercienser in Belgien.

Mit Mitteln, die der kaiserliche Generalgouverneur in Belgien und der Senat der Technischen Hochschule in Dresden zur Verfügung stellten, ist während des Krieges, als ein weit hin leuchtendes Beispiel idealer deutscher Kulturarbeit in ernster Zeit, ein Werk geschaffen worden, das stets ein ragendes Denkmal deutscher Schrifttums und deutscher Forschungsarbeit bleiben wird, dem andere Völker nichts Ähnliches an die Seite zu stellen haben und das unter den gegebenen Umständen für alle Zeiten unübertroffen bleiben wird. Eingedenk der Verpflichtungen, die das Haager Abkommen dem siegreichen Besetzer fremder Gebietsteile im Krieg auferlegt, war die deutsche Regierung bestrebt, das ihrige in vollem Umfang beizutragen zur Erhaltung und zum Ruhm der kostbaren Kunstreste, die insbesondere in Belgien nach der Besitzergreifung des Landes durch die deutsche Wehrmacht der deutschen Verwaltung zufielen. Unter diesen Zeugen vergangener großer Kunstperioden sind es insbesondere die Reste der großen Cistercienser-Abteien Belgiens, Orval in der Provinz Luxemburg, Villers in der Provinz Brabant und Aulne in der Provinz Hennegau, die einer weitgehenden Fürsorge und des staatlichen Denkmalschutzes bedürfen, soll das Wenige, das von ihnen noch erhalten ist, aber für die Erforschung ihres einstigen Zustandes ausreicht, in ruhigeren Zeiten hinüber gerettet werden. Zu dieser Fürsorge gehören zunächst die Erforschung der Geschichte und die Aufnahme des heutigen Bestandes. Das ist in mustergültiger Weise geschehen durch Paul Clemen und Cornelius Gurlitt in einem Werk, das am Schluß des Jahres 1916 in Berlin erschienen ist und hier mit einer kurzen Besprechung bedacht sei.*)

Die drei Bauten, um die es sich hier handelt, die zu den wichtigsten und großartigsten Schöpfungen des Mittelalters in Belgien gehören, sind der französischen Revolution und ihren Folgen zum Opfer gefallen. „Sie stellen nur ein Trifolium aus der traurigen Geschichte dieses Jahrzehnts dar, das Frankreich und die südniederländischen Provinzen um mehr wichtige Denkmäler gebracht hat, als irgend ein anderer Abschnitt ihrer Geschichte.“ Orval und Aulne wurden durch die Truppen der französischen Republik geplündert, verbrannt und vernichtet; Villers ging nach der Vertreibung seiner Insassen durch die französische Revolution an der Vernachlässigung und Raubsucht seiner nächsten Nachbarn und der neuen Besitzer zugrunde. Die Ruinen von Villers und Aulne hatten schon durch die belgische „Commission royale des monuments et des sites“ Pflege gefunden; ihre Abteikirchen waren in ihrem Bestand gesichert worden. Die Bauten von Orval dagegen, die sich im Privateigentum befanden und auf die sich der belgische Staat eben erst ein Einwirkungsrecht gesichert hatte, waren in

ihrer Erhaltung äußerst vernachlässigt. Die belgische Regierung hatte unmittelbar vor Ausbruch des Krieges umfassende Erhaltungsarbeiten geplant.

Für die drei Anlagen fehlte jedoch bisher eine erschöpfende Veröffentlichung mit einer Darstellung ihrer Gesamtanlage und ihrer einzelnen Teile. Wohl lagen Teilarbeiten der Architekten Emile Coulon, Charles Licot, des Archäologen Louis Cloquet und des Geschichtsschreibers Ursmer Berlière, sowie Anderer vor; auch eine Fülle von fleißigen ortsgeschichtlichen Arbeiten hatte sich mit der Geschichte der Abteien beschäftigt, nicht alle quellenkritisch, einige in behaglicher Breite erzählend, manche mit der Absicht, mehr zu erbauen als zu belehren, keine mit einer wirklich erschöpfenden Bauanalyse. Diesem Mangel nun will unser Werk begegnen.

Zunächst erschien als erste und wichtigste Grundlage der Erforschung und Pflege eine genaue zeichnerische Aufnahme der Reste unerläßlich. „Die drei Bauten, die als wichtige Träger der nach Nordwesten vordringenden Gotik von so außerordentlicher Bedeutung sind und unter den Ruinen Belgiens an Ausdehnung und an malerischer Schönheit nicht ihresgleichen haben, wetteifern an Großartigkeit mit den mächtigsten der mittelalterlichen Klosteranlagen des ganzen Abendlandes“. Ihre sorgfältig festgestellten Pläne mußten daher ein ungemein wertvoller Besitz für die Kunstgeschichte im Allgemeinen und für die französische Baukunst des Mittelalters im Besonderen werden. Die Aufnahmen wurden daher auf Grund sorgfältiger Messungen und eingehender Untersuchungen des Baubestandes selbständig und unabhängig von älteren Aufnahmen und Untersuchungen gemacht. Diese dienten lediglich zu Vergleichen und Nachprüfungen, oder zur Feststellung des Verfalles oder der Umbildungen. Da der belgischen Kunstliteratur zusammenfassende Arbeiten über die Baugeschichte des Mittelalters in den Niederlanden fehlen, so konnte bei der kunstgeschichtlichen Darstellung des vorliegenden Werkes auch die Einreihung der drei Bauwerke in die Entwicklungsgeschichte der belgisch-französischen Gotik keine abschließende sein, „sie will nur die Probleme andeuten, auf Verwandtes hinweisen; es handelt sich hier vor allem um eine Quellenpublikation, die erst die Augen der weiteren wissenschaftlichen Welt auf diese glänzenden Denkmäler der kirchlichen Baukunst auf belgischem Boden lenken soll“.

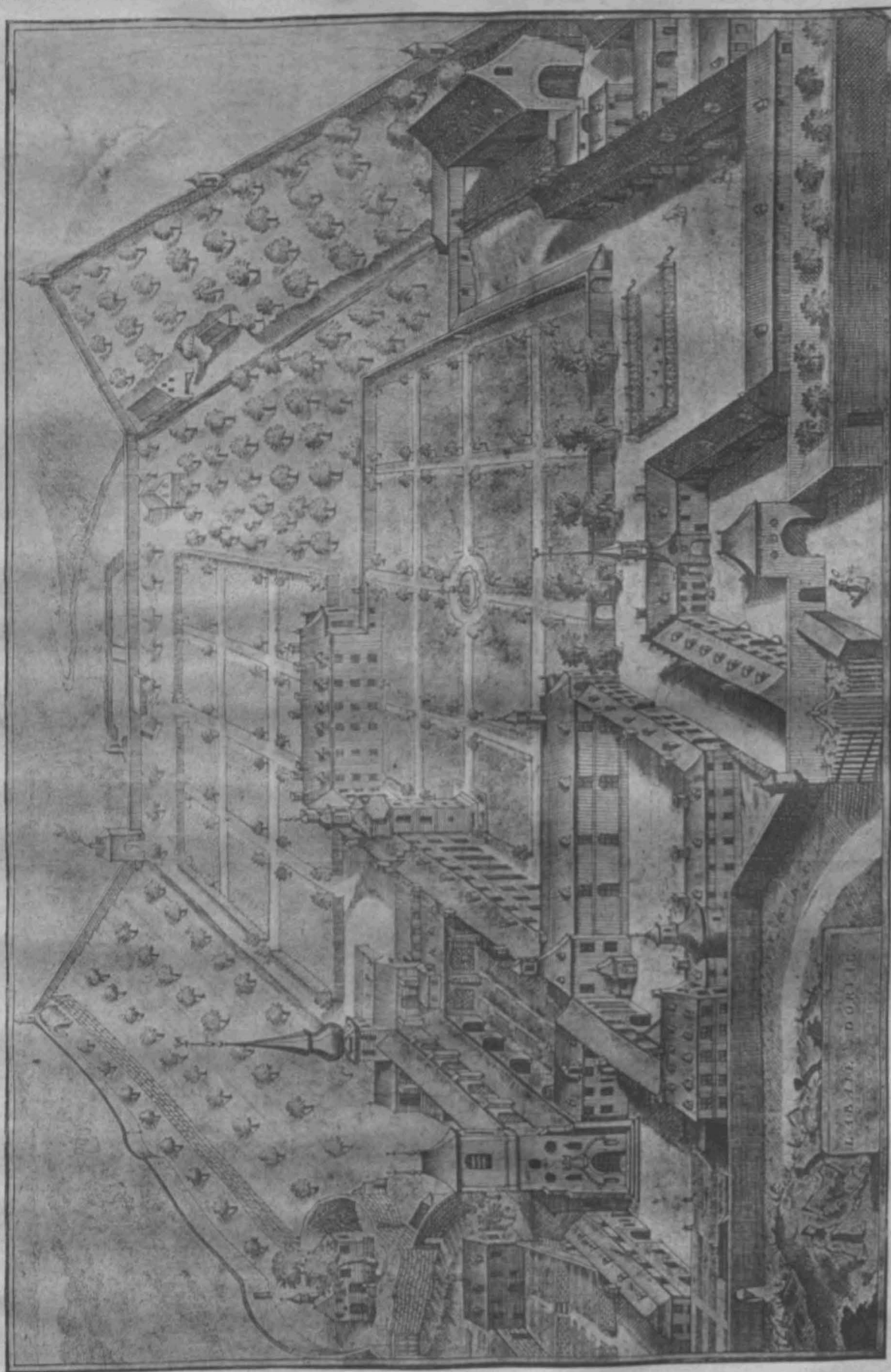
Die Darstellung des kunstgeschichtlichen Entwicklungsganges dieses Werkes verdanken wir Paul Clemen; die Oberleitung der zeichnerischen Aufnahmen, der Baubeschreibungen und der Bauuntersuchungen hatte Cornelius Gurlitt. Ihm standen Martin Dülfer und Fritz Rauda zur Seite; an den Arbeiten selbst waren frühere und jetzige Schüler der Technischen Hochschule in Dresden beteiligt.

Der Einzelbehandlung der drei Bauten ist eine wertvolle übersichtliche Arbeit über „Die belgischen Cistercienserbauten und die belgisch-französische Gotik“ von Paul Clemen vorangestellt.

*) Die Klosterbauten der Cistercienser in Belgien. Im Auftrage des kaiserlich deutschen Generalgouvernements in Belgien herausgegeben von Paul Clemen und Cornelius Gurlitt. Mit 272 Abbildungen im Text und 29 Tafeln in Kunstdruck. Berlin 1916. Der Zirkel. Architektur-Verlag. Preis 100 M.

Seit dem siebenten Jahrhundert entstehen auf dem Boden der südlichen Niederlande in rascher Folge die großen Klöster, um die sich in der nächsten Zeit das geistige und künstlerische Leben des Landes gruppiert: Lobbes, St

die Sprache des Volkes bleibt die deutsche. Im Laufe der folgenden Jahrhunderte wechselt der Umfang des deutschen und des französischen Einflusses, bis im 12. Jahrhundert die Cistercienser die Vermittler für französische



Abtei Orval aus der Vogelschau. Nach einem Stich aus: „Les délices des Pays-Bas“, Brüssel 1720.
Aus: Clemen und Gurlitt, „Die Klosterbauten der Cistercienser in Belgien“, Verlag „Der Zirkel“ in Berlin, 1916.

Ghislain, Soignies, St. Martin in Tournai, St. Wandru in Mons, Malonne. Die großen Abteien werden zum Kampfplatz zwischen dem germanischen und dem romanischen Einfluß. Die Geistlichkeit wird zweisprachig; die französische Sprache dringt in die höheren sozialen Schichten.

Sprache, Geistesbildung und Kunstanschauung werden. „Der Siegeszug des Cistercienser-Ordens, der von Burgund ausstrahlend ganz Mitteleuropa erobert, ist etwas beispielloses.“ Hundert Jahre nach Gründung des Ordens ist die Zahl seiner Abteien in ganz Mitteleuropa bereits auf 1800

gestiegen. „Dieses größte religiöse Genie des 12. Jahrhunderts aber — Bernhard von Clairvaux — erweist sich zugleich als glänzender Organisator der Arbeit und der Verwaltung, der die wirtschaftlichen Kräfte zu lösen und zu binden versteht. Die Einrichtung der Laienbrüder, die von

mitwirken.“ Wenn auch die Kunst der Cistercienser ihren Ausgang in Burgund genommen hatte, so mischen sich doch bald mit den Elementen des burgundischen Raumempfindens in der Baukunst des Ordens Elemente nordfranzösischen Kunstwollens. Da sich die im Norden



Ansicht der Cistercienser-Abtei „De Dunis“ (Les Dunes) nach einer Radierung von Creite [in „Flandria illustrata“ von Antonius Sanderus (Köln 1641).

Aus: Clemen und Gurlitt „Die Klosterbauten der Cistercienser in Belgien“. Verlag „Der Zirkel“. Berlin 1916.

den Cluniacensern schon vorgebildet war, wird jetzt in den Aufbau des Ordens aufgenommen. Sie übernehmen nicht nur den Betrieb der Güter, bewirtschaften die großen Höfe, helfen bei der Urbarmachung der großen Solitudines, sondern sie sind nun auch die Handwerker, die bei den Klosterbauten tätig sind und als Maurer und Steinmetzen

schaffenden Architekten dem Einfluß dieser großräumigen, hellen, stark aufgelösten Bauten nicht entziehen konnten, so entstand bald die Frage, ob die bei den außerfranzösischen Cistercienserbauten auftretenden frühgotischen Elemente burgundischer oder nordfranzösischer Herkunft sind. Den Gründern des neuen Ordens, die gegen Verweltlichung,

Reichtum und Prunk kämpften, erschien vor allem die Kunst als der Sitz dieser Uebel; sie kämpften daher gegen die Kunst und versuchen, sie aus ihren Klostergründungen ganz auszuweisen. Da aber der Kunstwille sich als der stärkere erwies, „so ist die ganze Entwicklung der Cistercienser-Kunst eine Geschichte der Rebellion des Kunstwillens gegen seine einschränkenden und negierenden Bestimmungen“. Auf diesem Wege lernten es die Architekten des Ordens, durch Unterordnung unter das Gebot der höchsten Einfachheit neue und starke künstlerische Werte zu schaffen. Bernhard von Clairvaux schrieb in einer Apologie an den Abt Wilhelm von Thierry: „Der Bethäuser maßlose Höhe, ihre übertriebene Länge, ihre unnütze Breite, ihr Aufwand an Steinmetzarbeit, ihre die Neugier reizenden und die Andacht störenden Malereien, sie scheinen mir nichts anderes zu sein, als die Gebräuche der alten Juden . . . Was können wir mit diesen Dingen erreichen wollen? Die Bewunderung der Toren und die Ergötzung der Einfältigen? Was glaubt ihr, wozu das alles dient? Zur Zerkürschung der reuigen Herzen oder aber zu staunender Augenweide?“

Noch bei Lebzeiten des heiligen Bernhard wurden die großen belgischen Cistercienserabteien gegründet: 1131 ziehen die Cistercienser in Orval ein; 1138 folgt in der Diözese Thérouanne die heute ganz verschwundene Abtei Les Dunes, 1146 Villers, 1147 Aulne. Les Dunes, Villers und Aulne gehören zu den unmittelbar von Clairvaux ausgehenden Gründungen des heiligen Bernhard, während Orval eine Tochter-Gründung von Trois fontaines in der Diözese Châlons ist. Während von den drei großen Abteien Orval, Villers und Aulne noch die gewaltigen Ruinen vorhanden sind, von denen das inrede stehende Werk Kenntnis gibt, ist die Abtei de Dunis (Les Dunes), die im westlichen Flandern zwischen Nieuport und Dunkerque lag, in den Verwüstungen der religiösen Kämpfe des 16. Jahrhunderts gänzlich verschwunden. Nur noch eine Radierung von Creite in der „Flandria illustrata“ (Köln 1641) des Antonius Sanderus, die hier wiedergegeben ist, gibt noch Kunde von ihr und bezeugt, daß sie zu den großartigsten Anlagen ihrer Zeit zählte und

eines der wichtigsten Denkmäler für die Grundrißbildung der Cistercienserklöster bleibt. Der älteste Bau von Orval nun scheint eng mit dem Mutterkloster von Clairvaux zusammen gehangen zu haben. Der Bearbeiter dieses Klosters in unserem Werk, Eduard Fucker, hat ihn rekonstruiert. Es ergibt sich, daß er in Deutschland mit kleinen Abänderungen und Umwandlungen übereinstimmt mit den Anlagen in Bronnbach, Thennenbach, Bebenhausen, Pforta, Loccum. Zum ersten Mal treten hier die Nebenkappen auf, deren rasch wachsende Zahl die Entwicklung der Grundrisse der Cistercienserkirchen weiterhin bestimmt. Auch im Aufbau erweist sich die Kirche von Orval als ausgehend von der älteren Gruppe der burgundischen Kunst. Nur so viel kann man sagen, denn es ist nach unserer heutigen Kenntnis der Cistercienserbauten Frankreichs und des westlichen Deutschlands nicht möglich, Orval in eine bestimmte Gruppe einzuordnen. Orval stellt mit seinen reichen Dienstbündeln und den fein durchgebildeten Kapitellen bereits eine entwickelte Phase dar. Clemen möchte den Bau am nächsten in Verbindung bringen mit der Kirche von Noirlac im Département Cher, eine Anlage, die 1136 von Clairvaux aus gestiftet wurde. Auch in der Gruppierung des Chorabschlusses und der Kreuzarme scheint nach Clemen die gleiche Anordnung vorzuliegen. Der wesentlichste Unterschied besteht jedoch in der einfacheren Gestaltung der Pfeiler. Charakteristisch für Orval ist im Querschnitt das Fehlen der ausgebildeten Strebebögen und aller Konstruktionen, die die Uebertragung des Schubes der Gewölbe des Mittelschiffes auf die Außenmauern ermöglicht hätten. Im Gegensatz dazu ist der Mutterbau von Clairvaux durch auffällig starke, weit herunter geführte Strebebögen ausgezeichnet. Orval weicht auch im Grundriß von der einfachen Anlage der typischen Cistercienserbauten mit einem Kreuzgang sowie auch von der Anlage in Clairvaux mit zwei Kreuzgängen erheblich ab, soweit sich die ursprüngliche Anlage mit einiger Sicherheit wieder herstellen läßt. Orval ist überhaupt nie fertig geworden, das alte wie das neue Orval, das mittelalterliche wie das barocke, fielen als Opfer der französischen Revolution am 23. Juni 1793. — (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Heldenhaine.*) Der vom kgl. Gartenbaudirektor Willy Lange ausgehende Plan, Heldenhaine als typischen Ausdruck der Krieger-Ehrung überall in Deutschland erstehen zu lassen, ist von der Rheinischen Beratungsstelle für Krieger-Ehrungen auf Grund vieler öffentlicher Meinungsäußerungen von sachkundiger Seite erörtert worden. Eingehende Erwägung des Planes schien der Beratungsstelle umso mehr geboten, als die Werbeschriften ohne Vorbehalt unbegrenzte Verbreitung in unserem Vaterland gefunden haben. Trotz aller zustimmenden Begeisterung, die der Heldenhain-Gedanke weithin entfacht hat, trotz der warmen Befürwortung, die ihm öffentlich von unseren Heerführern und anderen hervorragenden Persönlichkeiten zuteil geworden ist, dürfen sich die für die Durchführung verantwortlichen Stellen der ersten und vorurteilslosen Prüfung des Vorschlages durch forstlich, gärtnerisch, volkswirtschaftlich gebildete Fachleute nicht verschließen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in folgender Entschliebung kurz zusammengefaßt: „Die Rheinische Beratungsstelle für Krieger-Ehrung kann dem Vorschlag des kgl. Gartenbaudirektors W. Lange, allerorten in Deutschland ausschließlich Heldenhaine zu pflanzen und jedem gefallenen Krieger eine Eiche zu weihen, aus technischen, sozialen und künstlerischen Gründen — insbesondere da nicht zustimmen, wo für tausende von Bäumen der nötige Platz mit hohen Geldsummen erworben werden muß.“

Heldenhaine, die für die meisten größeren Städte unter solchen Bedingungen geschaffen werden müßten, würden sehr große Flächen benötigen, die schon heute und erst recht in späterer Zukunft wichtigen volkswirtschaftlichen Zwecken zu dienen haben, die ferner nur mit reichlichen Geldmitteln ausreichend geflegt, bewacht und dauernd in würdigem Zustand zu erhalten sind und zudem in solchem Umfang als künstlerisch einheitliche Denkmale nie und nimmer wirken können. Demgegenüber ist kleineren Gemeinwesen die Anlage von Heldenhainen durchaus zu empfehlen, freilich unter dem Vorbehalt, daß die Ausgestaltung eines solchen Denkmals in jedem Einzelfall in die Hand eines technisch und künstlerisch durchgebildeten Mannes gelegt wird, dem die Anregungen des Gartenbaudirektors Lange für enger begrenzten Raum zweifellos dienlich sein können. Bei größeren Städten, die aus den oben erwähnten Gründen gezwungen sein werden, auf die Anlage von Heldenhainen im geplanten Sinne zu verzichten, aber gewillt sind, ihren Krieger-Erinnerungszeichen ähnlicher Art zu setzen, könnte

*) Entschliebung der Rheinischen Beratungsstelle für Krieger-Ehrungen.

beispielsweise in Frage kommen, als beherrschendes Zentrum eines weiträumigen Spiel- und Turnplatzes, etwa auf einem kreisförmigen Wall von einigen hundert Meter Durchmesser, einen Eichenring zu pflanzen, in dessen Mittelpunkt ein mächtiger architektonischer Steinblock liegt mit würdiger Inschrift, die auch die Namen oder die Zahl der Gefallenen enthalten könnte.“ —

Chronik.

Ein Seehafen für Rom. Die schon seit längerer Zeit betriebenen Bestrebungen, für Rom einen Seehafen zu gewinnen, haben nunmehr zu einem Beschluß des Gemeinderates von Rom geführt, bei der italienischen Regierung die Zustimmung für den Bau und die Benutzung eines Seehafens bei Ostia für die Dauer von 99 Jahren zu erwirken. Das antike Ostia lag etwa 1 km entfernt von dem heutigen ärmlichen Ort dem Meere zu und wurde in der Königszeit zur Sicherung der Tiber-Mündung für Rom gegründet. Es entwickelte sich zu einer bedeutenden Handelsstadt von 80000 Einwohnern, blieb aber infolge der Schlamm-Ablagerungen des Tiber ohne Hafen. Die Schiffe mußten auf offenem Meer ankern, die Waren wurden auf Leichtern nach Rom gebracht. Bauten der Kaiser Claudius und Trajan in dem nahen Porto ließen dieses in Wettbewerb mit Ostia treten. Der Verfall begann mit dem Einbruch der Goten. Es wäre nicht unmöglich, daß ein tiefer als das Meer gelegener Sumpf, Stagno di Ostia, für die neuen Hafenanlagen mit in Betracht käme. —

Eine neue Industrie-Anlage in München entsteht zurzeit im Nordwesten der Stadt auf dem 90 Tagwerk (zu 3600 qm) großen Gelände für die Rapp-Motoren-Werke und enthält gegen Süden das Direktorial-Gebäude, Pfortnerhaus, Kraftwagenhalle und Wirtschaftsgebäude. Eine Erweiterung dieser Gebäudegruppe ist in westlicher Richtung vorgesehen. Eine Gruppe der Werkanlagen besteht aus 2 je 220 m langen und 60 m tiefen Hallen für die Maschinenarbeit, die mit einem Verwaltungs- und Lagergebäude in Verbindung stehen. Eine weitere Gruppe der Werkanlagen enthält die Feuerwerkswerkstätten mit Gießerei, Härterei, Glüherei, Schmiede und Schreinerwerkstätten. Das Gelände steht mit der Ringbahn in Verbindung. Für später wird auch an die Erbauung einer Arbeiter-Kolonie mit Gärten gedacht. Die Ausführung erfolgt in Eisenbeton auf Kalksandstein-Gründung durch Wayss & Freytag; der architektonische Teil ist dem Architekten Jos. Müller in München übertragen. Die Arbeiter und ihre Familien sollen aus einem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb mit besonderen Baulichkeiten mit Lebensmitteln versehen werden. —

Inhalt: Die Klosterbauten der Cistercienser in Belgien. — Vermischtes. — Chronik. —

Hierzu eine Bildbeilage: Entwürfe im Stil der Backstein-Gotik des Mittelalters der norddeutschen Tiefebene.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.